

EUROBAROMETER 66

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Herbst 2006

NATIONALER BERICHT

ÖSTERREICH

Durchgeführt im Auftrag der Generaldirektion Kommunikation und auch von dieser koordiniert.

Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich verfasst.

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder. Die darin enthaltenen Interpretationen und Ansichten sind ausschließlich die der Autorin.

Autorin: Heike Hausensteiner-Obermayr

0. Abbildungsverzeichnis.....	3
1. Zusammenfassung.....	5
2. Einleitung – Ausgangslage.....	10
3. Das Meinungsklima.....	12
3.1.1 Allgemeine Zufriedenheit.....	12
3.1.2 Erwartungen der ÖsterreicherInnen in den kommenden 12 Monaten.....	13
3.2 Vertrauen in Institutionen.....	15
3.3 Die größten Sorgen und Ängste der ÖsterreicherInnen.....	17
4. Österreichs EU-Mitgliedschaft.....	18
4.1 Das Vertrauen in die Europäische Union.....	18
4.2 Die Rolle der EU.....	20
5. Wirtschaft und Beschäftigung.....	23
5.1 Die Situation der österreichischen Wirtschaft.....	23
5.1.1 Ökonomische Auswirkungen des EU-Beitritts.....	23
5.1.2 Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation.....	24
5.2 Die Beschäftigungslage.....	25
5.2.1 Auswirkungen des EU-Beitritts.....	25
5.2.2 Zufriedenheit mit der Beschäftigungssituation.....	26
5.3 Der Binnenmarkt und seine Folgen.....	27
5.4 Die Globalisierung und ihre Folgen.....	28
5.5 Die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union.....	29
6. Die EU als politische Union – wie viel Integration/Vertiefung ist möglich?.....	30
6.1 Allgemeines Stimmungsbild hinsichtlich der politischen Entwicklung der Europäischen Union.....	31
6.2 Gemeinschaftliche vs. nationale Maßnahmen.....	32
6.3 Standpunkt hinsichtlich diverser Politikkapitel.....	39
6.4 Prioritäten der Europäischen Union.....	42
7. Verfassung.....	43
7.1 Für oder gegen eine Verfassung für die Europäische Union.....	43
7.2 Zustimmung zu der Verfassung.....	45
7.3 Zukunft der Verfassung.....	48
8. Erweiterung.....	50
8.1 Die Meinung zu 13 möglichen neuen Mitgliedstaaten.....	51
8.2 Möglicher EU-Beitritt der Türkei.....	54
9. Werte der EU-BürgerInnen.....	59
9.1 Selbsteinschätzung in EU-Angelegenheiten.....	59
9.2 Persönliche Werte der ÖsterreicherInnen.....	61
9.3 Gesellschaftspolitische Ansichten der ÖsterreicherInnen.....	61
9.4 Europäische Werte.....	66
10. Conclusio.....	68
11. Appendix.....	70
11.1 Technischer Hinweis „Eurobarometer Standard EB66.1 Technical Specifications“.....	70
11.2 Fragebogen für Österreich Eurobarometer 66.1.....	73

0. Abbildungsverzeichnis (Charts & Tables)

- 0.1. Chart 1:** Beurteilung der allgemeinen Lebenszufriedenheit im Vergleich Österreich-EU25. [Quelle: QA3; EB 66.1 (EB65.2)]
- 0.2. Chart 2:** Beurteilung der allgemeinen Lebenszufriedenheit im Länder-Vergleich. [Quelle: QA3; EB 66.1]
- 0.3. Chart 3:** Erwartungen der ÖsterreicherInnen in den kommenden 12 Monaten. [Quelle: QA4_2-5; EB 66.1 (QA4_2-5; EB65.2)]
- 0.4. Chart 4:** Vertrauen der ÖsterreicherInnen in bestimmte Institutionen. [Quelle: QA6_9-12; EB66.1 (QA10_11-12; EB65.2 und QA7_9-10; EB64.2)].
- 0.5. Chart 5:** Vertrauen der ÖsterreicherInnen gegenüber der Europäischen Union. [Quelle: QA6_13; EB66.1 (QA10_13; EB65.2)]
- 0.6. Chart 6:** Meinung über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union im Länder-Vergleich. [Quelle: QA7a(29); EB66.1 (QA11a; EB65.2)]
- 0.7. Chart 7:** Die Rolle der EU aus der Sicht der ÖsterreicherInnen. [Quelle: QA29b_1-5; EB66.1 (QA38b_1-5; EB65.2)]
- 0.8. Chart 8:** Ökonomische Auswirkungen des EU-Beitritts im Vergleich der EU25. [Quelle: QA9a_2; EB66.1]
- 0.9. Chart 9:** Zufriedenheit mit der Wirtschaft des Landes, vgl. mit EU25. [Quelle: QA51_1; EB66.1 (QD1_1 trend modified; EB63.4)]
- 0.10. Chart 10:** Zufriedenheit mit der Situation der europäischen Wirtschaft. [Quelle: QA51_2; EB66.1 (QD1_2 trend modified; EB63.4)]
- 0.11. Chart 11:** Zufriedenheit mit der Beschäftigungssituation im eigenen Land, vgl. mit EU25. [Quelle: QA51_3; EB66.1 (QD1_3 trend modified; EB63.4)]
- 0.12. Chart 12:** Der Binnenmarkt und seine Folgen. [Quelle: QA40; EB66.1 (QA54; EB64.2)]
- 0.13. Chart 13:** Wahrnehmung der Rechte als EU-Bürger im Vergleich der EU25 sowie des türkischen Teils von Zypern. [Quelle: QA42_3; EB66.1]
- 0.14. Chart 14:** Sind Sie für oder gegen die Entwicklung in Richtung einer Europäischen Politischen Union? [QA11; EB66.1 (QA12; EB64.2)]
- 0.15. Chart 15:** Maßnahmen, die durch die Regierung oder innerhalb der EU entschieden werden sollen (Sicht der ÖsterreicherInnen). [QA24; EB66.1 (Q31 trend modified; EB64.2)]
- 0.16. Chart 16:** Maßnahmen, die durch die Regierung oder innerhalb der EU entschieden werden sollen (Sicht der EU25). [QA24; EB66.1 (Q31 trend modified; EB64.2)]
- 0.17. Chart 17:** Standpunkt hinsichtlich diverser Politikkapitel der EU (Sicht der ÖsterreicherInnen). [QA25_1-3,6; EB66.1 (Q30_1-3,6 trend modified; EB65.2)]

- 0.18. Chart 18:** Standpunkt hinsichtlich diverser Politikkapitel der EU (Sicht der EU25). [QA25_1-3,6; EB66.1 (Q30_1-4,6 trend modified; EB65.2)]
- 0.19. Chart 19:** Eine Verfassung für die Europäische Union aus Sicht der EU25. [QA25_5; EB66.1]
- 0.20. Chart 20:** Zustimmung zur Verfassung aus Sicht der ÖsterreicherInnen. [Quelle: QA36_1-6; EB66.1 (QB3_1-3; EB65.2 und QB4_4-6; EB65.2)]
- 0.21. Chart 21:** Zustimmung zur Verfassung aus Sicht der EU25. [Quelle: QA36_1-6; EB66.1 (QB3_1-3; EB65.2 und QB4_4-6; EB65.2)]
- 0.22. Chart 22:** Zukunft der Verfassung. [Quelle: QA37; EB66.1 (QB5 trend modified; EB65.2)]
- 0.23. Chart 23:** Zusätzliche Erweiterung der Europäischen Union im Ländervergleich. [Quelle: QA25_4; EB66.1]
- 0.24. Chart 24:** Zusätzliche Erweiterung der Europäischen Union in den nächsten Jahren. [Quelle: QA25_4; EB66.1 (Q30_4; EB65.2)]
- 0.25. Chart 25:** Meinungsbild über den zukünftigen Beitritt anderer Nationen zur Europäischen Union aus Sicht der ÖsterreicherInnen. [Quelle: QA33_1-13; EB66.1 (QA44_1-13 trend modified; EB64.2)]
- 0.26. Chart 26:** Meinungsbild über den zukünftigen Beitritt anderer Nationen zur Europäischen Union aus Sicht der EU25. [Quelle: QA33_1-13; EB66.1 (QA44_1-13 trend modified; EB64.2)]
- 0.27. Chart 27:** Meinungsbild über den zukünftigen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union im Vergleich Österreich-EU25. [QA33_13; EB66.1]
- 0.28. Chart 28:** Möglicher EU-Beitritt der Türkei aus Sicht der EU25. [Quelle: QA33_13; EB66.1 (QA44_13 trend modified; EB64.2)]
- 0.29. Chart 29:** Bedeutung und Verständnis europäischer Angelegenheiten in Österreich. [Quelle: QA12; EB 66.1 (QA16 trend modified; EB64.2)]
- 0.30. Chart 30:** Bedeutung und Verständnis europäischer Angelegenheiten in der EU25. [Quelle: QA12; EB 66.1 (QA16 trend modified; EB64.2)]
- 0.31. Chart 31:** Allgemeine Beurteilung gemeinsamer Werte der Mitgliedstaaten. [Quelle: QA49; EB 66.1]
- 0.32. Table 1:** Kriterien für einen EU-Beitritt der Türkei. [QA34; EB66.1 (Q45 trend modified; EB64.2)]
- 0.33. Table 2:** Bedeutsame Themen für Österreich im Vergleich mit der EU25. [QA47; EB66.1 (Q37 trend modified; EB60.1)]

1. Zusammenfassung

Durchführung der Eurobarometer 66.1 Befragung

Insgesamt wurden in 30 Ländern, den 25 Mitgliedstaaten, den Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien sowie den Kandidatenländern Kroatien und Türkei und dem türkischen Teil Zyperns zwischen September und Oktober 2006 exakt 29.152 Personen (Alter ≥ 15 Jahre) persönlich interviewt.

Die Standard-Eurobarometer (EB) Befragung wird seit 1973 halbjährlich durchgeführt. Der europaweite EB-Bericht, andere Länderberichte und vergangene EB-Berichte sind samt englischer Zusammenfassungen im Online-Archiv auf http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm abrufbar.

Beim aktuellen Eurobarometer wurden in Österreich exakt 1.016 deutschsprachige BürgerInnen vom 6. September bis 5. Oktober 2006 durch das „Österreichische Gallup Institut Karmasin Marktforschung“ persönlich befragt. Die Zufallsauswahl der Befragten „Random Route Sampling“ erfolgte unter Berücksichtigung der österreichischen Wahlbezirke.

Ausgangslage in Österreich

Die Stimmung in der Bevölkerung war unmittelbar vor und während der Erhebung der Eurobarometer-Daten in Österreich von der Wahl zum Nationalrat geprägt, die am 1. Oktober 2006 stattfand.

Den Wahlkampf dominierten bei den Sachfragen in erster Linie soziale Themen wie Arbeitslosigkeit, Grundsicherung, Gesundheits- und Pflegeversorgung sowie Probleme der Migration. Letztere wurden in teilweise stark emotionalisierter Weise thematisiert, was sich auch in einigen Ergebnissen des Eurobarometers niedergeschlagen haben könnte. Dies gilt auch für die Frage nach dem Vertrauen in bestimmte Institutionen und insbesondere die Gewerkschaften. Der Grund: Im Frühjahr wurden Unregelmäßigkeiten in und um die Gewerkschaftsbank BAWAG bekannt, was nachhaltige Folgen für die Arbeitnehmervertretung nach sich gezogen hat. Die EU war so gut wie kein Thema im Wahlkampf. In der ersten Jahreshälfte waren die Öffentlichkeit und Berichterstattung vor allem vom turnusmäßigen EU-Ratsvorsitz Österreichs dominiert. Dieses Maximum der öffentlichen Thematisierung von EU-Fragen ist mit Ende der österreichischen Ratspräsidentschaft deutlich abgeebbt. Dennoch ist es möglich, dass die EU-Präsidentschaft einen Einfluss auf die in der Herbstumfrage erhobenen Werte gehabt haben könnte.

Allgemeine Stimmung und Einstellungen in Österreich

Die ÖsterreicherInnen sind zu **83%** (-2 Pp) **mit dem Leben**, das sie führen, **zufrieden**. Was die **Erwartungen** der ÖsterreicherInnen im Jahr 2007 betrifft, hofft rund ein Viertel, i.e. 23% (+3 Pp), auf ein besseres Leben generell. 12% (+1 Pp) befürchten eine Verschlechterung. 63% (-4 Pp) glauben, dass ihr Leben gleich bleiben wird, wobei **Jugendliche und Männer** tendenziell **optimistischer** eingestellt sind. Bezüglich der wirtschaftlichen Situation, der finanziellen Situation im eigenen Haushalt und der persönlichen Beschäftigungssituation glauben die

ÖsterreicherInnen, dass die Lage gleich bleiben wird. Etwas optimistischer sind sie, was die Arbeitssituation des Landes betrifft: 25% (+5 Pp) erwarten eine positive Entwicklung des Arbeitsmarktes in Österreich. Annähernd gleich viele Befragte, i.e. 26% (-6 Pp), rechnen mit dem Gegenteil. 45% (+3 Pp) erwarten keine Veränderungen. Trotzdem stellt die Angst vor Arbeitslosigkeit, wenn auch mit deutlich sinkender Tendenz (50%, -9 Pp) nach wie vor die **größte Sorge** in der österreichischen Bevölkerung dar.

Beim **Vertrauen in die Institutionen** ragt in Österreich das Umfrageergebnis für die Gewerkschaften hervor. 2006 ist das Vertrauen in die institutionalisierte Arbeitnehmervertretung **von 52% auf 33% (-19 Pp) abgesackt**. 55% (+20 Pp) der ÖsterreicherInnen vertrauen den Gewerkschaften „eher nicht“. Deutlich gesunken ist 2006 auch das Vertrauen in die österreichische Regierung: 46% (-9 Pp) der Befragten geben an, dass sie ihr „eher vertrauen“, Misstrauen in die Bundesregierung hegen 44% (+9 Pp). Noch größer ist die Parteienverdrossenheit: rund zwei Drittel vertrauen den politischen Parteien „eher nicht“. Das Parlament genießt hingegen nach wie vor das höchste Vertrauen der ÖsterreicherInnen. Mehr als die Hälfte, i.e. 52 Prozent (-4 Pp), vertrauen den Nationalratsabgeordneten, 38 Prozent (+4 Pp) tun dies nicht.

Meinungsklima zu Österreichs EU-Mitgliedschaft

In der zentralen Frage, ob sie, allgemein gesehen, die **Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union als „gute Sache“ oder „schlechte Sache“** bewerten, äußern sich 36% (+2 Pp) der ÖsterreicherInnen positiv. 23% (-1 Pp) halten sie für „eine schlechte Sache“. Bemerkenswert ist, dass nach wie vor mehr als ein Drittel der ÖsterreicherInnen, i.e. 37% (+2 Pp), sie als „weder gut noch schlecht“ empfinden.

Im Vergleich zur Frühjahrsbefragung 2006 (EB 65.2) tendenziell gesunken ist die Einschätzung der ÖsterreicherInnen, was die **positive Rolle der EU** angeht hinsichtlich Frieden auf der Welt (pro: 46%, -6 Pp; contra: 19%, +4 Pp), Umweltschutz (pro: 44%, -10 Pp; contra: 19%, +2 Pp) und Kampf gegen Terrorismus (pro: 41%, -5 Pp; contra: 16%, +2 Pp). Trotzdem spielt die Europäische Union weiterhin eine insgesamt positive Rolle in Bezug auf den Weltfrieden. Unverändert ist die Meinung der ÖsterreicherInnen bezüglich Wachstum der Weltwirtschaft (pro: 47%, +3 Pp; contra: 12%, -3 Pp) und weltweiter Armutsbekämpfung (pro: 43%, -2 Pp; contra: 17%, -1 Pp).

Meinungsklima zu Wirtschaft und Beschäftigung in Österreich

58% der ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass sich der **EU-Beitritt positiv auf die österreichische Wirtschaft** ausgewirkt hat, von negativen Folgen sprechen 37% der Befragten.

Mit der **Wirtschaftslage ihres Landes** sind die ÖsterreicherInnen wesentlich zufriedener, als es die Befragten der EU25 im Durchschnitt sind. Mehr als zwei Drittel, i.e. 69% (+9 Pp), bewerten die derzeitige Lage in Österreich als gut, 27% (-11 Pp) als schlecht.

Im umgekehrten Verhältnis zur wirtschaftlichen Situation, aber mit stark positiv ansteigender Tendenz werden die Auswirkungen des EU-Beitritts auf die **österreichische Beschäftigungssituation** beurteilt: 39% (+12 Pp) schätzen diese als „positiv“ ein und 54% (-10 Pp) als „negativ“.

Befragt zu den **Folgen des Binnenmarktes** (betreffend Verkehr, Telekommunikation, Banken) fällen 56% (+8 Pp) der ÖsterreicherInnen ein positives Urteil, 18% (± 0 Pp) sind gegenteiliger Ansicht. 45% sagen, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen in den vergangenen 10 Jahren durch den Binnenmarkt verbessert hat. 17% erkennen eine Verschlechterung.

Die Skepsis gegenüber den **Auswirkungen der Globalisierung** geht tendenziell zurück. Der Aussage, die Globalisierung sei für die heimischen Betriebe aufgrund der Erschließung neuer Märkte eine Chance, stimmen mittlerweile 41% (+9 Pp) der ÖsterreicherInnen zu. Hingegen empfinden 42% (-10 Pp) die Globalisierung als Bedrohung für die Beschäftigung und die Unternehmen in Österreich.

Zur **Steigerung der europäischen Wirtschaftsleistung** spricht sich eine deutliche Mehrheit der ÖsterreicherInnen von 68% (+11 Pp) für eine verbesserte Bildung und Ausbildung aus. 44% (+6 Pp) sind der Ansicht, Unternehmensgründungen sollten erleichtert werden, für 43% (+1 Pp) sind Investitionen in Forschung und Entwicklung wichtig.

Meinungsklima über die EU als politische Union in Österreich

Auf die Entwicklung hin zu einer **gemeinsamen Europäischen Politischen Union** angesprochen, sind die ÖsterreicherInnen kritisch und lehnen diese Richtung mit knapper Mehrheit ab: 40% (+5 Pp) sind dafür, 43% (-5 Pp) dagegen.

Gemeinschaftliche Maßnahmen wünschen sich die ÖsterreicherInnen bei der Bekämpfung des Terrorismus (pro: 69%, -1 Pp), bei Forschung und Entwicklung (pro: 57%, -4 Pp), zur Bekämpfung der Kriminalität (pro: 55%, -6 Pp), bezüglich einer Verteidigungs- und Außenpolitik (pro: 55%, -1 Pp), in Bezug auf Regionalhilfen (53%, -1 Pp) sowie bezüglich Wettbewerb in der Wirtschaft (48%, ± 0 Pp).

Nationale Maßnahmen bevorzugen die ÖsterreicherInnen hinsichtlich der Pensionen (pro: 80%, ± 0 Pp), in der Steuerpolitik (pro: 72%, +1 Pp), im Gesundheits- und Sozialwesen (pro: 72%, -2 Pp), im Bildungssystem (pro: 69%, +2 Pp), bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (pro: 62%, +8 Pp), beim Konsumentenschutz (pro: 60%, -1 Pp), in der Landwirtschafts- und Fischereipolitik (pro: 57%, +5 Pp), im Bereich der Zuwanderung (pro: 57%, ± 0 Pp), in Energiefragen (pro: 54%, +4 Pp) und mit steigender Tendenz bezüglich des Umweltschutzes (pro: 50%, +9 Pp).

Die Europäische Währungsunion mit der Gemeinschaftswährung **Euro** ist eine tragende Säule der Europäischen Gemeinschaft. Mit 67% (+7 Pp) unterstützen sie zwei Drittel der ÖsterreicherInnen, 23% (-6 Pp) der Befragten lehnen die Währungsunion ab.

Absolute **Priorität der Europäischen Union** sollte aus der Sicht Österreichs sein, dass die Arbeitslosigkeit (pro: 48%, -4 Pp) und die Armut (pro: 42%, +2 Pp) bekämpft

werden. **Völlig unwichtig** sind den ÖsterreicherInnen offensichtlich eine neue Erweiterung (pro: 3%) sowie die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU (pro: 2%, -1 Pp).

Meinungsklima über eine EU-Verfassung in Österreich

Auf die Frage, ob sie für oder gegen „**eine Verfassung für die Europäische Union**“ sind, antworten mit deutlich steigender Tendenz 51% (+7 Pp) der ÖsterreicherInnen mit „dafür“, 29% (-5 Pp) mit „dagegen“.

Nach den **Vorteilen der Verfassung** gefragt, meinen die ÖsterreicherInnen, dass diese die EU stärker in der Welt (pro: 61%, +9 Pp), demokratischer (pro 56%, +7 Pp), effizienter (pro 52%, +5 Pp), transparenter (pro: 51%, +3 Pp) sowie sozialer (pro 44%, +4 Pp) machen würde und zum besseren Funktionieren der Institutionen (pro: 48%, +2 Pp) notwendig sei.

Zum **Zukunftsszenario des Verfassungsvertrages**, der derzeit auf Eis liegt, äußern sich die ÖsterreicherInnen mehrheitlich **pessimistisch**: 39% (-1 Pp) meinen, dass die Verfassung neu verhandelt werden sollte, 23% (-1 Pp) meinen, dass die Verfassung fallen gelassen werden sollte.

Die zukünftige Erweiterung der EU aus österreichischer Sicht

Eine **neuerliche Erweiterung der Europäischen Union** um einige Länder **lehnen** die ÖsterreicherInnen generell mit 57% (-4 Pp) **deutlich ab**. Dafür sind lediglich 31% (+4 Pp) der Befragten.

Nur betreffend vier Länder, nämlich die Schweiz (pro: 75%, +3 Pp), Norwegen (pro: 71%, +1 Pp), Island (pro: 59%, +4 Pp) und Kroatien (pro: 50%, ±0 Pp), ergibt sich in Österreich eine Mehrheit für eine Aufnahme in die EU.

Eine deutlich ablehnende Haltung gegenüber einer Aufnahme in die EU (contra je ca. 70%) besteht gegenüber Bulgarien, Bosnien-Herzegowina, Rumänien, Mazedonien (FYROM), Montenegro, Serbien, Ukraine und Albanien. **Herausragend** ist die **ablehnende Haltung der ÖsterreicherInnen gegenüber der Türkei** (pro: 5%, -6 Pp; contra 87%, +7 Pp). In dieser Frage ist Österreich Schlusslicht der EU25.

Meinungsklima über die Werte der EU-BürgerInnen

Die ÖsterreicherInnen haben ein **ambivalentes Verhältnis zur Europäischen Union**. Einerseits schätzen sie sich in punkto Informationsstand über die EU im EU25-Vergleich wenig selbstbewusst ein: 42% (-1 Pp) haben das Gefühl zu verstehen, wie die EU funktioniert; 46% (-3 Pp) geben zu, es nicht zu verstehen. Gleichzeitig fühlen sich die ÖsterreicherInnen – speziell die älteren Generationen – mehrheitlich nicht eingebunden in die Abläufe der Europäischen Union: Weniger als ein Drittel der ÖsterreicherInnen, i.e. 29% (+2 Pp), haben das Gefühl, dass ihre Stimme in der EU zählt; 61 % (-4 Pp) sind „eher nicht“ dieser Meinung.

Gefragt nach den **eigenen Werten**, geben nach wie vor 56% (-3 Pp) der ÖsterreicherInnen an, dass für sie Friede am bedeutsamsten ist. Es folgen die persönliche Freiheit mit 46% (-5 Pp) und mit deutlich steigender Tendenz die

Menschenrechte mit 37% (+8 Pp). **Gefragt nach europäischen Werten** ergibt sich ein vergleichbares Meinungsbild.

Hinsichtlich der **gesellschaftspolitischen Ansichten** sprechen sich mit stark steigender Tendenz 79% (+10 Pp) der ÖsterreicherInnen gegen zu viel Toleranz und für härtere Strafen Kriminellen gegenüber aus. „Freier Wettbewerb ist die beste Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand“ – dafür sprechen sich mit steigender Tendenz fast drei Viertel, i.e. 72% (+6 Pp), der ÖsterreicherInnen aus. Der Einfluss des Staates auf ihr Leben sei zu groß, meinen 62% (+4 Pp) der ÖsterreicherInnen. Für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit auch auf Kosten der individuellen Freiheit sprechen sich 56% (+2 Pp) aus. „Freizeit sollte wichtiger sein als Arbeit“, meinen 51% der ÖsterreicherInnen. Was den Stellenwert der Religion betrifft, sind 44% der ÖsterreicherInnen der Meinung, dieser sei in der Gesellschaft zu groß. Dass das Land von den Zuwanderern viel profitiere, meinen 37% (+1 Pp) der Befragten.

2. Einleitung – Ausgangslage

Die Stimmung in der österreichischen Bevölkerung war unmittelbar vor und während der Erhebung der Eurobarometer-Daten in Österreich (September bis Oktober 2006) von der Wahl zum Nationalrat geprägt, die am 1. Oktober 2006 stattfand.

Den Wahlkampf dominierten bei den Sachfragen in erster Linie soziale Themen wie Arbeitslosigkeit, Grundsicherung, Gesundheits- und Pflegeversorgung sowie Probleme der Migration. Letztere wurden in teilweise stark emotionalisierter Weise thematisiert, was sich auch in einigen Ergebnissen des Eurobarometers niedergeschlagen haben könnte. Dies gilt auch für die Frage nach dem Vertrauen in bestimmte Institutionen und insbesondere die Gewerkschaften. Der Grund: Im Frühjahr wurden Unregelmäßigkeiten in und um die Gewerkschaftsbank BAWAG bekannt, was nachhaltige Folgen für die Arbeitnehmervertretung nach sich gezogen hat. Die EU war so gut wie kein Thema im Wahlkampf. In der ersten Jahreshälfte waren die Öffentlichkeit und Berichterstattung vor allem vom turnusmäßigen EU-Ratsvorsitz Österreichs dominiert. Dieses Maximum der öffentlichen Thematisierung von EU-Fragen ist mit Ende der österreichischen Ratspräsidentschaft deutlich abgeebbt. Dennoch ist es möglich, dass die EU-Präsidentschaft einen Einfluss auf die in der Herbstumfrage erhobenen Werte gehabt haben könnte.

Methodik: Die Standard-Eurobarometer (EB) Befragung wird seit 1973 halbjährlich durchgeführt. Der europaweite EB-Bericht, andere Länderberichte und vergangene EB-Berichte sind samt englischer Zusammenfassungen im Online-Archiv auf http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm abrufbar.

Das Standard-EB (EB66.1) erfasst 30 Nationen, nämlich die 25 Mitgliedstaaten (EU25), die Beitrittsländer Bulgarien und Rumänien, die Beitrittskandidaten Kroatien und Türkei sowie den nördlichen Teil Zyperns. Es wurde von der Generaldirektion Presse und Kommunikation der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben und von TNS Opinion & Social, einem Konsortium aus TNS und EOS Gallup Europe, koordiniert und durchgeführt.

Die ganzzahlig gerundeten Prozentsätze in diesem Bericht repräsentieren die statistisch geschätzten Mittelwerte im jeweiligen „95%igen Konfidenzintervall“, was bei der Interpretation der Werte im Hinblick auf Vergleichswerte anderer Nationen oder Vorwerte früherer EB-Befragungen entsprechend berücksichtigt wurde. In den runden Klammern ist die Veränderung im Vergleich mit den aktuellsten Vorwerten aus früheren EB-Befragungen in Prozentpunkten (Pp) angegeben. Eine gegebenenfalls relevante Quellenangabe hinsichtlich entsprechender Vorwerte ist jeweils in der letzten Zeile einer Frage oder eines Charts in eckigen Klammern ausgedrückt und im kompletten nationalen Fragebogen nachzulesen (siehe Appendix: „Fragebogen für Österreich EB 66.1“). Falls im Fließtext (bei den jeweiligen Fragen) die prozentuelle Angabe der präsentierten Antwortmöglichkeiten bei Addition nicht exakt 100% ergibt, wird der fehlende Differenzanteil auf 100%, i.e. „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ nicht explizit diskutiert.

Insgesamt wurden in den 30 Nationen von September bis Oktober 2006 exakt 29.152 Personen (Alter ≥ 15 Jahre) persönlich interviewt.

Bei der Durchführung der österreichischen EB-Befragung durch das „Österreichische Gallup Institut Karmasin Marktforschung“ wurden vom 6. September 2006 bis 5. Oktober 2006 exakt 1.016 deutschsprachige BürgerInnen persönlich befragt, wobei die Zufallsauswahl der Befragten „Random Route Sampling“ unter Berücksichtigung der österreichischen Wahlbezirke erfolgte.

Anmerkung: Falls bei Charts die Prozentsätze um exakt 1 Prozentpunkt von den im Text erwähnten Prozentsätzen abweichen, so ist dies auf unterschiedliche Rundungsmethoden bei dem den Autoren zur Verfügung gestellten Datenmaterial zurückzuführen.

3. Das Meinungsklima

3.1.1 Allgemeine Zufriedenheit

Allgemeine Lebenszufriedenheit der ÖsterreicherInnen

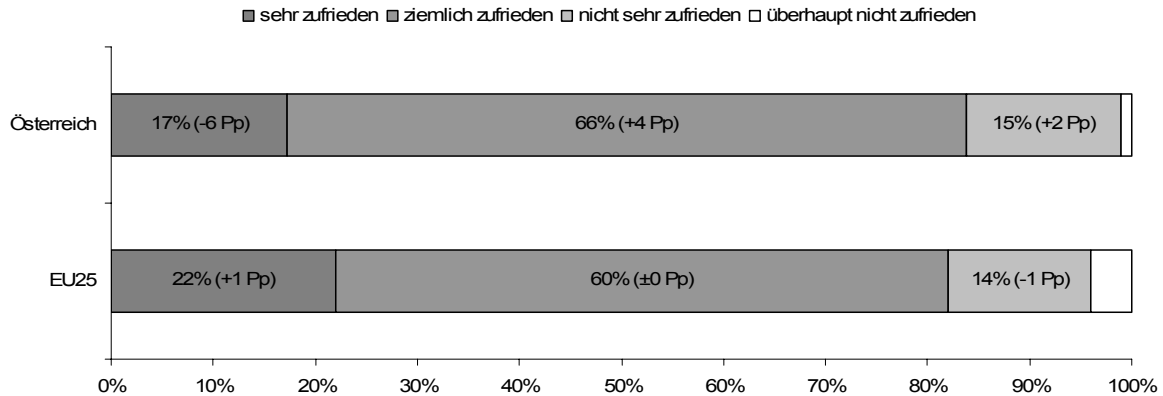


Chart 1: Beurteilung der allgemeinen Lebenszufriedenheit im Vergleich Österreich-EU25. [Quelle: QA3; EB 66.1 (EB65.2)]

Das allgemeine persönliche Stimmungsbild betreffend sind 83% (-2 Pp) der ÖsterreicherInnen mit dem Leben, das sie führen, zufrieden; 17 % (-6 Pp) bezeichnen sich als „sehr zufrieden“ und 66% (+4 Pp) als „ziemlich zufrieden“. Unzufrieden sind 16% (+2 Pp), wobei 15% (+2 Pp) „nicht sehr zufrieden“ sind und 1% (±0 Pp) „überhaupt nicht zufrieden“ ist.

Frage: QA3. Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden? Würden Sie sagen, Sie sind -

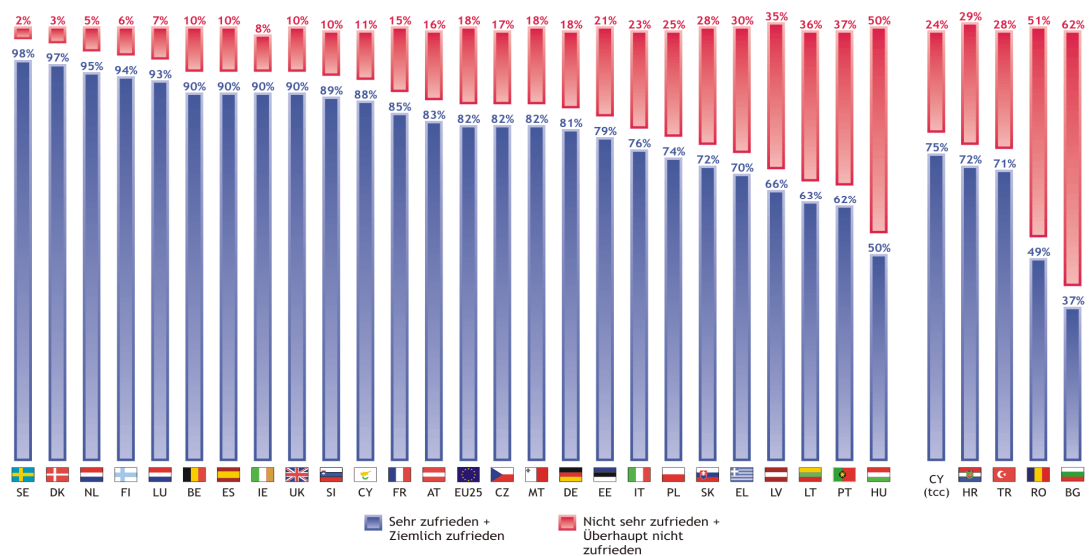


Chart 2: Beurteilung der allgemeinen Lebenszufriedenheit im Länder-Vergleich. [Quelle: QA3; EB 66.1]

- Position im EU-Vergleich:

Im EU-Schnitt sind 82% (+1 Pp) der Befragten zufrieden („sehr zufrieden“: 22%, +1 Pp; „ziemlich zufrieden“: 60%, ± 0 Pp) und 17% (-1 Pp) unzufrieden („nicht sehr zufrieden“: 14%, -1 Pp; „überhaupt nicht zufrieden“: 4%, ± 0 Pp). Am zufriedensten sind die Schweden (98%), Dänen (97%) und Niederländer (95%). Der größte Anteil der unzufriedenen EU-BürgerInnen lebt in Ungarn (50%), Portugal (37%) und Lettland (36%).

3.1.2 Erwartungen der ÖsterreicherInnen in den kommenden 12 Monaten

Was die Erwartungen der ÖsterreicherInnen in den kommenden zwölf Monaten betrifft, hofft rund ein Viertel, i.e. 23% (+3 Pp), auf ein besseres Leben generell. 12% (+1 Pp) befürchten eine Verschlechterung. 63% (-4 Pp) glauben, dass ihr Leben gleich bleiben wird.

- Unterschiede betreffend Alter und Geschlecht:

In Österreich sind **Jugendliche und Männer tendenziell optimistischer** als Ältere und Frauen bezüglich der Erwartungen für die Zukunft. Von ihrem Leben im Allgemeinen erwarten 27% der Österreicher und 20% der Österreicherinnen, dass es in den nächsten 12 Monaten besser wird. 9% der Männer und 13% der Frauen glauben, dass es schlechter wird. Nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt, rechnen 56% der jugendlichen Männer (15-24 Jahre) mit einem besseren, 0% mit einem schlechteren und 37% mit einem gleich bleibenden Leben. Bei den jugendlichen Frauen sind die Werte 39% „besser“ bzw. 10% „schlechter“ bzw. 47% „gleich“. Unter den älteren Männern (ab 65 Jahre) glauben nur 9% an eine Besserung, 15% rechnen mit einer Verschlechterung und 76% mit keinen Veränderungen. Ähnlich ist die Tendenz bei den älteren Frauen mit 6% bzw. 18% und 70% Prozent.

- Position im EU-Vergleich:

Im europäischen Schnitt ist die Erwartung nach einem besseren Leben mit 34% (-1 Pp) noch größer als in Österreich mit 23% (+3 Pp). 12% (± 0 Pp) glauben, dass ihr Leben allgemein schlechter verlaufen wird; 51% (± 0 Pp) hoffen, dass es gleich bleiben wird. Die größten Optimisten sind die Esten, Briten (je 50%), Iren und Schweden (je 47 %). Die größten Pessimisten in dieser Frage sind die Ungarn (47%), die Portugiesen (20%) und Deutschen (19%).

Erwartungen der ÖsterreicherInnen in den kommenden 12 Monaten

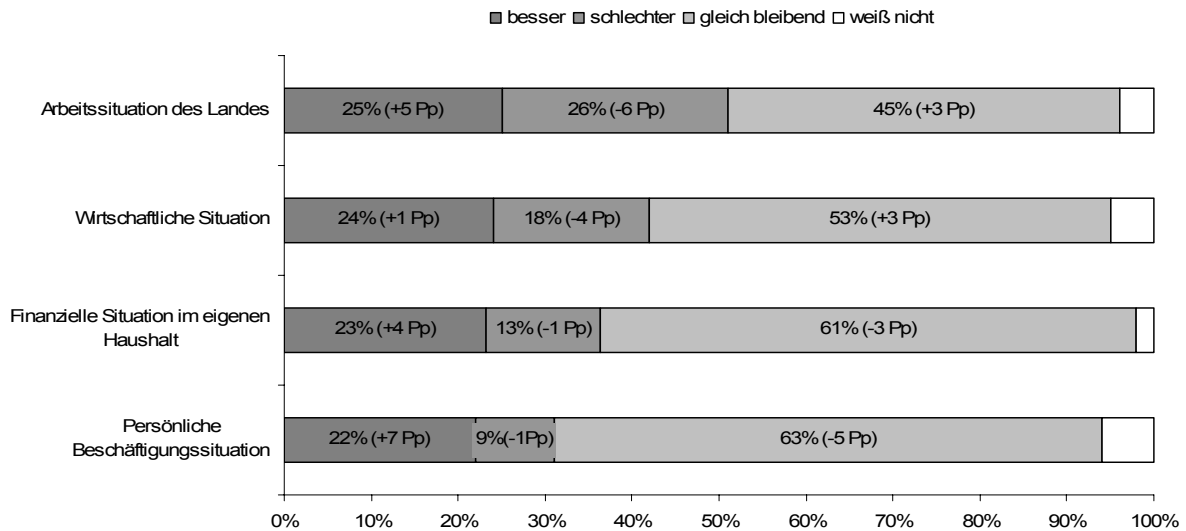


Chart 3: Erwartungen der ÖsterreicherInnen in den kommenden 12 Monaten. [Quelle: QA4_2-5; EB 66.1 (QA4_2-5; EB65.2)]

24% (+1 Pp) der Befragten rechnen mit einer besseren wirtschaftlichen Situation in Österreich in den kommenden zwölf Monaten. Um eine Verschlechterung sorgen sich 18 % (-4 Pp) der ÖsterreicherInnen. Die Hälfte, i.e. 53% (+3 Pp), glaubt, dass die Wirtschaftslage gleich bleiben wird.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit hoffen 20% (-1 Pp), dass sich die Wirtschaft in ihrem Land verbessern wird. Hingegen befürchten **doppelt so viele wie in Österreich**, i.e. 35% (± 0 Pp), eine **Verschlechterung**. 40% (+ 2 Pp) meinen, dass die wirtschaftliche Situation gleich bleiben wird. Am optimistischsten sind die Befragten mehrheitlich in Estland und den Niederlanden (je 50%), gefolgt von Litauen (37%). In dieser Frage am pessimistischsten sind Ungarn (67%), Zypern (54%) und Griechenland (53%).

In Bezug auf die finanzielle Situation im eigenen Haushalt hoffen in Österreich 23% (+4 Pp) der Befragten auf eine Verbesserung. 13% (-1 Pp) befürchten eine Verschlechterung. Rund zwei Drittel, i.e. 61% (± 0 Pp), kalkulieren mit einer unveränderten Haushaltskasse. Die ÖsterreicherInnen sind damit **etwas weniger pessimistisch als die EU-BürgerInnen** im Durchschnitt.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 fürchten sich 19% (± 0 Pp) vor schlechteren persönlichen finanziellen Bedingungen. 24% (-1 Pp) glauben an eine bessere, 55% (+1 Pp) an eine gleich bleibende Lage. Am meisten hoffen auf eine verbesserte Finanzlage des Haushalts die Befragten in Estland (45%), Litauen (40%) und Lettland (39%). Die größten Pessimisten sind Ungarn (57%), Deutschland (32%) und Griechenland (29%).

Optimistischer sind die ÖsterreicherInnen auch, was die Arbeitssituation des Landes betrifft. 25% (+5 Pp) erwarten eine positive Entwicklung des Arbeitsmarktes in Österreich. Annähernd gleich viele Befragte, i.e. 26% (-6 Pp), rechnen mit dem Gegenteil. 45% (+3 Pp) erwarten keine Veränderungen.

- Position im EU-Vergleich:

Im EU-Durchschnitt glauben 23% (+2 Pp) an eine positive, 34% (-4 Pp) an eine negative und 38% (+2 Pp) an eine gleich bleibende Entwicklung. Die größten Hoffnungen auf eine Verbesserung der Jobsituation gibt es in den Niederlanden (68%), Lettland (53%), Schweden und Griechenland (je 46%). Die größten Pessimisten leben in Ungarn (61%), Zypern und Griechenland (je 55%).

Was die persönliche Beschäftigungssituation betrifft, gehen die ÖsterreicherInnen von einem **tendenziell besseren Verlauf** aus. 63% (-5 Pp) meinen, dass sich ihre Lage nicht verändern wird. 22% (+7 Pp) erwarten sich eine Verbesserung, 9% (-1 Pp) eine Verschlechterung. Österreich liegt damit im EU-Mittelfeld.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit rechnen ebenfalls knapp zwei Drittel, i.e. 60% (-1 Pp), mit einer gleich bleibenden Arbeitsmarktsituation. 23% (+1 Pp) glauben an eine positive, 9% (±0 Pp) an eine negative Entwicklung. Die meisten Optimisten gibt es in Lettland (35%), Großbritannien und Litauen (je 32%). Der Anteil der Pessimisten ist wieder in Ungarn (31%) am größten, es folgen Polen (15%) und Lettland (14%).

3.2 Vertrauen in Institutionen

Vertrauen der ÖsterreicherInnen in bestimmte Institutionen

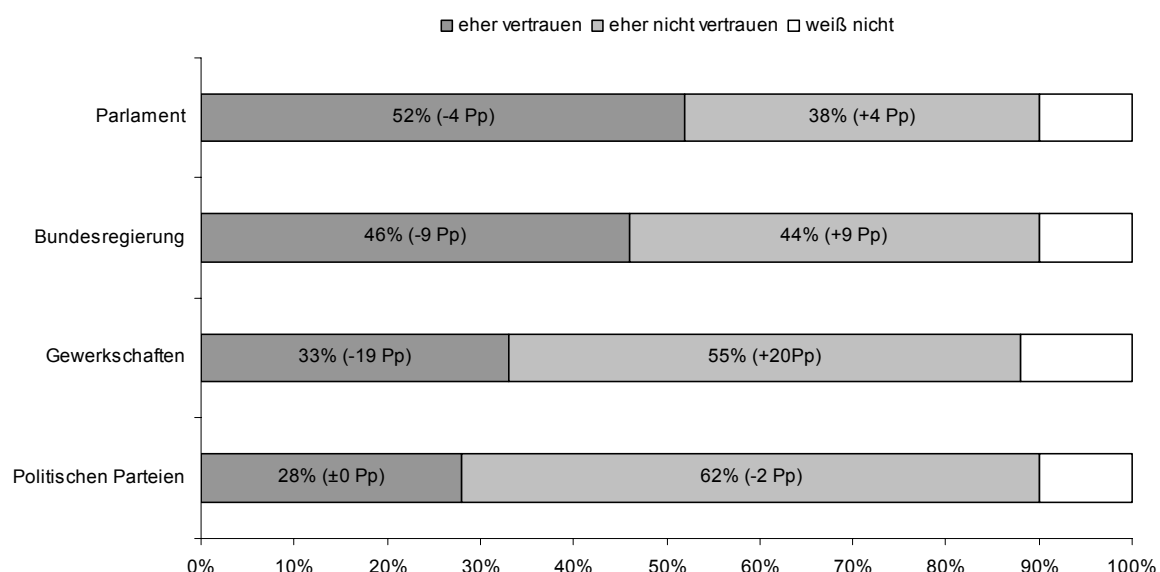


Chart 4: Vertrauen der ÖsterreicherInnen in bestimmte Institutionen. [Quelle: QA6_9-12; EB66.1 (QA10_11-12; EB65.2 und QA7_9-10; EB64.2)]

Beim Vertrauen in die Institutionen ragt in Österreich das Umfrageergebnis für die Gewerkschaften hervor. 2006 ist das Vertrauen in die institutionalisierte Arbeitnehmervertretung von 52% (Vgl. Eurobarometer 64) auf 33% (-19 Pp) **abgesackt**. 55% (+20 Pp) der ÖsterreicherInnen vertrauen den Gewerkschaften „eher nicht“.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit ist das Misstrauen in die Gewerkschaften nicht ganz so groß und liegt bei 46% (-2 Pp), die Vertrauensquote bei 38% (± 0 Pp). Das höchste Vertrauen genießen die Gewerkschaften in Finnland (67%), den Niederlanden (61%) und Dänemark (56%). **Im EU-Schnitt am größten** ist das **Misstrauen** in **Österreich** und Griechenland (je 55%) sowie in Italien, Frankreich und Deutschland (je 52%).

Den politischen Parteien schenken die ÖsterreicherInnen – unabhängig von Alter und Geschlecht – zu 28% (± 0 Pp) ihr Vertrauen. Gut zwei Drittel, i.e. 62% (-2 Pp), vertrauen ihnen „eher nicht“. EU-weit ist die **Parteienverdrossenheit** noch größer als in Österreich.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 vertrauen 17% (± 0 Pp) der Befragten den Parteien, 76% (± 0 Pp) tun dies nicht. Am meisten vertrauen die Befragten in Dänemark (41%), den Niederlanden (37%) und in Luxemburg (36%) ihren Parteien. Die Parteienverdrossenheit ist am größten in Polen (86%), Litauen (83%) sowie Lettland und Tschechien (je 82%).

Deutlich gesunken ist im Jahr 2006 das Vertrauen in die österreichische Regierung. 46% (-9 Pp) der ÖsterreicherInnen geben an, dass sie ihr „eher vertrauen“. Misstrauen in die Bundesregierung hegen 44% (+9 Pp). Das österreichische Ergebnis ist dennoch wesentlich positiver als der EU-Mittelwert.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 vertrauen 30% (-5 Pp) der Befragten der Regierung ihres Landes; knapp zwei Drittel, i.e. 62% (+3 Pp), misstrauen ihr eher. Das größte Vertrauen genießen die Regierungen in Finnland (64%), Luxemburg (62%) sowie Zypern und Estland (je 53%). Das Misstrauen ist am größten in Polen (79%), Frankreich (70%) sowie Tschechien und Großbritannien (je 69%).

Das Parlament genießt unter den politischen Institutionen nach wie vor **das höchste Vertrauen der ÖsterreicherInnen**. Mehr als die Hälfte, i.e. 52 Prozent (-4 Pp), vertrauen den Nationalratsabgeordneten; das ist **auch EU-weit** der höchste Anteil. 38 Prozent (+4 Pp) tun dies nicht. Das positive österreichische Ergebnis steht den europäischen Durchschnittswerten diametral entgegen.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 halten nur 33 Prozent (-5 Pp) das Parlament ihres Landes für vertrauenswürdig. Bei 58 Prozent (+4 Pp) überwiegt das Misstrauen. Am vertrauenswürdigsten sind die Parlamentarier in Dänemark (72%), Finnland (65%)

und Schweden (61%). Den EU-weit schlechtesten Ruf haben die Abgeordneten in Polen (82%) sowie Lettland und Tschechien (je 77%).

Erstmals abgefragt wurde bei der Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2006 das Vertrauen der EU-BürgerInnen zum Internet. Diesbezüglich ist das Verhältnis der ÖsterreicherInnen gespalten: 42% haben eher Vertrauen, 32% eher Misstrauen; ein Viertel, i.e. 26%, ist unentschlossen.

- Unterschiede betreffend das Alter:

In Österreich sind Jugendliche (15-24 Jahre) dem Internet gegenüber mit 60% am meisten aufgeschlossen, 31% vertrauen ihm nicht. Mit zunehmendem Alter nimmt das Vertrauen kontinuierlich ab und das Unwissen zu. Unter den Älteren (ab 64 Jahre) geben 51% an, nicht zu wissen, ob sie dem Internet vertrauen sollen. 23% haben Vertrauen, 26% eher nicht.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit halten sich Vertrauen und Misstrauen mit 34% bzw. 35% die Waage. Am meisten vertrauen dem Internet die Befragten in Tschechien (55%), der Slowakei (49%) und den Niederlanden (47%). Die größten Internet-Skeptiker leben in Griechenland (61%), Belgien (47%) und Schweden (46%).

3.3 Die größten Sorgen und Ängste der ÖsterreicherInnen

In Österreich stellt die **Arbeitslosigkeit, wenn auch mit deutlich sinkender Tendenz, mit 50% (-9 Pp)** nach wie vor **die größte Sorge** dar. Es folgen als wichtige Punkte die steigenden Preise/Inflation mit 29% (+6 Pp), die Einwanderung mit 22% (+6 Pp) und die wirtschaftliche Situation Österreichs mit 16% (-7 Pp). Themen, denen sich Österreich nach Ansicht der Befragten zur Zeit stellen muss, sind auch die Pensionen mit 15% (+2 Pp), das Gesundheitssystem mit 14% (+6 Pp), das Bildungssystem mit 13% (+4 Pp), die Kriminalität mit 12% (-4 Pp), die Besteuerung mit 7% (+2 Pp), der Terrorismus mit 5% (+1 Pp), der Wohnbau mit 3% (+1 Pp), die Landesverteidigung/Außenpolitik mit 2% (+1 Pp), der Umweltschutz mit 2% (±0 Pp) sowie Energiefragen mit 1%.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit stellt die Arbeitslosigkeit mit 40% (-9 Pp) ebenfalls die größte Sorge dar, wenngleich mit deutlich sinkender Tendenz. Wichtig ist den EU-BürgerInnen auch die wirtschaftliche Situation mit 23% (±0 Pp), die Kriminalität mit 23% (+1 Pp) sowie die Einwanderung mit 21% (+7 Pp). Weitere Themen sind auch EU-weit die steigenden Preise/Inflation mit einer Nennquote von 16% (+3 Pp), das Gesundheitssystem mit 16% (-2 Pp), der Terrorismus mit 15% (+5 Pp), die Pensionen mit 10% (±0 Pp), die Besteuerung mit 7% (±0 Pp), das Bildungssystem mit 7 Prozent (±0 Pp), der Wohnbau mit 5% (-1 Pp), der Umweltschutz mit 4% (+1 Pp), Energiefragen mit 3% sowie die Landesverteidigung/Außenpolitik mit 2% (+1 Pp).

[Anmerkung: Aus einer Tabelle mit 14 Themen mussten die Befragten die ihnen jeweils zwei wichtigsten Punkte nennen. Quelle: EB 66.1; QA23 (EB65.2; QA28a trend modified)].

4. Österreichs EU-Mitgliedschaft

4.1 Das Vertrauen in die Europäische Union

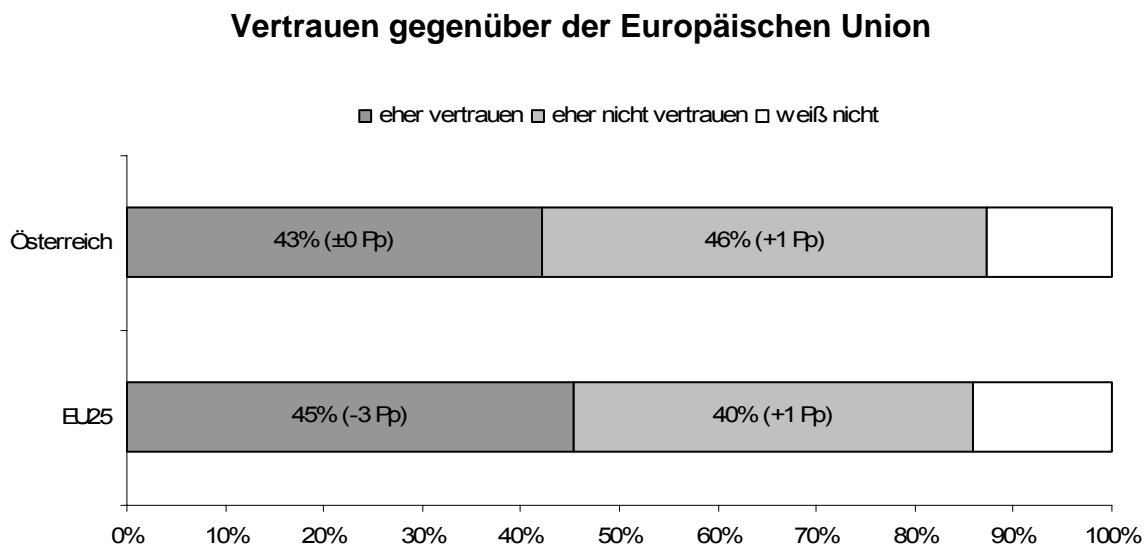


Chart 5: Vertrauen der ÖsterreicherInnen gegenüber der Europäischen Union. [Quelle: QA6_13; EB66.1 (QA10_13; EB65.2)]

Hinsichtlich des Vertrauens in die Europäische Union geben die befragten ÖsterreicherInnen an, der EU mit 43% (±0 Pp) „eher“ zu vertrauen. 46% (+1 Pp) tun dies „eher nicht“. **Vertrauen und Misstrauen** sind somit ziemlich **gleich verbreitet** in Österreich.

- Unterschiede betreffend Alter und Geschlecht:

Mit zunehmendem Alter der ÖsterreicherInnen nimmt das Vertrauen in die EU kontinuierlich ab: 51% der Jugendlichen halten die EU für „vertrauenswürdig“, 40% für „eher nicht vertrauenswürdig“. Von den ÖsterreicherInnen ab 64 Jahre vertrauen 50% nicht der EU, 33% hingegen schon. Auffallend ist, dass unter den österreichischen Frauen 16% keine Meinung dazu haben, gegenüber nur 7% der Männer.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit hat das in der Frühjahrsbefragung 2006 (Eurobarometer 65.2) herrschende tendenziell positive Verhältnis kaum an Wert eingebüßt: 45% (-3 Pp) haben Vertrauen in die EU, 40% (+1 Pp) haben „eher kein Vertrauen“. Am größten ist das Vertrauen in Slowenien (70%), Griechenland (65%) und Tschechien. Der Anteil der Befragten, die der EU nicht vertrauen, ist am größten in Großbritannien (52%), Deutschland (50%) und Finnland (49%).

Frage: QA7a(29). Allgemein gesehen, ist die Mitgliedschaft (UNSER LAND) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach ...?

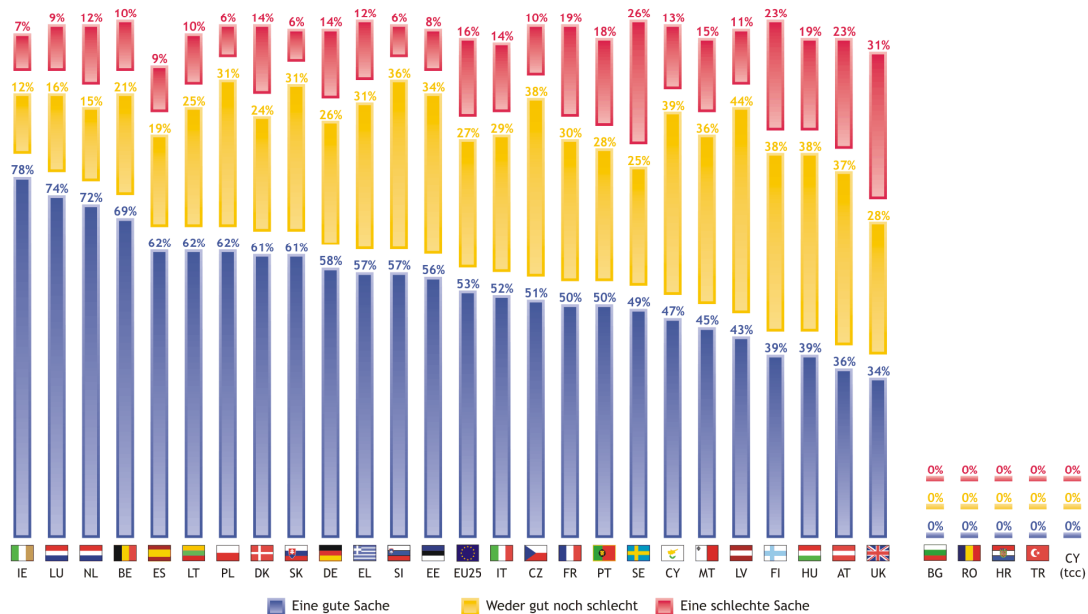


Chart 6: Meinung über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union im Länder-Vergleich. [Quelle: QA7a(29); EB66.1 (QA11a; EB65.2)]

Danach gefragt, ob sie allgemein gesehen die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union als „gute Sache“ oder „schlechte Sache“ bewerten, äußern sich 36% (+2 Pp) der ÖsterreicherInnen positiv. 23% (-1 Pp) halten sie für „eine schlechte Sache“. Bemerkenswert ist, dass nach wie vor **mehr als ein Drittel** der ÖsterreicherInnen, i.e. 37% (+2 Pp), sie als „**weder gut noch schlecht**“ empfinden. In den Ergebnissen zu dieser Frage lässt sich zudem wieder ein **deutlicher Generationenunterschied** feststellen.

- Unterschiede betreffend das Alter:

52% der 15- bis 24-Jährigen halten die österreichische EU-Mitgliedschaft für „eine gute Sache“, 16% für „eine schlechte Sache“ und 24% für „weder gut noch schlecht“. Hingegen sprechen unter den ÖsterreicherInnen über 64 Jahre nur 24% von einer „guten Sache“, 31% beurteilen sie als „negativ“ und 42% als „weder gut noch schlecht“.

- Position im EU-Vergleich:

Im **Durchschnitt aller EU-Länder** hingegen sieht eine **klare Mehrheit von 53%** (-2 Pp) die **Mitgliedschaft als „positiv“**. 16% (+3 Pp) beurteilen sie als „negativ“, 27% (-1 Pp) als „weder gut noch schlecht“. Ihre EU-Mitgliedschaft am positivsten beurteilen die Befragten in Irland (78%), gefolgt von Luxemburg (74%) und den Niederlanden (72%). Der Anteil der Befragten, die die Zugehörigkeit zur EU negativ

bewerten, ist am größten in Großbritannien (31%), Schweden (26%), Finnland und Österreich (je 23%).

Nach den Vorteilen durch die EU-Mitgliedschaft gefragt, meinen **43%** (+4 Pp), dass Österreich vom Beitritt zur Europäischen Union **profitiert** habe. Etwa genauso viele ÖsterreicherInnen, i.e. **42%** (-1 Pp), erkennen jedoch **keine Vorteile**. Jugendliche und Ältere vertreten wieder diametral entgegengesetzte Ansichten.

- Unterschiede betreffend das Alter:

59% der 15- bis 24-Jährigen sehen „mehr Vorteile“, 24% verneinen das. Im Gegensatz dazu vertreten 25% der Über-64-Jährigen eine „positive“ Meinung und 58% eine „negative“ Meinung.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit meinen 54% (± 0 Pp), also die absolute Mehrheit der Befragten, ihr Land habe Vorteile durch die Mitgliedschaft. Spitzenreiter sind dabei Irland (87%), Litauen (77%) und Dänemark (74%). 34% (+1 Pp) der Befragten nehmen im EU-Schnitt mehr Nachteile wahr; das sind vor allem Großbritannien, Ungarn und Finnland (je 45%).

4.2 Die Rolle der EU

Die Rolle der EU aus Sicht der ÖsterreicherInnen

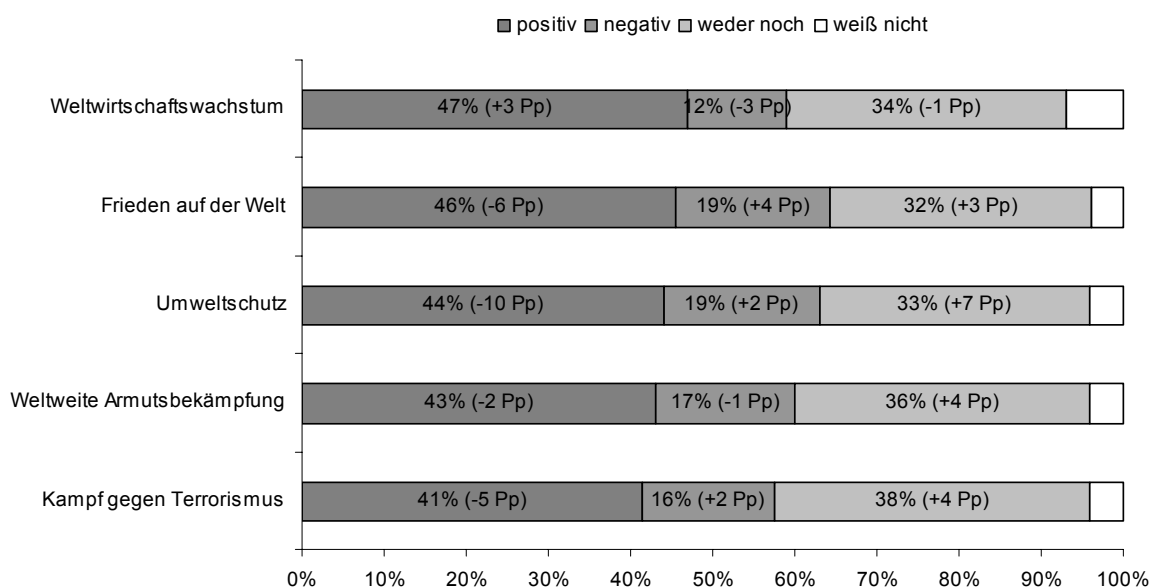


Chart 7: Die Rolle der EU aus der Sicht der ÖsterreicherInnen. [Quelle: QA29b_1-5; EB66.1 (QA38b_1-5; EB65.2)]

Was die positive Rolle der EU bezüglich Frieden auf der Welt, Umweltschutz und Kampf gegen Terrorismus betrifft, ist die Einschätzung der ÖsterreicherInnen im Vergleich zur Frühjahrsbefragung 2006 (EB 65.2) tendenziell gesunken. Trotzdem spielt die Europäische Union weiterhin eine positive Rolle in Bezug auf den Weltfrieden. Diese Meinung vertreten 46% (-6 Pp) der ÖsterreicherInnen. 19% (+4 Pp) meinen, sie nimmt eine „negative Rolle“ ein. Für 32% (+3 Pp) ist sie „weder positiv noch negativ“. In Relation zu den EU-Werten stellt sich **Österreich** in dieser Frage als **vergleichsweise skeptischer Mitgliedstaat** dar.

- Position im EU-Vergleich:

Im Durchschnitt gestehen die befragten Länder der Europäischen Union eine positivere Funktion zu: Für fast zwei Drittel, i.e. 60% (-3 Pp), leistet die EU einen „positiven Beitrag“ zum Weltfrieden, für 13% (+3 Pp) einen „negativen“, für 21% (-1 Pp) ist er „weder positiv noch negativ“. Zuvorderst Tschechien, die Slowakei (je 79%) sowie Lettland (77%) unterstreichen deutlich das positive Mitwirken der EU. Der Anteil der Befragten, die den Beitrag der EU zum Weltfrieden als negativ empfinden, ist in Deutschland (21%) und – neben Österreich – in Großbritannien (je 19%) am größten.

Dass die EU im Kampf gegen Terrorismus eher eine positive Rolle spielt, meinen 41% (-5 Pp) der ÖsterreicherInnen. 16% (+2 Pp) sind der gegenteiligen Ansicht. 38% (+4 Pp) meinen, dass die EU dabei „weder Positives noch Negatives“ bewirkt.

- Position im EU-Vergleich:

Auch was die Bekämpfung des Terrorismus betrifft, zeigt sich, dass im Schnitt aller befragten Länder der EU eine bedeutendere Funktion zugesprochen wird, als dies in Österreich der Fall ist. 59% (-2 Pp) erscheint die Rolle der EU als eine „positive“, 11% (+1 Pp) als eine „negative“, 23% (± 0 Pp) als eine „weder positive noch eine negative“ Rolle. Am positivsten ist die Meinung in Tschechien, Lettland (je 75%) und der Slowakei (74%). Eine negative Rolle in der Frage wird der EU vor allem in Italien (17%) zugewiesen und – wieder neben Österreich – in Großbritannien (je 16%).

Für 47% (+3 Pp) der ÖsterreicherInnen trägt die Europäische Union Positives zum Wachstum der Weltwirtschaft bei, aus der Sicht von 12% (-3 Pp) „Negatives“. 34% (-1 Pp) antworteten mit „weder noch“. Auffallend ist, dass rund zwei Drittel der Jugendlichen, i.e. 64%, der EU dabei einen „positiven Beitrag“ zugestehen; 14% sehen ihn „negativ“, 12% antworten mit „weder noch“.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit sind 53% (+4 Pp) der Meinung, die Union leiste „Positives“ hinsichtlich des Weltwirtschaftswachstums. 13% (± 0 Pp) sind der gegenteiligen Meinung, 26% (-3 Pp) beantworteten die Frage mit „weder noch“. Sogar rund drei Viertel der Befragten in Lettland (76%), Estland (74%) und der Slowakei (71%) sind der Ansicht, die EU trage positiv zum internationalen Wirtschaftswachstum bei. Am kritischsten sind in der Frage Frankreich (19%), Italien (18%) und Großbritannien (16%).

43% (-2 Pp) der ÖsterreicherInnen sind der Ansicht, im Kampf gegen die weltweite Armut spiele die EU eine „positive Rolle“. 17% (-1 Pp) beurteilen den Beitrag als „negativ“, 36% (+4 Pp) als „weder positiv noch negativ“.

- Position im EU-Vergleich:

Im EU-Durchschnitt antworteten auf die Frage 49% (± 0 Pp) „positiv“, 16% (± 0 Pp) „negativ“ und 27% (-1 Pp) „weder positiv noch negativ“. Eine hohe Meinung von der EU in Sachen Armutsbekämpfung haben Lettland (71%), Tschechien (65%), Zypern und Malta (je 64%). Hingegen sind Frankreich (23%), Italien (21%) und Großbritannien (20%) in der Frage am kritischsten.

Der Anteil der ÖsterreicherInnen, die der EU in Bezug auf den Umweltschutz eine positive Funktion zuschreiben, ist auf 44% (-10 Pp) gesunken. 19% (+2 Pp) meinen, die EU habe diesbezüglich eine negative Funktion. 33% (+7 Pp) beantworteten die Frage mit „weder positiv noch negativ“.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 gestehen fast zwei Drittel der Befragten, i.e. 60% (-1 Pp), der Union eine positive Rolle hinsichtlich des Umweltschutzes zu. 13% (+1 Pp) beurteilen sie als „negativ“, 20% (-1 Pp) als „weder positiv noch negativ“. Hohe ökologische Erwartungen in die EU setzen vor allem Zypern (83%), Malta (79%) und Estland (77%). Am kritischsten sind in der Frage neben Österreich auch Großbritannien (je 19%) und Italien (18%).

5. Wirtschaft und Beschäftigung

5.1 Die Situation der österreichischen Wirtschaft

5.1.1 Ökonomische Auswirkungen des EU-Beitritts

58% der ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass sich der EU-Beitritt positiv auf die österreichische Wirtschaft ausgewirkt hat; 14% sehen „sehr gute“, 44% „ziemlich gute“ Auswirkungen. Von negativen Folgen sprechen 37% der Befragten – davon 33% von „ziemlich schlechten“ und 4% von „sehr schlechten“ Folgen. Im Meinungsbild kommt ein **deutlicher Generationenunterschied** zum Ausdruck.

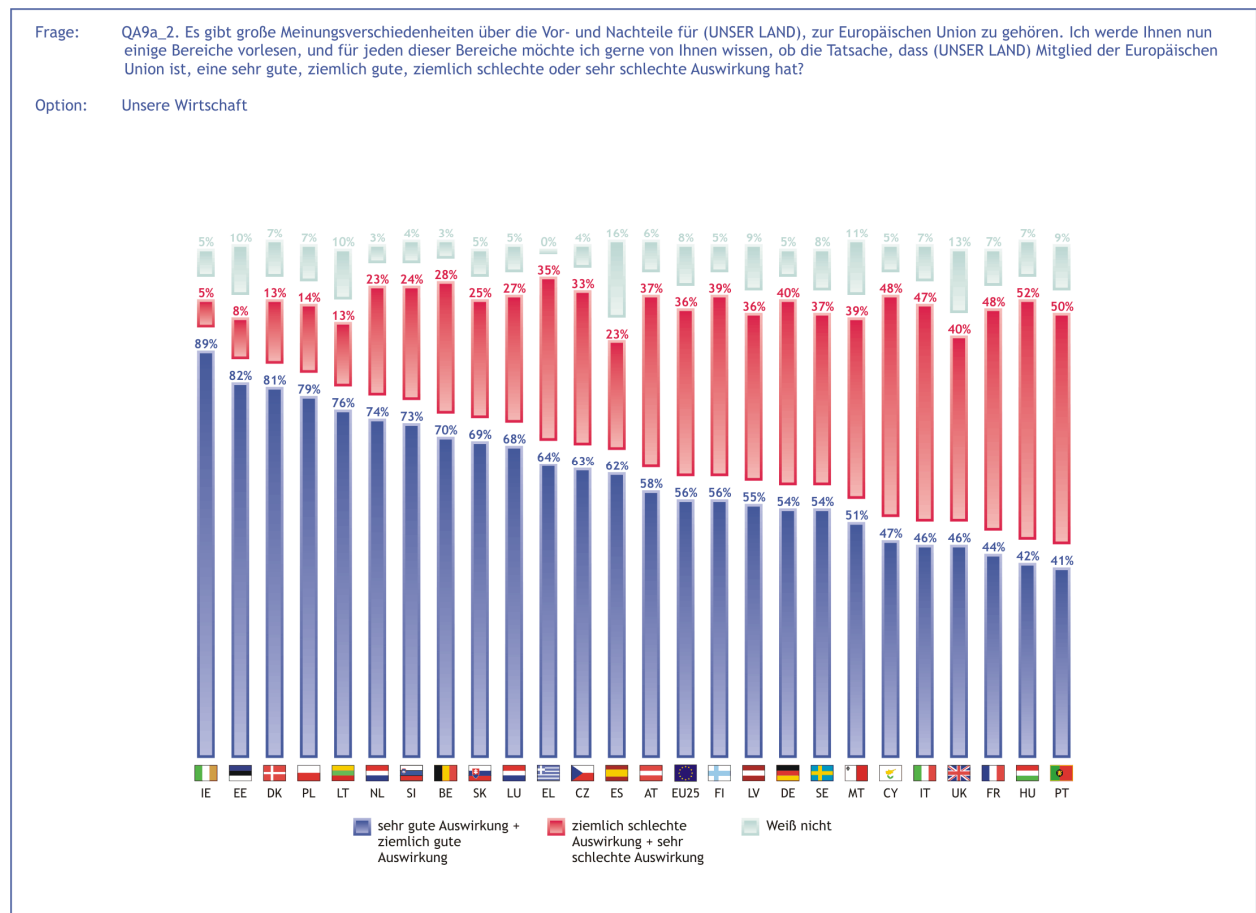


Chart 8: Ökonomische Auswirkungen des EU-Beitritts im Vergleich der EU25. [Quelle: QA9a_2; EB66.1]

- Unterschiede betreffend das Alter:

Unter den 15- bis 24-Jährigen registrieren 15% eine sehr gute, 50% eine ziemlich gute und 22% eine ziemlich schlechte Auswirkung des EU-Beitritts auf die österreichische Wirtschaft. Unter den Über-64-Jährigen stellen nur 8% einen sehr guten, 34% einen ziemlich guten, aber 43% einen ziemlich schlechten Effekt fest.

- Position im EU-Vergleich:

Die 25 Mitgliedstaaten sehen durchschnittlich zu 56% einen positiven Effekt auf ihre Wirtschaft, 36% einen negativen. Positive Spitzenreiter sind Irland (89%), Estland

(82%) und Dänemark (81%). Schlusslichter sind Ungarn, i.e. 52% sehen dort negative Folgen, Portugal (50%) sowie Frankreich und Zypern (je 48%). Unter den Kandidatenländern hat Rumänien die größten Erwartungen in Bezug auf die eigene Wirtschaft: 71% rechnen mit einem positiven Effekt, 17% mit einem negativen. In der Türkei hoffen 70% auf positive Auswirkungen (negativ: 21%), in Bulgarien 69% (negativ: 17%) und in Kroatien 55% (negativ: 40%).

5.1.2 Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation

Mit der Wirtschaftslage ihres Landes sind die **ÖsterreicherInnen wesentlich zufriedener, als** es die Befragten der **EU25** im Durchschnitt sind. Mehr als zwei Drittel, i.e. 69% (+9 Pp), bewerten die derzeitige Lage in Österreich als gut, 27% (-11 Pp) als schlecht. 7% (+3 Pp) sprechen von einer „sehr guten“, 62% (+6 Pp) von einer „ziemlich guten“ Lage. Der Anteil jener, die Österreichs Wirtschaft als „ziemlich schlecht“ einstufen, ist auf 25% (-8 Pp) zurückgegangen. Von „sehr schlecht“ sprechen 2% (-3 Pp).

- Position im EU-Vergleich:

Im Schnitt der EU25 ist eine deutliche Verbesserung der Stimmungslage zu verzeichnen: 46% (+10 Pp) der Befragten sind mit der Wirtschaft ihres Landes zufrieden, hingegen 50% (-12 Pp) nicht. Am besten beurteilen die Wirtschaftslage die Befragten in den Niederlanden, in Finnland, i.e. je 90% sagen, sie sei gut, und Schweden (85%). Die größte Kritik gibt es in Ungarn, i.e. 88% beurteilen die Situation als schlecht, Portugal (87%) und Griechenland (78%).

Zufriedenheit mit der Situation der Wirtschaft des Landes

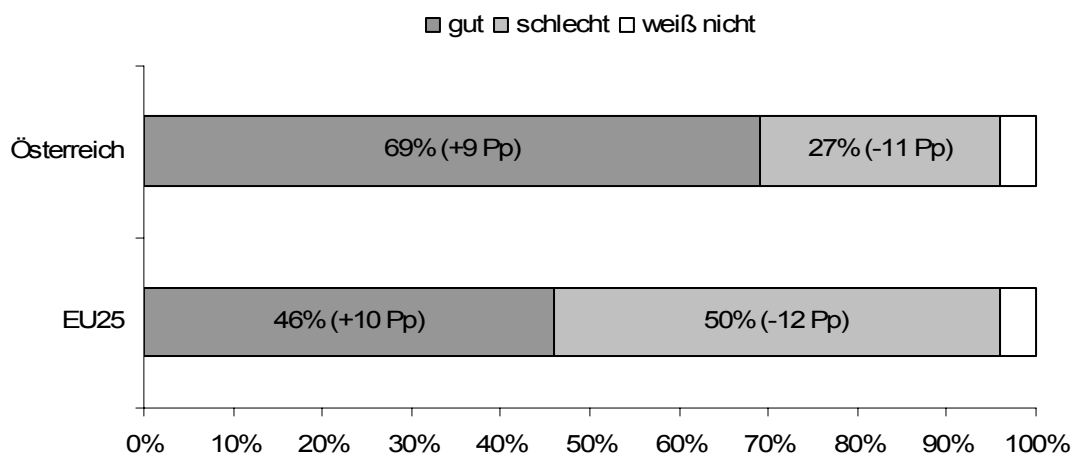


Chart 9: Zufriedenheit mit der Situation der Wirtschaft des Landes, vgl. mit EU25. [Quelle: QA51_1; EB66.1 (QD1_1 trend modified; EB63.4)]

Eine ähnlich positive Tendenz zeichnet sich im österreichischen Stimmungsbild über die Situation der europäischen Wirtschaft ab. Diese schätzen 61% (+15 Pp) der ÖsterreicherInnen als gut ein, 31% (-17%) als schlecht.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 beurteilen die europäische Wirtschaft im Schnitt 58% (+8 Pp) der Befragten als „gut“, 28% (-8 Pp) als „schlecht“. Die beste Beurteilung gibt es von Portugal, Slowenien (je 84%) und Estland (82%). Am kritischsten sind Italien, i.e. 43% bewerten die EU-Wirtschaft negativ, Frankreich und Deutschland (je 37%).

Zufriedenheit mit der Situation der europäischen Wirtschaft

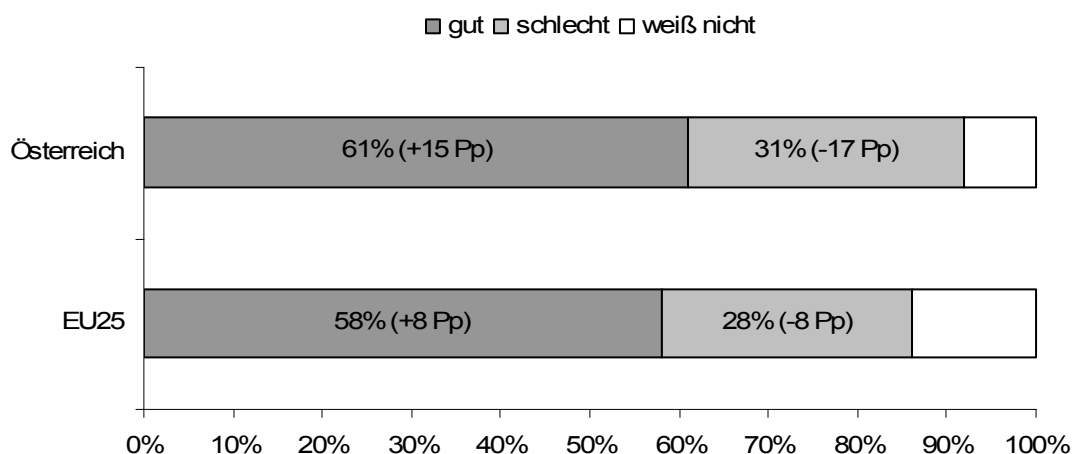


Chart 10: Zufriedenheit mit der Situation der europäischen Wirtschaft. [Quelle: QA51_2; EB66.1 (QD1_2 trend modified; EB63.4)]

5.2 Die Beschäftigungslage

5.2.1 Auswirkungen des EU-Beitritts

Im umgekehrten Verhältnis zur wirtschaftlichen Situation, aber mit **stark positiv ansteigender Tendenz** werden die Auswirkungen des EU-Beitritts auf die österreichische Beschäftigungssituation beurteilt: 39% (+12 Pp) schätzen diese als „positiv“ ein und 54% (-10 Pp) als „negativ“. Von einem „sehr guten“ Effekt sprechen 9% (+4 Pp), für 30% (+8 Pp) ist er „ziemlich gut“. „Ziemlich schlechte“ Folgen empfinden 44% (-4 Pp), „sehr schlechte“ Folgen 10% (-6 Pp).

- Unterschiede betreffend das Alter:

In den Umfragewerten zu dieser Frage kommt ein **deutlicher Generationenunterschied** zum Ausdruck, wobei die ÖsterreicherInnen zu einem zunehmend negativen Urteil kommen, je älter sie werden. Die Folgen des EU-Beitritts am österreichischen Arbeitsmarkt beurteilen die Jugendlichen mit 13% als „sehr gut“; für jeweils 35% sind sie „ziemlich gut“, aber auch „ziemlich schlecht“ und 8% halten sie für „sehr schlecht“. Nur 4% der älteren ÖsterreicherInnen sprechen von

„sehr guten“, 23% von „ziemlich guten“, hingegen 51% von „ziemlich schlechten“ und 12% von „sehr schlechten“ Folgen für den heimischen Arbeitsmarkt.

- Position im EU-Vergleich:

Die Folgen für die Beschäftigungssituation ihres Landes beurteilen in der EU25 38% (+3 Pp) der Befragten als gut, 51% (-3 Pp) als schlecht. Am positivsten werten Irland (81%), Dänemark (71%) sowie Estland und Litauen (je 70%) die Auswirkungen am Arbeitsmarkt, am negativsten Deutschland (70%), Frankreich (65%) und Portugal (60%).

Unter den Kandidatenländern hat die Türkei mit 65% (-4 Pp) die positivste Erwartungshaltung in Bezug auf die Beschäftigungslage im Fall einer Aufnahme in die EU; 24% der türkischen Befragten rechnen mit negativen Folgen. Jeweils 59% in Bulgarien (+1 Pp) und in Rumänien (+3 Pp) glauben an positive Folgen (negativ: 20%, -2 Pp bzw. 21%, -7 Pp). Gedämpft ist die Erwartungshaltung in Kroatien: 49% (-4 Pp) erhoffen sich positive Folgen am Jobmarkt, 41% (+4 Pp) befürchten negative Folgen.

5.2.2 Zufriedenheit mit der Beschäftigungssituation

Die Beschäftigungslage in den Mitgliedstaaten beurteilen die Befragten tendenziell nach wie vor negativ, der Pessimismus nimmt jedoch ab. Die **ÖsterreicherInnen** haben dabei eine **überdurchschnittlich positive Meinung**. Sie schätzen die heimische Beschäftigungslage zu 46% (+7 Pp) als gut ein, zu 50% (-9 Pp) als schlecht. 6% (+3 Pp) nennen die Lage „sehr gut“, 40% (+4 Pp) „ziemlich gut“, für 39% (-7 Pp) ist sie „eher schlecht“ und für 11% (-2 Pp) „ziemlich schlecht“.

Zufriedenheit mit der Beschäftigungssituation im Land

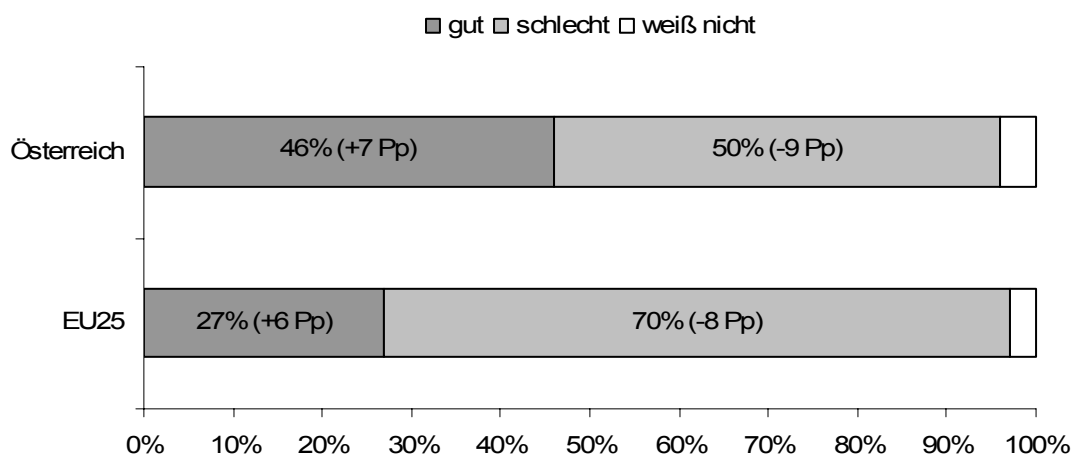


Chart 11: Zufriedenheit mit der Beschäftigungssituation im eigenen Land, vgl. mit EU25. [Quelle: QA51_3; EB66.1 (QD1_3 trend modified; EB63.4)]

- Unterschiede betreffend das Geschlecht:

Auffallend ist der **gender gap** unter den Jugendlichen: **Junge Männer** (15-24 Jahre) bewerten die Beschäftigungssituation in Österreich negativ, i.e. 8% sehr gut, 21 % eher gut vs. **57% eher schlecht**, 14% eher schlecht. **Junge Frauen** schätzen die Lage dagegen positiv ein, i.e. 4% sehr gut, **56% eher gut** vs. 25% eher schlecht, 8% sehr schlecht.

- Position im EU-Vergleich:

Im Durchschnitt der EU25 schätzen die Mitgliedsländer ihre Beschäftigungslage zu 27% (+6 Pp) als gut (sehr gut: 3%, +1 Pp; eher gut: 24%, +5 Pp) und zu 70% (-8 Pp) als schlecht (eher schlecht: 46%, +1 Pp; sehr schlecht: 24%, -9 Pp) ein. Die größte Zufriedenheit herrscht in Irland, den Niederlanden (je 85%) und in Dänemark (84%). Die größte Kritik an der Jobsituation ihres Landes üben die Befragten in Deutschland, i.e. 93% schätzen die Lage als „schlecht“ ein, Portugal (91%) und Ungarn (89%).

5.3 Der Binnenmarkt und seine Folgen

In Bereichen wie zum Beispiel Verkehr, Telekommunikation, Banken und Versicherungen erhöhte der Binnenmarkt den Wettbewerb. 56% (+8 Pp) der ÖsterreicherInnen vertreten die Meinung, dass die Folgen des Binnenmarktes generell positiv sind. 18% (± 0 Pp) sind gegenteiliger Ansicht. 8% (+2 Pp) sprechen von „sehr positiven“, 48% (+6 Pp) von „ziemlich positiven“ Folgen. 13% (+1 Pp) sehen einen „ziemlich negativen“ und 5% (-1 Pp) einen „sehr negativen“ Effekt; 16% (-3 Pp) sehen es „weder positiv noch negativ“.

Der Binnenmarkt und seine Folgen

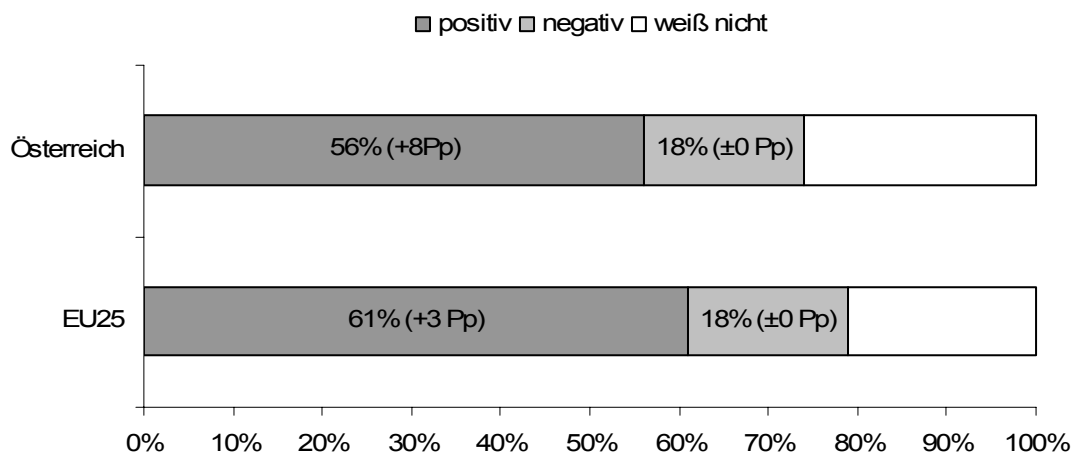


Chart 12: Der Binnenmarkt und seine Folgen. [Quelle: QA40; EB66.1 (QA54; EB64.2)]

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit begrüßen 61% (+3 Pp) den erhöhten Wettbewerb. 18% (± 0 Pp) sprechen von negativen Folgen. Die größten Befürworter des Binnenmarktes sind Portugal (81%), Slowenien (80%) und Dänemark (78%). Die häufigsten Nachteile werden in Frankreich (30%), Luxemburg (25%) und Griechenland (23%) genannt.

Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen habe sich in den vergangenen 10 Jahren durch den Binnenmarkt verbessert, sagen 45% der ÖsterreicherInnen. 17% erkennen eine Verschlechterung. Für 25% der Befragten ist die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Betriebe gleich geblieben.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 geben 42% der Befragten an, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in ihrem Land habe sich verbessert. Im Schnitt 24% sehen sie verschlechtert. Am positivsten fällt das Urteil in Estland (78%), Litauen (68%) und Dänemark (67%) aus. Am kritischsten sind Ungarn, Italien und Luxemburg, wo eine Mehrheit von jeweils 42% bzw. 37% bzw. 35% von Verschlechterung spricht.

5.4 Die Globalisierung und ihre Folgen

Die **Skepsis** gegenüber den Auswirkungen der Globalisierung **geht tendenziell zurück**. Der Aussage, die Globalisierung sei für die heimischen Betriebe dank der Erschließung neuer Märkte eine Chance, stimmen mittlerweile 41% (+9 Pp) der ÖsterreicherInnen zu. Hingegen 42% (-10 Pp) empfinden die Globalisierung als Bedrohung für die Beschäftigung und die Unternehmen in Österreich. Deutlich erkennbar ist in den Zahlen für Österreich wieder ein **größerer Optimismus in den jüngeren Generationen**.

- Unterschiede betreffend das Alter:

Positiv schätzen die Globalisierung 46% der 15- bis 24-Jährigen ein sowie 51% der 25- bis 39-Jährigen, negativ 35% bzw. 38%. Dem gegenüber sehen nur 31% der 55- bis 64-Jährigen die Globalisierung als gute Gelegenheit für österreichische Betriebe und 28 Prozent der Über-64-Jährigen. Hingegen 53% bzw. 51% der Älteren nehmen die Globalisierung als Bedrohung wahr.

- Position im EU-Vergleich:

40% (+3 Pp) der Befragten in der EU25 empfinden die Globalisierung als Chance, 41% (-6 Pp) als Bedrohung. Am zuversichtlichsten sind in der Frage Dänemark (77%), Schweden (59%) und die Niederlande (57%). Am kritischsten ist die Meinung zur Globalisierung in Frankreich, Griechenland (je 64%) und Luxemburg (58%).

5.5 Die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union

Um die Europäische Union in der globalen Wirtschaft wettbewerbsfähiger und leistungsstärker zu machen, haben sich die Mitgliedstaaten im Jahr 2000 auf die „Strategie von Lissabon“ geeinigt. Das Ziel: Die EU sollte bis 2010 der weltweit wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum sein.

Zur Steigerung der europäischen Wirtschaftsleistung spricht sich nunmehr eine Mehrheit der **ÖsterreicherInnen** von 68% (+11 Pp) noch **deutlicher als bisher für eine verbesserte Bildung und Ausbildung** aus. Der österreichische Wert liegt im europäischen Mittelfeld: Im EU-Schnitt sind 65% (+3 Pp) der Befragten für noch bessere Bildungsmöglichkeiten. In Österreich sind weiters 44% (+6 Pp) der Ansicht, Unternehmensgründungen sollten erleichtert werden (EU-25: 43%, ± 0 Pp), damit die Wirtschaftsleistung gesteigert werden kann. Für 43% (+1 Pp) sind Investitionen in Forschung und Entwicklung wichtig (EU-25: 47%, ± 0 Pp). Zudem meinen mittlerweile 40% (+11 Pp) der ÖsterreicherInnen, die Energie sollte effizienter genutzt werden (EU-25: 36%, +4 Pp). Investitionen in Transportwege fordern 26% (-3 Pp; EU-25: 27%, +4 Pp) und eine längere Arbeitszeit 11% (-2 Pp; EU-25: 10%, ± 0 Pp). Auffallend ist, dass in den österreichischen Nachbarländern **Slowakei** und in **Tschechien** der **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur** an zweiter bzw. dritter Stelle gefordert (59% bzw. 45%) wird.

[Anmerkung: Aus einer Tabelle mit 6 Vorschlägen mussten die Befragten die ihnen jeweils drei wichtigsten Punkte nennen. Quelle: EB 66.1; QA46 (EB65.2; QC5)].

6. Die EU als politische Union – wie viel Integration/Vertiefung ist erwünscht?

Nur 38% der ÖsterreicherInnen geben an, von ihren Rechten als EU-BürgerInnen profitiert zu haben. Knapp die Hälfte, i.e. 49%, hat das nicht. Ohne dass nach den Gründen gefragt wurde, sind die Werte je nach Alter und Geschlecht verschieden.

- Unterschiede betreffend Alter und Geschlecht:

Tendenziell haben in Österreich mehr Frauen (52%) als Männer (47%) von ihren Rechten als EU-BürgerInnen nicht profitiert. **Jüngere** haben mit 47% positiven Antworten (negativ: 36%) **ungleich mehr profitiert als Ältere** (positiv: 25%, negativ: 61%). **Am wenigsten** haben dies offensichtlich **ältere Frauen** ab 65 Jahre (23% positiv, 64% negativ vs. Männer dieser Altersklasse: 29% positiv, 55% negativ). Das kritische Meinungsbild Österreichs in dieser Frage liegt im Mittelfeld der EU25, wobei die zustehenden Rechte offenbar von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich wahrgenommen werden.

- Position im EU-Vergleich:

In den Mitgliedstaaten geben im Durchschnitt 36% der Befragten an, von den Rechten als EU-BürgerInnen profitiert zu haben. 52% haben dies hingegen nicht. Der Anteil der Befragten, die positiv antworten, ist am höchsten in Zypern und Malta (je 65%) sowie Polen und Portugal (je 61%). Am negativsten antworten die Befragten in Deutschland und Ungarn (je 70%) sowie in Slowenien (68%).

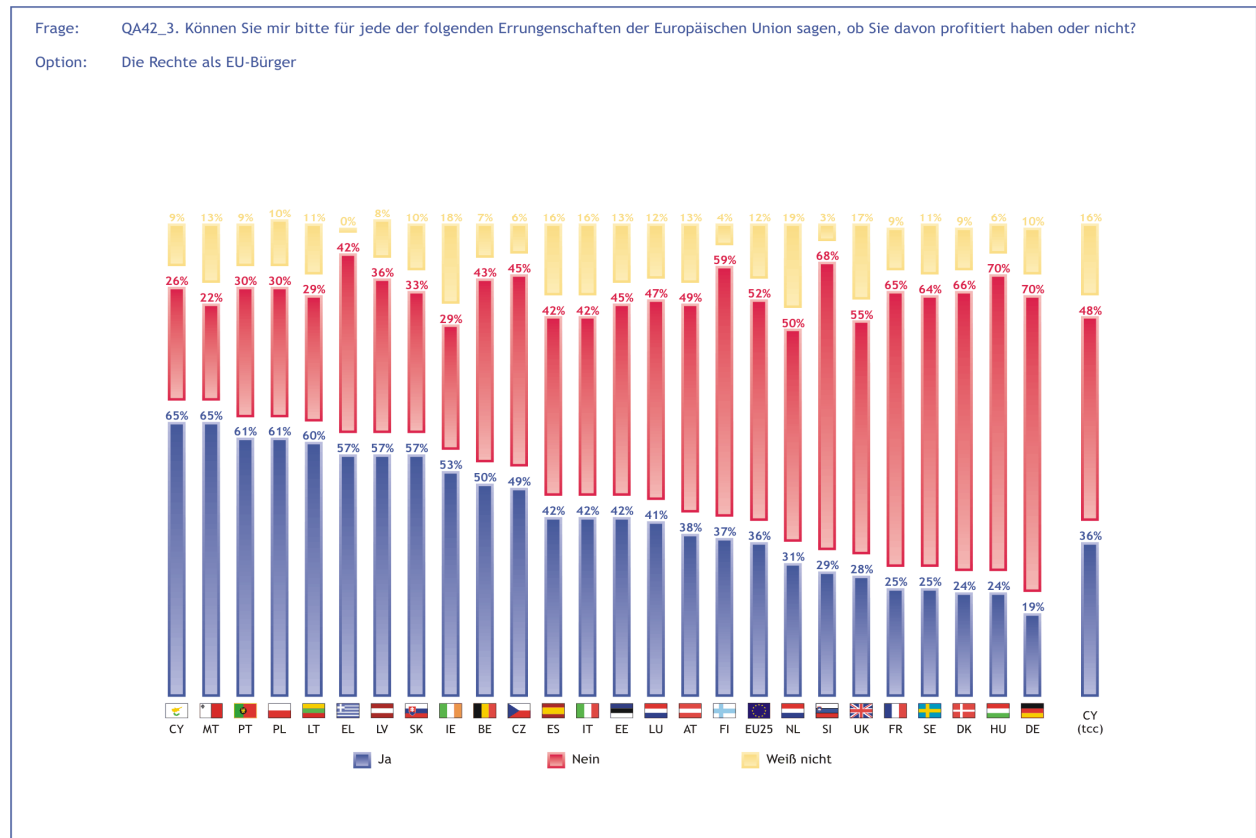


Chart 13: Wahrnehmung der Rechte als EU-Bürger im Vergleich der EU25 sowie des türkischen Teils von Zypern. [Quelle: QA42_3; EB66.1]

6.1 Allgemeines Stimmungsbild hinsichtlich der politischen Entwicklung der Europäischen Union

Auf die Entwicklung einer **Europäischen Politischen Union** angesprochen, sind die ÖsterreicherInnen **kritisch** und **lehnen** diese Richtung mit **knapper Mehrheit ab**: 40% (+5 Pp) sind dafür, 43% (-5 Pp) dagegen.

- Unterschiede betreffend Alter und Geschlecht:

Am größten ist die **Ablehnung** unter den **Älteren** und bei **Frauen**. 44% der Österreicherinnen sind gegen eine Politische Union (39% dafür) und 40% der Männer (43% dafür). Von der österreichischen Gesamtbevölkerung im Alter von 40-54 Jahre lehnen 43% einen derartigen Integrationsschritt ab (dafür: 38%), von den 55- bis 64-Jährigen 46% (dafür: 34%) und von den Über-64-Jährigen 57% (dafür: 27%). Auffallend ist, dass in der Frage 17% (± 0 Pp) **unentschlossen** sind (EU25: 15%, +1 Pp); das sind mit 22% insbesondere **junge Männer** zwischen 15 und 24 Jahre respektive 10% bei den jungen Frauen.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit findet die Entwicklung einer Europäischen Politischen Union im Gegensatz zu Österreich mehrheitlich Unterstützung: 55% (-1 Pp) der Befragten sprechen sich dafür aus, 31% (-1 Pp) dagegen. Die meisten Befürworter leben in Slowenien, der Slowakei (je 77%, +6 Pp bzw. +5 Pp) und Griechenland (73%, +5 Pp). Die größten Gegner sind nach wie vor Großbritannien (54%, +1 Pp), gefolgt von Finnland (50%, -3 Pp) und Schweden (47%, -7 Pp).

Stimmungsbild „für oder gegen“ die Entwicklung in Richtung einer Europäischen Politischen Union

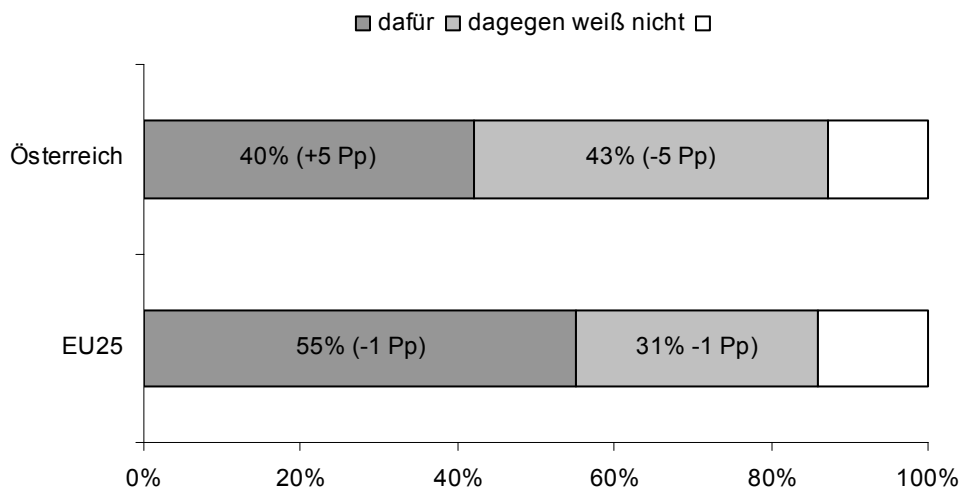


Chart 14. Sind Sie für oder gegen die Entwicklung in Richtung einer Europäischen Politischen Union? [QA11; EB66.1 (QA12; EB64.2)]

6.2 Gemeinschaftliche vs. nationale Maßnahmen

Was die Bekämpfung der Kriminalität betrifft, wünschen sich die ÖsterreicherInnen zu 55% (-6 Pp) mehrheitlich ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der EU. 41% (+6 Pp) bevorzugen Maßnahmen, die die Bundesregierung ergreift.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit sprechen sich die Mitgliedstaaten ebenfalls mehrheitlich, i.e. 59% (± 0 Pp) der Befragten, für ein gemeinsames Vorgehen aus. 38% (± 0 Pp) wünschen sich in erster Linie nationalstaatliche Maßnahmen, um die Kriminalität zu bekämpfen. Gemeinschaftliche Maßnahmen werden eindeutig in Tschechien (75%), Deutschland (73%), Polen und der Slowakei (je 72%) bevorzugt. Dagegen ist Großbritannien (69%), Schweden (62%) und Irland (59%) lieber, wenn ihre nationalen Regierungen tätig werden.

Fast drei Vierteln der ÖsterreicherInnen, i.e. 72% (+1 Pp), ist eine nationale Steuerpolitik lieber als ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten. Das befürworten nur 23% (-1 Pp). Damit liegt Österreich ungefähr im EU-Mittelfeld.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 wollen 69% (-1 Pp) eine durch die Regierung ihres Landes vorgegebene Steuerpolitik. Die Präferenz für gemeinschaftliche Maßnahmen liegt bei 27% (+2 Pp). Am eigenen Steuersystem festhalten wollen am meisten die Befragten in Dänemark (91%), Schweden (89%) und Luxemburg (86%). Wenngleich kein einziger Mitgliedstaat mehrheitlich ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der EU wünscht, können sich dies am ehesten die Befragten in Litauen (43%), Griechenland (41%) und Zypern (40%) vorstellen.

Um die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, wünschen sich 62% (+8 Pp) der ÖsterreicherInnen in erster Linie Beschlüsse durch die Bundesregierung. Die Unterstützung für gemeinsame EU-Maßnahmen ist auf 34% (-7 Pp) gesunken.

- Position im EU-Vergleich:

Im EU-Durchschnitt sind 59% (+2 Pp) der Befragten der Meinung, das Problem der Arbeitslosigkeit sei auf nationaler Ebene zu lösen. 38% (-1 Pp) sprechen sich für ein akkordiertes Vorgehen der Mitgliedstaaten aus. Die nationalstaatlichen Maßnahmen werden vor allem in Finnland, Schweden (je 78%), Großbritannien (74%) und Dänemark (73%) hoch gehalten. Gemeinsame Schritte können sich am ehesten Polen, Portugal (je 55%), Griechenland (52%) und Ungarn (51%) vorstellen.

Beim Kampf gegen den Terrorismus sprechen sich sämtliche Mitgliedstaaten für gemeinschaftliche Maßnahmen aus. In Österreich liegt der Anteil bei 69% (-1 Pp). Immerhin mehr als ein Viertel, i.e. 27% (+2 Pp), der Befragten bevorzugt dagegen ein österreichisches Vorgehen; das entspricht im EU-Vergleich einer relativ hohen Präferenz für nationale Maßnahmen in dieser Frage.

- Position im EU-Vergleich:

Im EU-Schnitt sind 79% (+1 Pp) der Befragten der Ansicht, der Terrorismus sollte gemeinsam innerhalb der Europäischen Union bekämpft werden. 18% (-1 Pp) wünschen sich eher nationale Maßnahmen ihres Landes. Gemeinschaftliche Maßnahmen werden am meisten in Dänemark, der Slowakei (je 91%), Polen (90%), den Niederlanden und Lettland (je 88%) gewünscht. In Großbritannien (35%), Österreich (27%), Griechenland (26%) und Spanien (24%) bevorzugen dagegen relativ viele Befragte, wenngleich eine Minderheit, nationale Beschlüsse gegen den Terrorismus. Bemerkenswert ist, dass in der Türkei als einzigem Land mehrheitlich nationale Maßnahme (50% vs. 46%) unterstützt werden.

Eine gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik der Europäischen Union unterstützen in Österreich 55% (-1 Pp) der Befragten. 39% (± 0 Pp) wollen in dieser Frage auf nationaler Ebene vorgehen.

- Position im EU-Vergleich:

Die 25 Mitgliedsländer wünschen sich im Schnitt zu 64% (+1 Pp) eine gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik. Dem gegenüber haben 32% (± 0 Pp) eine Präferenz für die Maßnahmen ihres Landes. Am stärksten ist der Wunsch nach einem innerhalb der Mitgliedstaaten abgestimmten Vorgehen in der Slowakei (79%), in Malta (77%) und Ungarn (75%). Dem gegenüber bevorzugen zuvorderst Finnland (76%), Schweden (59%) und Großbritannien (57%) ihre nationale Verteidigungs- und Außenpolitik.

Im Bereich der Zuwanderung spricht sich in Österreich nach wie vor eine deutliche Mehrheit von 57% (± 0 Pp) für nationale Maßnahmen aus. 40% (± 0 Pp) der Befragten sind für ein gemeinschaftliches Vorgehen innerhalb der Europäischen Union. Das österreichische Meinungsbild steht in dieser Frage dem EU-Schnitt diametral entgegen.

- Position im EU-Vergleich:

Die Mitgliedstaaten wollen zu 39% (+1 Pp) an ihren nationalen Maßnahmen festhalten. Eine deutliche Mehrheit von 57% (± 0 Pp) sieht dagegen eine Notwendigkeit für gemeinsame Maßnahmen, um die Zuwanderung zu regeln. Vor allem Finnland (76%), Schweden (73%) und Großbritannien (63%) wollen in der Frage an ihrem nationalen System festhalten. Ein gemeinsames Vorgehen wünschen sich am stärksten Malta (78%), Polen, die Slowakei (je 70%) und Italien (69%).

Was das Bildungssystem betrifft, wünschen sich mehr als zwei Drittel der ÖsterreicherInnen, i.e. 69% (+2 Pp), dass die politischen Entscheidungen nach wie vor auf nationaler Ebene gefällt werden. Nur 28% (-2 Pp) sprechen sich für gemeinschaftliche Beschlüsse innerhalb der EU aus. Österreich liegt damit im EU-Mittelfeld.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 sprechen sich die Länder zu 68% (+2 Pp) für nationale Entscheidungen in der Bildungspolitik aus, 29% (± 0 Pp) für gemeinschaftliche. Spitzenreiter ist Finnland, Sieger der internationalen PISA-Bildungsstudie, wo 90% der Befragten an

nationalen Beschlüssen zum Bildungssystem festhalten wollen; es folgen Luxemburg (83%) und Dänemark (82%). Ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der Europäischen Union wünschen sich am ehesten – wenn auch nicht mehrheitlich – Zypern (48%), Tschechien, Slowenien (je 44%) und Italien (43%).

Die Pensionen sind aus der Sicht von 80% (± 0 Pp) der ÖsterreicherInnen nach wie vor eine nationale Angelegenheit. Lediglich 16% (± 0 Pp) sprechen sich hier für Gemeinschaftsmaßnahmen aus.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit sind 73% (-1 Pp) der Befragten für nationale Beschlüsse bei der Altersvorsorge, 23% (+1 Pp) für gemeinschaftliche. Insbesondere Schweden (95%), Dänemark (94%) und Finnland (92%) wollen hier an ihrem System festhalten. Ein unter den Mitgliedstaaten akkordiertes Vorgehen wünschen sich, wenngleich nicht mehrheitlich, am meisten Zypern (42%), Litauen (41%), Polen und Griechenland (je 40%).

Was den Umweltschutz betrifft, sind die ÖsterreicherInnen mittlerweile relativ gespalten: 50% (+9 Pp) bevorzugen nationale, 47% (-9 Pp) europäische Maßnahmen. Das ist der EU-weit höchste Anteil für die Präferenz von nationalen Umweltschutzmaßnahmen. Die Meinung aller Mitgliedstaaten im Durchschnitt sieht ganz anders aus.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 sprechen sich 32% (+2 Pp) der Befragten für Schutzmaßnahmen durch ihre Regierung aus. Knapp zwei Drittel, i.e. 64% (-2 Pp), befürworten hingegen ein gemeinschaftliches ökologisches Vorgehen. Nach Österreich (50%) ist der Anteil der Befürworter von nationalen Beschlüssen am höchsten, wenngleich die Minderheit, in Lettland (47%), Finnland (46%) und Slowenien (45%). Gemeinsame Maßnahmen befürworten am ehesten die Niederlande (77%), Deutschland (76%) und Zypern (73%).

In Bezug auf das Gesundheits- und Sozialwesen wollen 72% (-2 Pp) der ÖsterreicherInnen an Maßnahmen durch die Bundesregierung festhalten. Ein Viertel, i.e. 25% (+2 Pp), bevorzugt ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der Europäischen Union. Damit liegen die Österreich-Werte nur etwas über dem EU-Durchschnitt.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 sind in Sachen Gesundheits- und Sozialsystem 68% (+1 Pp) der Befragten für Beschlüsse auf nationaler Ebene. 29% (± 0 Pp) sprechen sich für ein gemeinschaftliches Vorgehen aus. Ihr System beibehalten wollen vor allem Schweden (90%), Finnland (89%) und die Niederlande (80%). Lediglich in Zypern (66%) und Litauen (50%) spricht sich eine Mehrheit für europäische Beschlüsse aus; auch in Griechenland (49%) und Lettland (44%) ist der Anteil (wenngleich in der Minderheit) relativ hoch.

In der Landwirtschafts- und Fischereipolitik sprechen sich die ÖsterreicherInnen mehrheitlich, i.e. zu 57% (+5 Pp), für nationale Entscheidungen aus. 38% (-5 Pp) bevorzugen europäische Maßnahmen.

- Position im EU-Vergleich:

Im Durchschnitt aller Mitgliedstaaten bevorzugen 45% (+2 Pp) der Befragten Beschlüsse durch ihre Regierung, eine knappe Mehrheit von 49% (-2 Pp) dagegen gemeinschaftliche Maßnahmen innerhalb der EU. An vorderster Front an einer nationalen Agrarpolitik festhalten möchte Finnland (81%), es folgen Tschechien (61%) und Großbritannien (59%). Die größten Anhänger gemeinsamer Agrarbeschlüsse sind Zypern (69%), Dänemark (66%) und Polen (61%).

Beim Konsumentenschutz bevorzugen 60% (-1 Pp) der ÖsterreicherInnen eindeutig die Maßnahmen der Bundesregierung. 36% (± 0) sprechen sich für ein gemeinschaftliches Vorgehen aus. Im EU-Schnitt kommt in dieser Frage jedoch ein gespaltenes Meinungsbild zum Ausdruck.

- Position im EU-Vergleich:

49% (+2 Pp) der Befragten sind für ein Vorgehen, das in ihrem Land entschieden wird. Fast ebenso viele, i.e. 46% (-2 Pp), sind in der EU25 für europäische Maßnahmen. Rund zwei Drittel der Befragten in Estland, Schweden (je 64%), Finnland (62%) und Großbritannien (60%) schätzen offenbar den Verbraucherschutz in ihrem Land hoch ein und wollen am nationalen Vorgehen festhalten. Gemeinschaftliche Beschlüsse wünschen sich hingegen Zypern (65%), Griechenland (59%) und Polen (58%).

Bei Forschung und Entwicklung möchten 39% (+6 Pp) der ÖsterreicherInnen an den Maßnahmen der Bundesregierung festhalten. 57% (-4 Pp) meinen, der Bereich sollte gemeinschaftlich innerhalb der Europäischen Union entschieden werden. Wesentlich höher ist der Anteil im EU-Durchschnitt.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 sprechen sich im Schnitt 26% (± 0) der Befragten für die Maßnahmen ihres Landes aus. 70% (+1 Pp) bevorzugen in Sachen wissenschaftlicher und technologischer Forschung gemeinschaftliche Beschlüsse. Wenn auch nicht mehrheitlich so werden hauptsächlich in Österreich (39%), Großbritannien (38%) und Finnland (37%) nationale Entscheidungen gewünscht. Eine Notwendigkeit zu europäischen Maßnahmen bei Forschung und Entwicklung sehen vor allem die Befragten in Zypern (89%), der Slowakei (83%) und Polen (82%).

In Bezug auf die Regionalhilfen spricht sich mit 43% (+1 Pp) ein hoher Anteil der ÖsterreicherInnen für Entscheidungen durch die Bundesregierung aus. Eine knappe Mehrheit von 53% (-1 Pp) bevorzugt Beschlüsse auf Ebene der EU. Das österreichische Meinungsbild in dieser Frage entspricht damit genau jenem in Finnland.

- Position im EU-Vergleich:

Im Durchschnitt der EU25 bevorzugen 38% (± 0) der Befragten nationale Unterstützungsmaßnahmen für Regionen, die wirtschaftliche Schwierigkeiten haben. 57% (± 0) sprechen sich für gemeinschaftliche Regionalhilfen aus. Der größte Befürworter nationalstaatlicher Hilfen in diesem Bereich ist – auch mehrheitlich – Frankreich (55% vs. 41%), es folgen Tschechien (45%), Großbritannien (44%), Finnland und Österreich (je 43%). Eindeutig für gemeinschaftliche Regionalhilfen innerhalb der Europäischen Union sprechen sich Zypern (82%), Malta (79%) und Luxemburg (76%) aus.

Was die Fragen der Energie betrifft, möchten 54% (+4 Pp) der ÖsterreicherInnen eindeutig an den nationalen Beschlüssen der Bundesregierung festhalten. 41% (-3 Pp) der Befragten bevorzugen dagegen ein Vorgehen auf europäischer Ebene. Im EU-Schnitt weicht das Meinungsbild von den österreichischen Werten stark ab.

- Position im EU-Vergleich:

Unter den 25 Mitgliedstaaten sind 36% (± 0 Pp) der Befragten für nationale Entscheidungen in Sachen Energie. 60% (-1 Pp) sind dagegen klar für gemeinschaftliche Maßnahmen. Die Befürworter nationalstaatlicher Maßnahmen sind vor allem Finnland (57%), Österreich (54%) und Großbritannien (51%). Hingegen werden EU-Beschlüsse in Energiefragen eindeutig bevorzugt in Zypern (84%), Malta (72%) und Griechenland (70%).

In Bezug auf den Wettbewerb in der Wirtschaft sprechen sich 44% (+3 Pp) der ÖsterreicherInnen für Beschlüsse durch die Bundesregierung aus, 48% (± 0 Pp) bevorzugen gemeinschaftliche Vorgaben.

- Position im EU-Vergleich:

Im EU-Schnitt wünschen sich in Sachen wirtschaftlicher Wettbewerb 37% (+3 Pp) der Befragten nationale Entscheidungen ihrer Regierung eher als gemeinschaftliche Maßnahmen. Dafür spricht sich in der EU25 mit 54% (-2 Pp) ein wesentlich höherer Anteil (mehrheitlich) aus als in Österreich. In Tschechien, Finnland und Großbritannien spricht sich eine Mehrheit von 49% für nationale Maßnahmen aus. Dagegen wird in dieser Frage das gemeinschaftliche Vorgehen in Zypern (71%), den Niederlanden, Belgien (je 65%), Dänemark und Ungarn (63%) in relativ hohem Ausmaß bevorzugt.

Sollen Maßnahmen durch die Regierung oder innerhalb der EU entschieden werden (Sicht der ÖsterreicherInnen)?

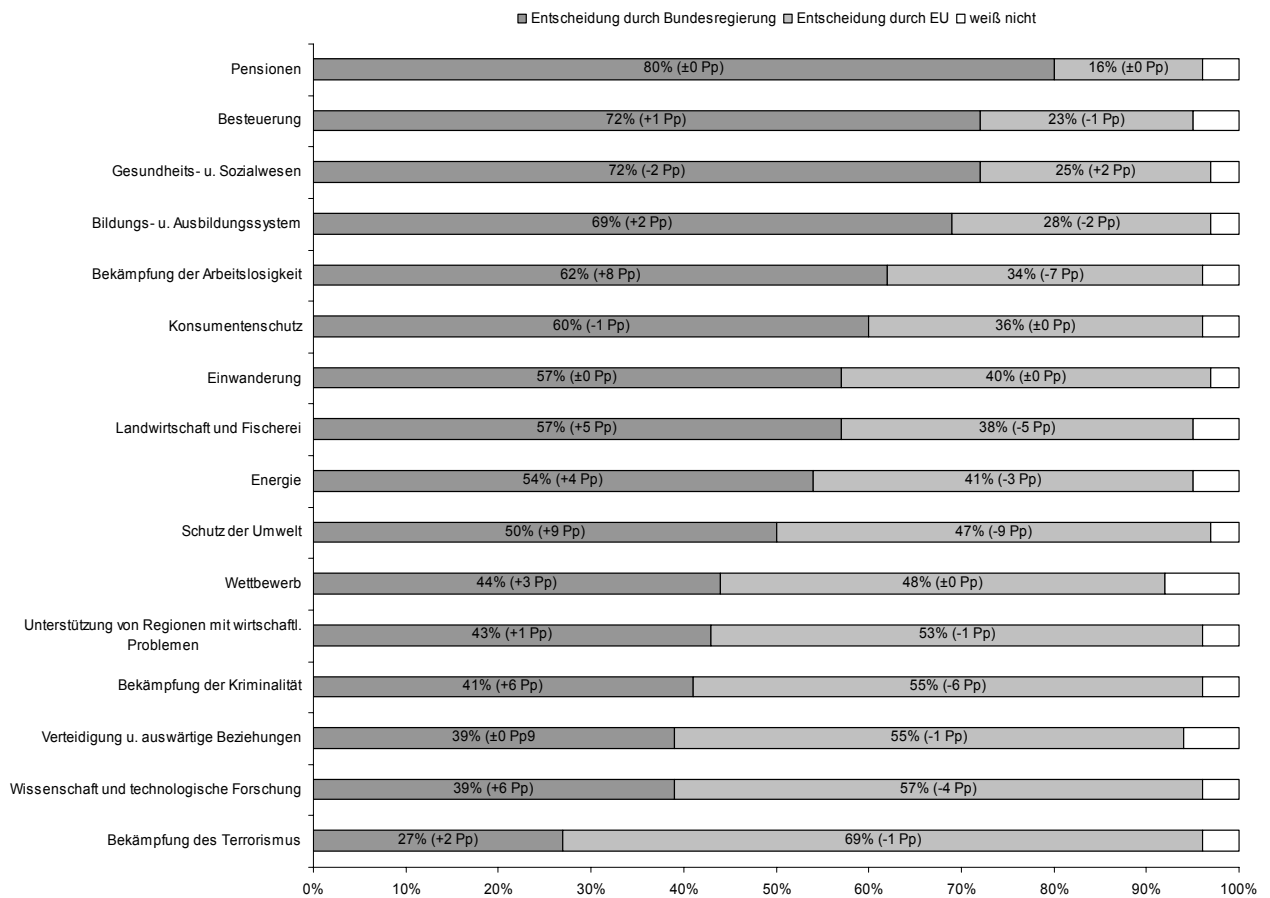


Chart 15: Maßnahmen, die durch die Regierung oder innerhalb der EU entschieden werden sollen (Sicht der ÖsterreicherInnen). [QA24; EB66.1 (Q31 trend modified; EB64.2)]

Sollen Maßnahmen durch die Regierung oder innerhalb der EU entschieden werden (Sicht der EU25)?

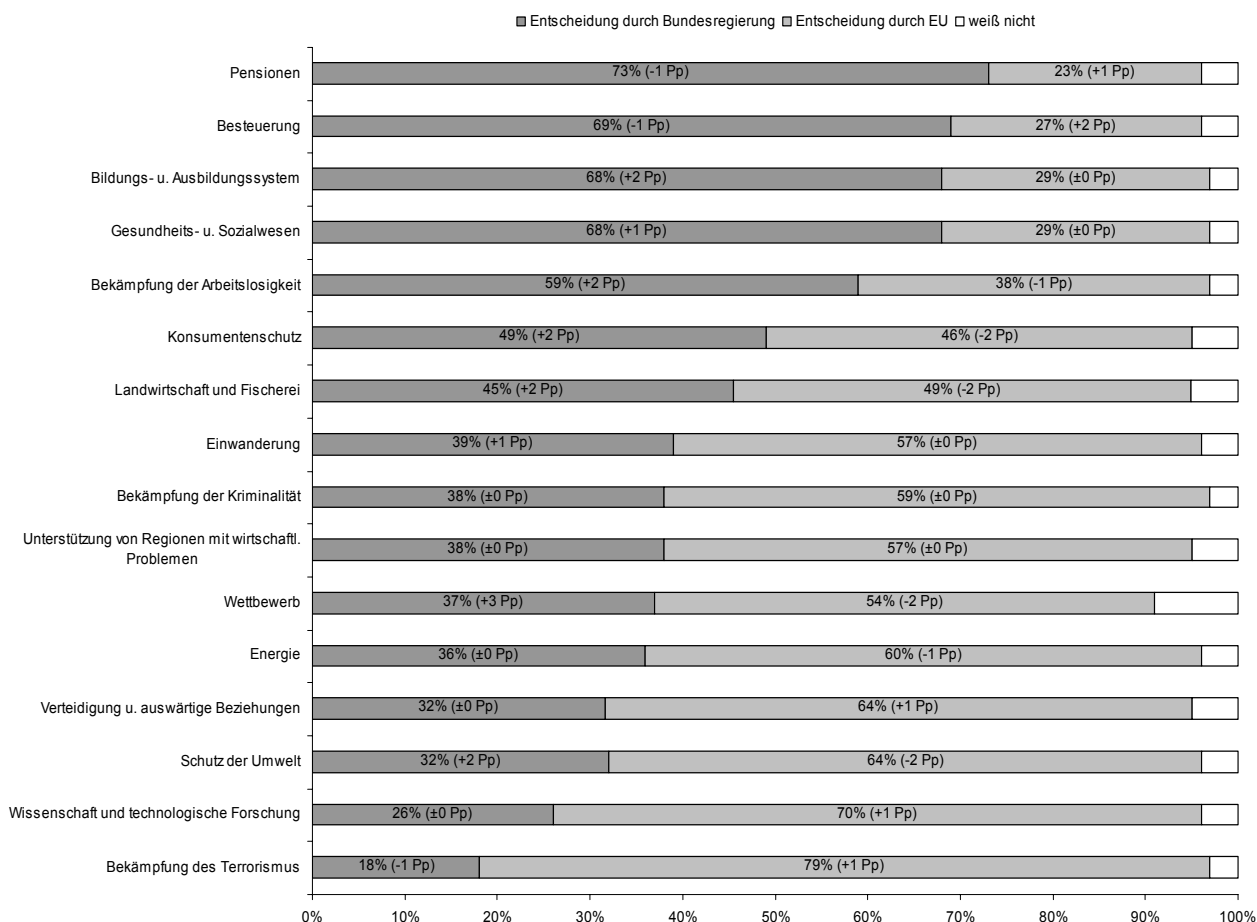


Chart 16: Maßnahmen, die durch die Regierung oder innerhalb der EU entschieden werden sollen (Sicht der EU25). [QA24; EB66.1 (Q31 trend modified; EB64.2)]

6.3 Standpunkt hinsichtlich diverser Politikkapitel

Die Europäische Währungsunion mit der Gemeinschaftswährung Euro ist eine tragende Säule der Europäischen Gemeinschaft. Mit 67% (+7 Pp) unterstützen sie zwei Drittel der ÖsterreicherInnen. 23% (-6 Pp) der Befragten lehnen die Währungsunion ab. Die **Zustimmung** in Österreich liegt **über dem EU-Schnitt**.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 befürworten 60% (+1 Pp) der Befragten die Währungsunion. Ein Drittel, i.e. 33% (-1 Pp), lehnt sie ab. Der Anteil der Befürworter ist in Irland (87%), Belgien (85%) und Luxemburg (84%) am größten. In Großbritannien wird die Währungsunion mit der Gemeinschaftswährung nach wie vor mit großer Mehrheit (62%) abgelehnt. Interessant ist, dass in Griechenland die Meinung über den Euro auch nach der Einführung eindeutig gespalten ist zwischen Unterstützung und Ablehnung (49% pro, 50% contra). Die Zyprioten sind derzeit ebenfalls ablehnend eingestellt (43% pro, 48% contra).

Was die Gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedstaaten untereinander angeht, sprechen sich mit 63% (+4 Pp) die ÖsterreicherInnen **zunehmend dafür** aus. 24% (-5 Pp) sind dagegen. Mit diesen Werten liegt Österreich mittlerweile im EU-Mittelfeld.

- Position im EU-Vergleich:

Im Durchschnitt unterstützen die Mitgliedstaaten zu 68% (+1 Pp) eine gemeinsame Außenpolitik, 21% (± 0 Pp) lehnen sie ab. Die größten Anhänger sind Griechenland, Slowenien (je 80%), Zypern, Polen (je 78%) und Deutschland (77%). Die größten Kritiker sind Schweden (40% contra, 51% pro), Großbritannien (35% contra, 48% pro) und Finnland (34% contra, 61% pro), wenngleich sich die Landesmehrheiten jeweils für eine EU-Außenpolitik aussprechen.

Die Unterstützung für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hat in Österreich zwar zugenommen, liegt aber immer noch deutlich unter dem EU-Mittelwert: 62% (+7 Pp) der ÖsterreicherInnen sind dafür, 26% (-6 Pp) dagegen.

- Position im EU-Vergleich:

Im Durchschnitt unterstützen die Mitgliedstaaten zu 75% (± 0 % Pp) eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, 16% (+1 Pp) lehnen dies ab. Dass die Mitgliedstaaten in Sicherheits- und Verteidigungsfragen gemeinsam vorgehen findet die größte Zustimmung in Zypern (89%), Belgien (88%), Tschechien, der Slowakei, Slowenien und Lettland (je 86%). Noch skeptischer als Österreich (26%) in Bezug auf eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sind hingegen nur Schweden (37%), Finnland (34%) und Großbritannien (29%).

„Die Tatsache, dass der Aufbau Europas in einigen Ländern schneller vor sich geht als in anderen“ sehen die ÖsterreicherInnen zunehmend positiv: Mittlerweile stimmen 42% (+4 Pp) der Aussage zu, 40% (-4 Pp) nicht. In dieser Frage kommt neuerlich ein Meinungsunterschied je nach Alter und Geschlecht zum Ausdruck.

- Unterschiede betreffend Alter und Geschlecht:

Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten sehen in Österreich die Männer gelassener als die Frauen: 46% der Männer sind mit knapper Mehrheit dafür (38% dagegen), umgekehrt sind die Frauen zu 41% mit knapper Mehrheit dagegen (39% dafür). Am größten ist die Zustimmung unter den jüngeren Männern mit 55% (15-24%) bzw. 52% (25-39 Jahre).

- Position im EU-Vergleich:

Ähnlich gespalten wie die österreichische Bevölkerung sind in dieser Frage die Befragten aller Mitgliedstaaten, jedoch mit den genau umgekehrten Werten: 40% (+2 Pp) sind für, 42% (-1 Pp) gegen ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten. Die größte Unterstützung dafür gibt es in Estland (58%), Tschechien (56%) und Griechenland (53%). Die größten Gegner sind Finnland (64%), Belgien (53%), Frankreich und Polen (je 52%), die ganz offensichtlich Europa gemeinsam durch alle Mitgliedstaaten aufgebaut sehen wollen.

Standpunkt der ÖsterreicherInnen hinsichtlich diverser Politikkapitel der Europäischen Union

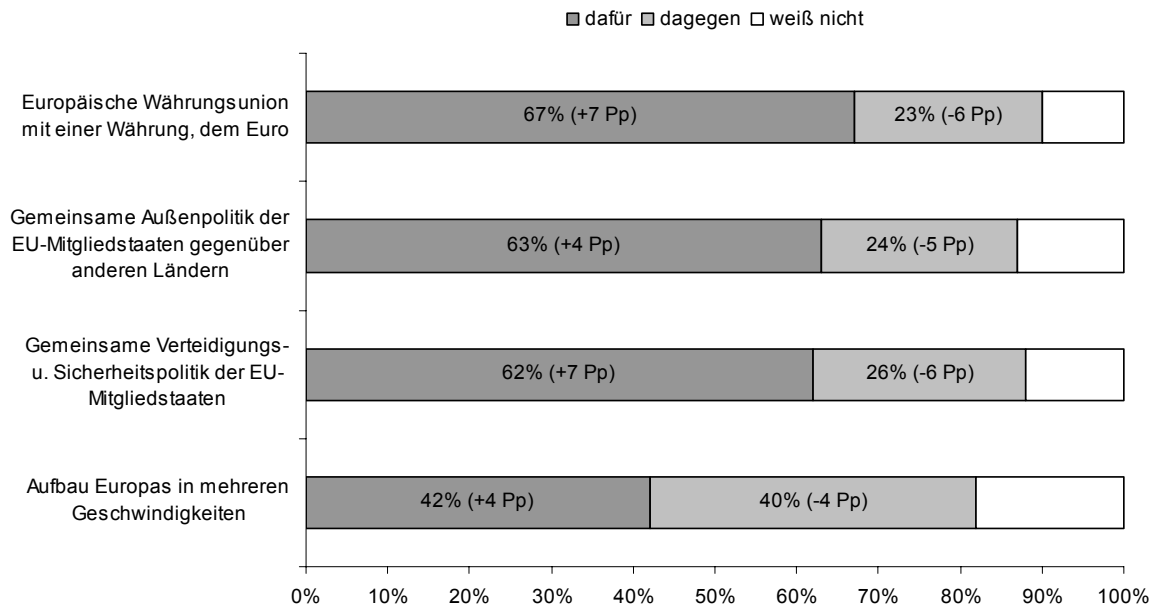


Chart 17: Standpunkt hinsichtlich diverser Politikkapitel der EU (Sicht der ÖsterreicherInnen). [QA25_1-3,6; EB66.1 (Q30_1-3,6 trend modified; EB65.2)]

Standpunkt der EU25 hinsichtlich diverser Politikkapitel der Europäischen Union

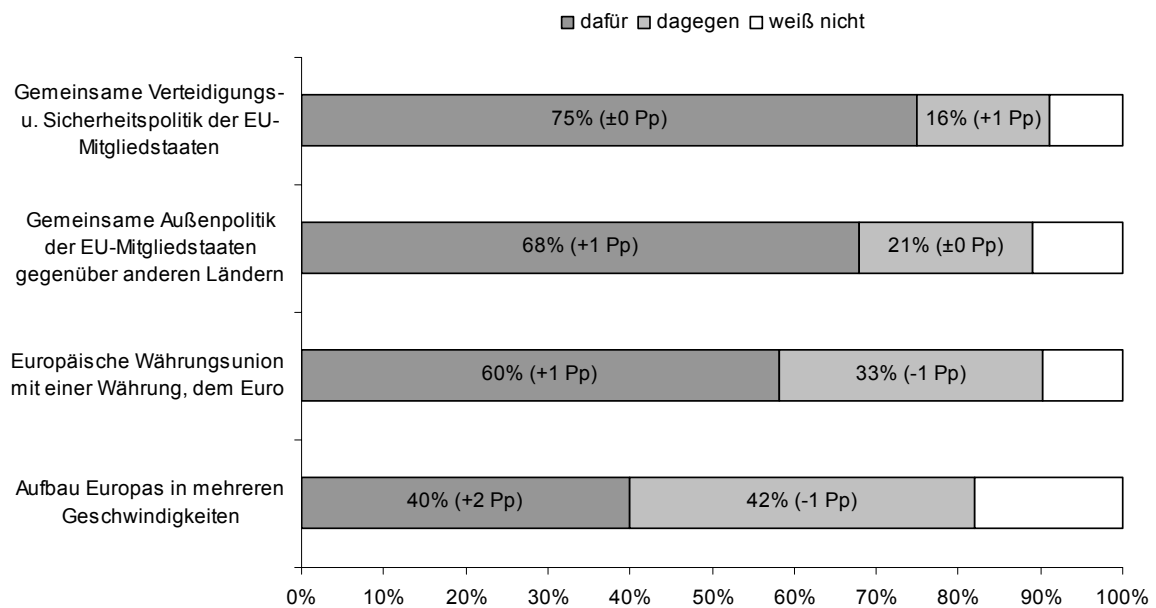


Chart 18: Standpunkt hinsichtlich diverser Politikkapitel der EU (Sicht der EU25). [QA25_1-3,6; EB66.1 (Q30_1-4,6 trend modified; EB65.2)]

6.4 Prioritäten der Europäischen Union

Absolute Priorität der Europäischen Union sollte aus der Sicht der ÖsterreicherInnen sein, die **Arbeitslosigkeit zu bekämpfen**; das nennt fast jeder zweite Befragte, i.e. **48%** (-4 Pp), als künftige wichtige Tätigkeit. **Am zweitwichtigsten** erscheint den ÖsterreicherInnen der **Kampf gegen die Armut (42%, +2 Pp)**. Zudem ist es mittlerweile fast einem Drittel wichtig, dass die EU für Frieden und Sicherheit in Europa sorgt (32%, +11 Pp). Als weitere wichtige Aufgaben nennen die ÖsterreicherInnen mehr Bürgernähe durch mehr EU-Informationen (21%, -1 Pp), Kampf gegen die illegale Zuwanderung (18%, +2 Pp) und gegen den Terrorismus (15%, +4 Pp), Umwelt- (15%, -1 Pp) und Verbraucherschutz (14%, +7 Pp). Außerdem genannt werden in Österreich der Erfolg des Euro (12%, ±0 Pp), die Individualrechte und Prinzipien der Demokratie in Europa (12%, +4 Pp), eine Institutionenreform der EU (9%, +2 Pp), der Kampf gegen die organisierte Kriminalität (8%) sowie gegen den Drogenschmuggel (7%, -7 Pp). Weniger wichtig erscheint den ÖsterreicherInnen auch die politische und diplomatische Bedeutung der EU weltweit (7%, +2 Pp) und **völlig unwichtig** eine **neue Erweiterung** (3%) und die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU (2%, -1 Pp).

- Position im EU-Vergleich:

Auch im Durchschnitt aller Mitgliedstaaten sind den Befragten die Bekämpfung der Armut (43%, ±0 Pp) und der Arbeitslosigkeit (40%, -3 Pp) die wichtigsten Anliegen der EU-Tätigkeit. Wichtig ist den EU-BürgerInnen Friede und Sicherheit in Europa (29%, +2 Pp). Eine wesentlich größere Priorität als in Österreich haben EU-weit mittlerweile der Kampf gegen den Terrorismus (27%, +9 Pp), Umweltschutz (22%, +3 Pp) und die Bekämpfung der illegalen Zuwanderung (19%, +4 Pp). Als weitere wichtige Tätigkeiten der Europäischen Union nennen die Befragten der EU25 mehr Bürgernähe durch mehr EU-Infos (18%, -1 Pp), die Individualrechte und Prinzipien der Demokratie in Europa sicherzustellen (12%, ±0 Pp), den Kampf gegen den Drogenschmuggel und die organisierte Kriminalität (jeweils 12%), den Verbraucherschutz (11%, +4 Pp), den Erfolg des Euro (11%, +1 Pp) und die Institutionenreform der EU (6%, ±0 Pp). Ebenfalls weniger wichtig erscheint den EU-BürgerInnen die politische und diplomatische Bedeutung der Europäischen Union weltweit (5%, -1 Pp) und **völlig unwichtig** eine **neue Erweiterung** sowie die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU (je 2%).

[Anmerkung: Aus einer Liste von 16 Aktivitäten mussten die Befragten die ihnen jeweils drei wichtigsten nennen. Quelle: EB66.1; QA26 (EB65.3; Q31 trend modified)].

7. Verfassung

7.1 Für oder gegen *eine* Verfassung für die Europäische Union

Auf die Frage, ob sie für oder gegen „eine Verfassung für die Europäische Union“ sind, antworten 51% (+7 Pp) der ÖsterreicherInnen mit „dafür“, 29% (-5 Pp) mit „dagegen“. Dabei kommen neuerlich unterschiedliche Ansichten je nach Alter und Geschlecht zum Ausdruck.

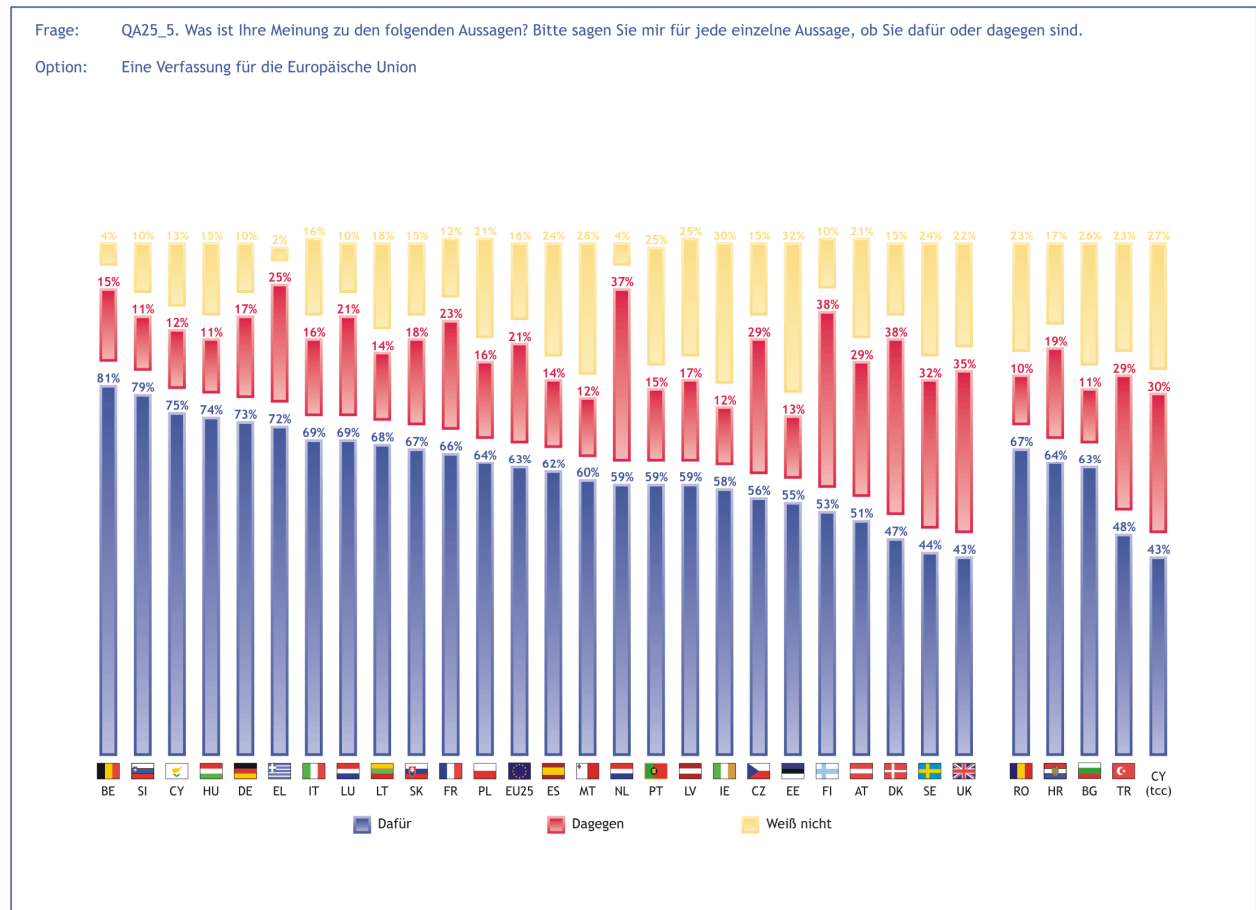


Chart 19: Eine Verfassung für die Europäische Union aus Sicht der EU25. [QA25_5; EB66.1]

- Unterschiede betreffend Alter und Geschlecht:

Die Angehörigen der **jüngeren Generationen** sprechen sich mit einer wesentlich deutlicheren Mehrheit **für eine Verfassung** aus als die ÖsterreicherInnen ab 55 Jahre. In der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen sind 58% dafür und 16% dagegen, bei den 25- bis 39-Jährigen 60% dafür und 25% dagegen, unter den 40- bis 54-Jährigen 52% dafür und 30% dagegen. In den Altersklassen darüber überwiegt zwar die Zustimmung, sie nimmt aber deutlich ab und die Ablehnung steigt deutlich an: Unter den 55- bis 64-Jährigen sind 45% für eine Verfassung und 33% dagegen. ÖsterreicherInnen ab 65 Jahre sind nur mehr zu 37% dafür, 36% dagegen.

Unter den **Männern** ist die **Zustimmung tendenziell höher** als unter den Frauen. Weiters fällt auf, dass **mehr Frauen** als Männer in der Frage nach einer Verfassung **unentschlossen** sind, und zwar 24% vs. 16%.

- Position im EU-Vergleich:

Im EU-Durchschnitt unterstützt konstant fast ein Drittel der Befragten, i.e. 63% (+2 Pp), eine Verfassung. 21% (-1 Pp) lehnen eine solche ab. Den größten Anteil der Anhänger stellen Belgien (81%), Slowenien (79%) und Zypern (75%). Die meisten Gegner sind in Dänemark, Finnland (je 38%) und den Niederlanden (37%) zu Hause.

Zum Zeitpunkt der Befragung im September 2006 hatten 15 Mitgliedstaaten – darunter auch Österreich (im Herbst 2004) – den neuen „Vertrag für eine Verfassung der Europäischen Union“ ratifiziert. In den übrigen Mitgliedsländern sowie in den Kandidatenländern (Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Türkei) und im türkischen Teil Zyperns wurde die Bevölkerung danach gefragt, ob sie für oder gegen die Europäische Verfassung sei. Die Bevölkerung der Länder, die den Verfassungsvertrag noch nicht verabschiedet haben, ist im Schnitt mit 53% (+6 Pp) dafür, 28% (-1 Pp) dagegen. Am höchsten ist die Zustimmung in Rumänien (70%, +16 Pp), Polen (63%, +7 Pp) sowie Portugal und Bulgarien (je 60%, +17 Pp bzw. 16 Pp). Die Ablehnungsfront ist in Großbritannien, Dänemark (je 35%, +3 Pp bzw. +2 Pp) und Finnland (32%, -3 Pp) am größten.

7.2 Zustimmung zu der Verfassung

Aus Sicht der ÖsterreicherInnen macht die Verfassung die EU...

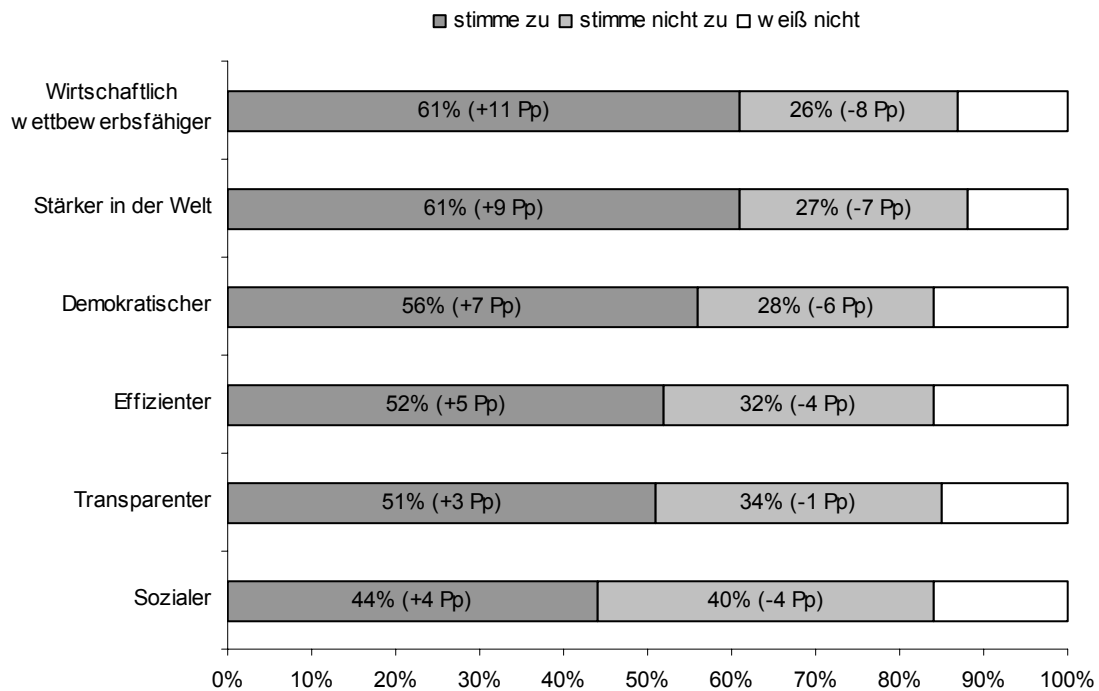


Chart 20: Zustimmung zur Verfassung aus Sicht der ÖsterreicherInnen. [Quelle: QA36_1-6; EB66.1 (QB3_1-3; EB65.2 und QB4_4-6; EB65.2)]

Aus Sicht der EU25 macht die Verfassung die EU...

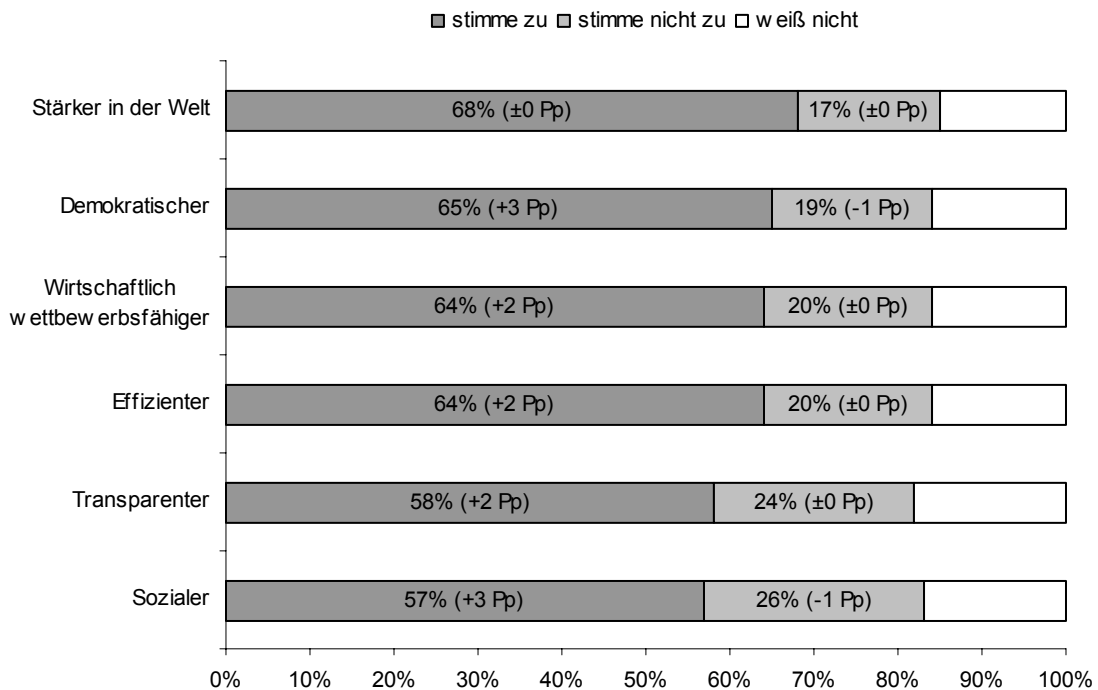


Chart 21: Zustimmung zur Verfassung aus Sicht der EU25. [Quelle: QA36_1-6; EB66.1 (QB3_1-3; EB65.2 und QB4_4-6; EB65.2)]

Nach den Vorteilen der Verfassung wurde in allen Ländern der EU25 gefragt. „Wenn alle Mitgliedstaaten den Vertrag über eine Verfassung für Europa annehmen, macht es die Europäische Union demokratischer.“ Dieser Aussage stimmen 56% der ÖsterreicherInnen zu, was zwar einer deutlichen Steigerung von 7 Pp im Laufe eines Halbjahres (verglichen mit dem Eurobarometer 65 im Frühjahr 2006) entspricht; 28% (-6 Pp) sind der gegenteiligen Ansicht. **Österreich** zählt damit dennoch zu den **tendenziell skeptischen** Ländern. Dem Argument „mehr Demokratie“ stimmen 15% (+2 Pp) „voll“ und 41% (+5 Pp) „eher“ zu, 21% (-5 Pp) stimmen „eher nicht“ und 7% (-1 Pp) „überhaupt nicht“ zu.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 glauben 65% (+3 Pp) an mehr Demokratie durch die Verfassung. 19% (-1 Pp) vertreten die gegenteilige Meinung. Das Argument findet die meisten Anhänger in Belgien (81%), Zypern (79%) und Italien (77%). Die wenigsten Anhänger und meisten Gegner gibt es in Tschechien (56% pro, 32% contra), Dänemark (52% pro, 33% contra) und Großbritannien (48% pro, 26% contra).

Der Aussage, „wenn alle Mitgliedstaaten den Vertrag über eine Verfassung für Europa annehmen, macht es die Europäische Union effizienter“, stehen 52% (+5 Pp) der befragten ÖsterreicherInnen positiv gegenüber. 32% (-4 Pp) sind der gegenteiligen Meinung. 15% (+2 Pp) stimmen „voll“ und 37% (+3 Pp) „eher“ zu, 24% (-2 Pp) stimmen „eher nicht“ und 8 (-2 Pp) „überhaupt nicht“ zu. Damit ist **Österreich einer der kritischsten EU-Staaten** in der Frage.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 glauben 64% (+2 Pp) der Befragten, dass die neue Verfassung die EU effizienter macht. 20% (± 0 Pp) glauben dies nicht. Das Feld der größten Anhänger wird wieder von Belgien (80%), Italien und Zypern (je 76%) sowie Griechenland (77%) angeführt. Die geringste Unterstützung und größte Ablehnung kommt neben Österreich (52% pro, 32% contra) wieder in Dänemark (50% pro, 36% contra) und Großbritannien (44% pro, 30% contra) zum Ausdruck.

51% (+3 Pp) der ÖsterreicherInnen meinen, dass die neue Verfassung die EU transparenter macht. 34% (-1 Pp) glauben dies nicht. 13% (+1 Pp) stimmen „voll“ und 38% (+2 Pp) „eher“ zu, 25% (+1 Pp) stimmen „eher nicht“ und 9% (-2 Pp) „überhaupt nicht“ zu. In dieser Frage fällt die **Zustimmung Österreichs** wieder **unterdurchschnittlich** aus.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit findet das Argument von mehr Transparenz durch die Verfassung bei 58% (+2 Pp) Zustimmung, 24% (± 0 Pp) lehnen es ab. Die meisten Befürworter gibt es in Slowenien (78%), Italien (73%) sowie Litauen und Belgien (je 70%). Am kritischsten in dieser Frage ist Dänemark, wo die Zustimmung (34%) eindeutig durch die Ablehnung (48%) überflügelt wird; es folgen Großbritannien, i.e. 40% rechnen mit mehr Transparenz durch die Verfassung (30% contra), und Lettland (49% pro, 25% contra).

Dass der Verfassungsvertrag die Europäische Union stärker in der Welt macht, glauben mit **deutlich steigender Tendenz** 61% (+9 Pp) der ÖsterreicherInnen. 27% (-7 Pp) glauben dies nicht. 20% (+2 Pp) stimmen „voll“ und 41% (+7 Pp) „eher“ zu, 20% (-2 Pp) stimmen „eher nicht“ und 7% (-5 Pp) „überhaupt nicht“ zu.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 vertreten im Schnitt 68% (± 0 Pp) der Befragten die Meinung, die Verfassung stärke die EU international. 17% (± 0 Pp) glauben dies nicht. Am zuversichtlichsten ist neuerlich Belgien (85%), gefolgt von Griechenland (78%) und den Niederlanden (75%). Am geringsten – aber dennoch überwiegend – fällt die Zustimmung in Großbritannien (50%) aus; es folgen – neben Österreich – Estland und Irland (je 61%).

Dass die Verfassung die Europäische Union wirtschaftlich wettbewerbsfähiger macht, glauben mit **stark steigender Tendenz** 61% (+11 Pp) der ÖsterreicherInnen. 26% (-8 Pp) bezweifeln das. 16% (-2 Pp) der Befragten stimmen „voll“ und 45% (+13 Pp) „eher“ zu, 20% (-5 Pp) stimmen „eher nicht“ und 6% (-3 Pp) „überhaupt nicht“ zu.

- Position im EU-Vergleich:

Knapp zwei Drittel der Befragten, i.e. 64% (+2 Pp), vertreten EU-weit die Meinung, die Verfassung mache die Union wirtschaftlich wettbewerbsfähiger. 20% (± 0 Pp) glauben das nicht. Am zuversichtlichsten sind neuerlich Belgien (77%), Griechenland (75%), Zypern und Italien (je 74%). Die größte Zurückhaltung in Bezug auf die Frage kommt aus Großbritannien, i.e. nur 45% stimmen – dennoch mehrheitlich – zu (27% contra), sowie aus Irland und Lettland (je 58% pro, 11% bzw. 20% contra).

In Österreich sind schließlich 44% (+4 Pp) der Befragten der Meinung, die Europäische Union werde durch die Verfassung sozialer. 40% (-4 Pp) stimmen dem nicht zu, wobei 29% (-2 Pp) „eher nicht“ und 11% (-2 Pp) „überhaupt nicht“ zustimmen. Hingegen stimmen 13% (+1 Pp) „voll“ und 31% (+3 Pp) „eher“ zu. Damit drücken die ÖsterreicherInnen ein **relativ skeptisches** Stimmungsbild in der Frage aus.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 stimmen durchschnittlich 57% (+3 Pp) dem Argument zu, 26% (-1 Pp) lehnen es ab. Eine sozialere EU durch die Verfassung erhoffen sich zuvorderst Zypern (78%), Italien (76%), Belgien und Litauen (71%). Die größten Skeptiker in der Frage sind Dänemark (39% pro, 43% contra) und – neben Österreich (44% pro, 40% contra) – Deutschland (50% pro, 40% contra).

„Eine europäische Verfassung ist notwendig, um zu gewährleisten, dass die europäischen Institutionen gut funktionieren.“ Dieser Sichtweise schließen sich 48% (+2 Pp) der befragten ÖsterreicherInnen an. 33% (-3 Pp) sind der Meinung, die Verfassung sei nicht notwendig. Interessant ist hier wieder ein deutlicher Generationen- und Geschlechterunterschied, wobei der Anteil der Unentschlossenen hervorsticht.

- Unterschiede betreffend Alter und Geschlecht:

Die Zustimmung ist mit 57% am größten unter Männern zwischen 15 und 39 Jahre. Die älteren ÖsterreicherInnen (ab 65 Jahre) sehen mit 39% mehrheitlich keine Notwendigkeit (36% pro) für die Verfassung, um das bessere Funktionieren der Institutionen zu gewährleisten. Auffallend ist, dass unter den Älteren ein Viertel (25%) keine Meinung dazu hat. Unter den Frauen kann sich ebenfalls knapp ein Viertel, i.e. 21% gegenüber 15% bei den Männern, in der Frage nicht entscheiden.

- Position im EU-Vergleich:

Im EU-Schnitt unterstreichen hingegen fast zwei Drittel, i.e. 61% (+1 Pp), der Befragten klar die Notwendigkeit einer Verfassung. Ein Viertel, i.e. 24% (-1 Pp), lehnt sie ab. Die größten Befürworter sind Slowenien (81%), Belgien (80%) und Zypern (73%). Die geringste – aber dennoch mehrheitliche – Zustimmung in der Frage herrscht in Großbritannien (43% pro, 35% contra), in Finnland (46% pro, 44% contra) und neben Österreich in den Niederlanden und Irland (je 48% pro und 33% bzw. 46% bzw. 17% contra).

7.3 Zukunft der Verfassung

Zukunft der Verfassung

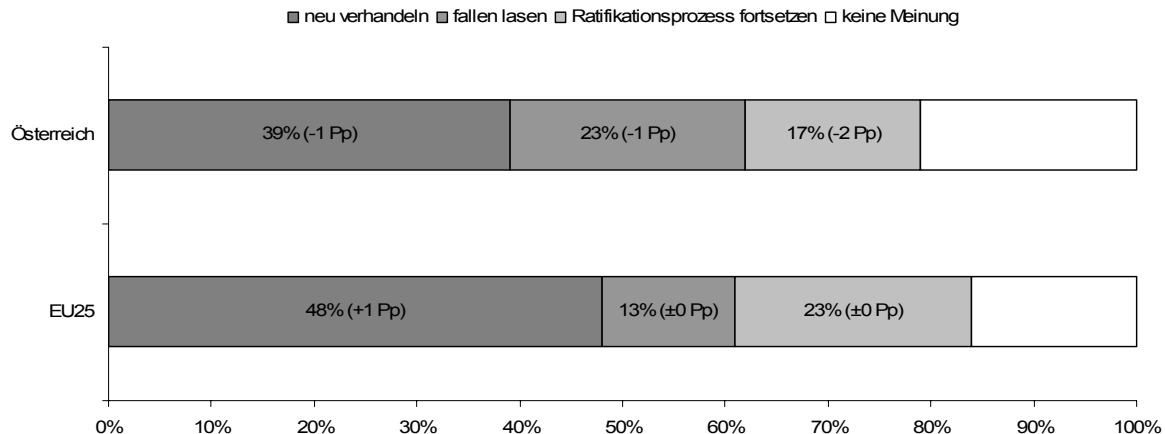


Chart 22: Zukunft der Verfassung. [Quelle: QA37; EB66.1 (QB5 trend modified; EB65.2)]

Österreich und 14 andere Länder haben bis zum Zeitpunkt der Befragung die europäische Verfassung ratifiziert, aber Frankreich und die Niederlande haben mit Nein gestimmt. Die unter den Mitgliedstaaten vereinbarte Reflexionsphase darüber, was künftig zu tun ist, verlief – auch unter Österreichs EU-Vorsitz im ersten Halbjahr 2006 – ergebnislos. Zum Zukunftsszenario des fertigen Verfassungsvertrages, der derzeit auf Eis liegt, äußern sich die ÖsterreicherInnen mehrheitlich **pessimistisch**:

- a) Die Verfassung sollte neu verhandelt werden, meinen 39% (-1 Pp).
- b) Mit 23% (-1 Pp) ist fast ein Viertel der Ansicht, die Verfassung sollte fallen gelassen werden.
- c) Nur 17% (-2 Pp) sind der Meinung, die Mitgliedstaaten sollten im Ratifikationsprozess über die Verfassung fortfahren.
- d) Fast ein Viertel, i.e. 21% (+4 Pp) der ÖsterreicherInnen, hat keine Meinung dazu.

- Position im EU-Vergleich:

Ad a)

In der EU25 spricht sich fast die Hälfte, i.e. 48% (+1 Pp) der Befragten, für eine Neuverhandlung des Verfassungsvertrages aus. Das ist vor allem in Belgien, Frankreich (je 66%) und den Niederlanden (65%) der Fall.

Ad b)

EU-weit würden nur 13% (± 0 Pp) die Verfassung fallen lassen. Ihr Anteil ist am größten in Dänemark (30%), Großbritannien (26%) und Österreich (23%).

Ad c)

23% (± 0 Pp) meinen, die Verfassung sollte in den übrigen Mitgliedstaaten weiter ratifiziert werden. Diese Ansicht wird vor allem in Italien (33%), Malta (31%), Deutschland und Griechenland (je 29%) vertreten.

Ad d)

EU-weit haben 16% (-1 Pp) „keine Meinung“ in dieser Frage.

Am häufigsten antworten die Befragten zur Zukunft der Verfassung mit „ich weiß nicht“ in Irland (32%), Spanien (30%) und Portugal (28%); die Antwortmöglichkeit wird in diesen Ländern am zweithäufigsten genannt nach der Option Neuverhandlung.

8. Erweiterung

Frage: QA25_4. Was ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen Sie mir für jede einzelne Aussage, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Option: Zusätzliche Erweiterungen der Europäischen Union durch weitere Länder in den kommenden Jahren

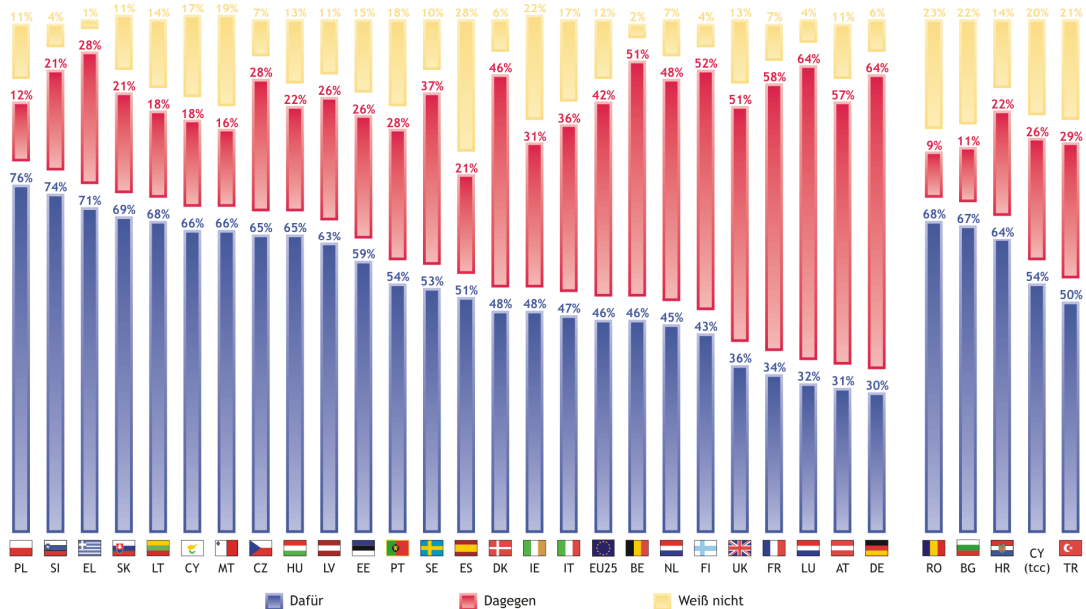


Chart 23: Zusätzliche Erweiterung der Europäischen Union im Ländervergleich. [Quelle: QA25_4; EB66.1]

Eine neuerliche Erweiterung der Europäischen Union um einige Länder **lehnen** die ÖsterreicherInnen, allgemein gefragt, mit 57% (-4 Pp) **deutlich ab**. Dafür sind lediglich 31% (+4 Pp) der Befragten. Nur betreffend vier Länder, nämlich die Schweiz, Norwegen, Island und Kroatien, ergibt sich in Österreich eine Mehrheit für eine Aufnahme in die EU.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 fällt die **Ablehnung** möglicher neuer Mitgliedsländer **weniger drastisch** aus als in Österreich. EU-weit sprechen sich generell 46% (+1 Pp) der Befragten für eine neue Erweiterung aus, 42% (± 0 Pp) dagegen; dabei gibt es eine knappe Mehrheit für einen EU-Beitritt Bulgariens, der in Österreich abgelehnt wird. Die größten Befürworter einer neuen Erweiterung sind Polen (76%), Slowenien (74%) und Griechenland (71%). Die Ablehnung einer künftigen Erweiterung ist am größten in Deutschland, Luxemburg (64%) und Frankreich (58%), gefolgt von Österreich (57%).

Zusätzliche Erweiterung der Europäischen Union in den nächsten Jahren

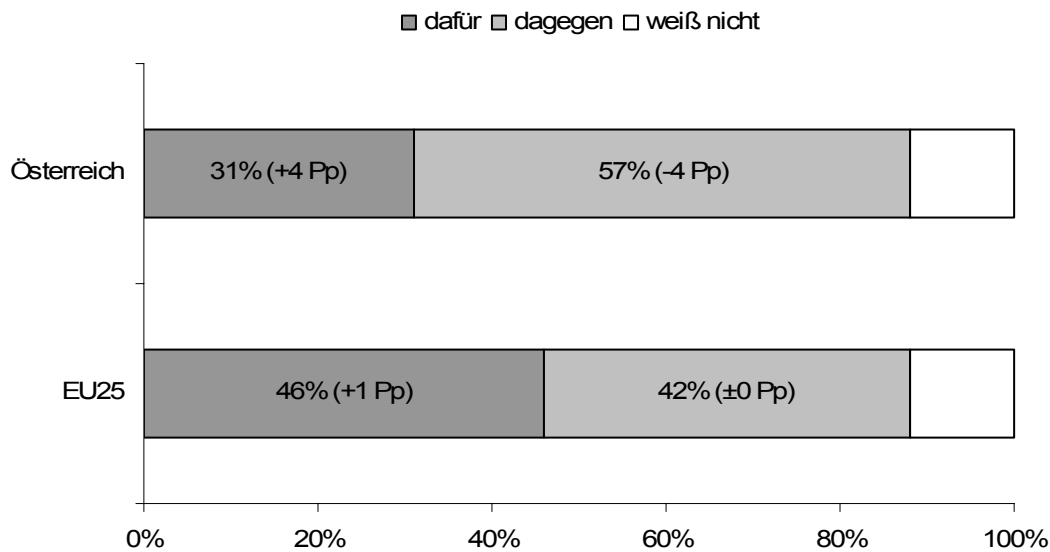


Chart 24: Zusätzliche Erweiterung der Europäischen Union in den nächsten Jahren. [Quelle: QA25_4; EB66.1 (Q30_4; EB65.2)]

8.1 Die Meinung zu 13 möglichen neuen Mitgliedstaaten

Die Schweiz würden gerne 75% (+3 Pp) der ÖsterreicherInnen als EU-Mitglied sehen; 18% (-3 Pp) sind dagegen. Bei Norwegen, das selbst bereits zweimal gegen einen EU-Beitritt abgestimmt hat, fällt die Zustimmung mit 71% (+1 Pp) am zweithöchsten aus; dagegen sind 22% (±0 Pp). Für einen Beitritt Islands sprechen sich 59% (+4 Pp) der ÖsterreicherInnen aus, dagegen 31% (-1 Pp). Kroatien ist das einzige südosteuropäische Land, dessen mögliche Aufnahme in die EU in Österreich mit 50% (±0 Pp) mehrheitlich gewünscht ist.

In Bezug auf die übrigen neun Länder liegt die **Ablehnungsrate in Österreich** bei **etwa 70%**, bei Albanien und der **Türkei** sogar **weit darüber**. **Bulgarien und Rumänien**, die bereits 2007 der Europäischen Union beitreten, lehnen die ÖsterreicherInnen zu 69% (±0 Pp) bzw. zu 71% (-1 Pp) ab. Nur **weniger als ein Viertel**, i.e. 23% (+3 Pp) bzw. 21% (+4 Pp) der Befragten, sind **für sie** als neue EU-Mitglieder. Gegen einen Beitritt von Bosnien und Herzegowina sind 68% (+4 Pp) der ÖsterreicherInnen, dafür sind 21% (-3 Pp); bei Mazedonien (FYROM) sind 70% (+5 Pp) dagegen (dafür: 20%, -2 Pp), bei Serbien 74% (vs. 17%), bei Montenegro 70% (vs. 19%), bei Albanien 82% (+4 Pp, dafür: 11%, -1 Pp) und bei der Ukraine 73% (+2 Pp, dafür: 17%, -2 Pp). Bei der **Türkei** sind sogar **87% (+7 Pp) gegen** und nur **5% (-6 Pp) für eine Aufnahme** in die EU.

Österreich ist somit **das erweiterungsfeindlichste Land** in Bezug auf Albanien, Montenegro, Serbien, Mazedonien, die Ukraine, Bulgarien, Rumänien und die Türkei und erreicht in der ablehnenden Haltung EU-weite Spitzenwerte um 70 bis 85%.

Möglicher EU-Beitritt anderer Länder aus Sicht der ÖsterreicherInnen

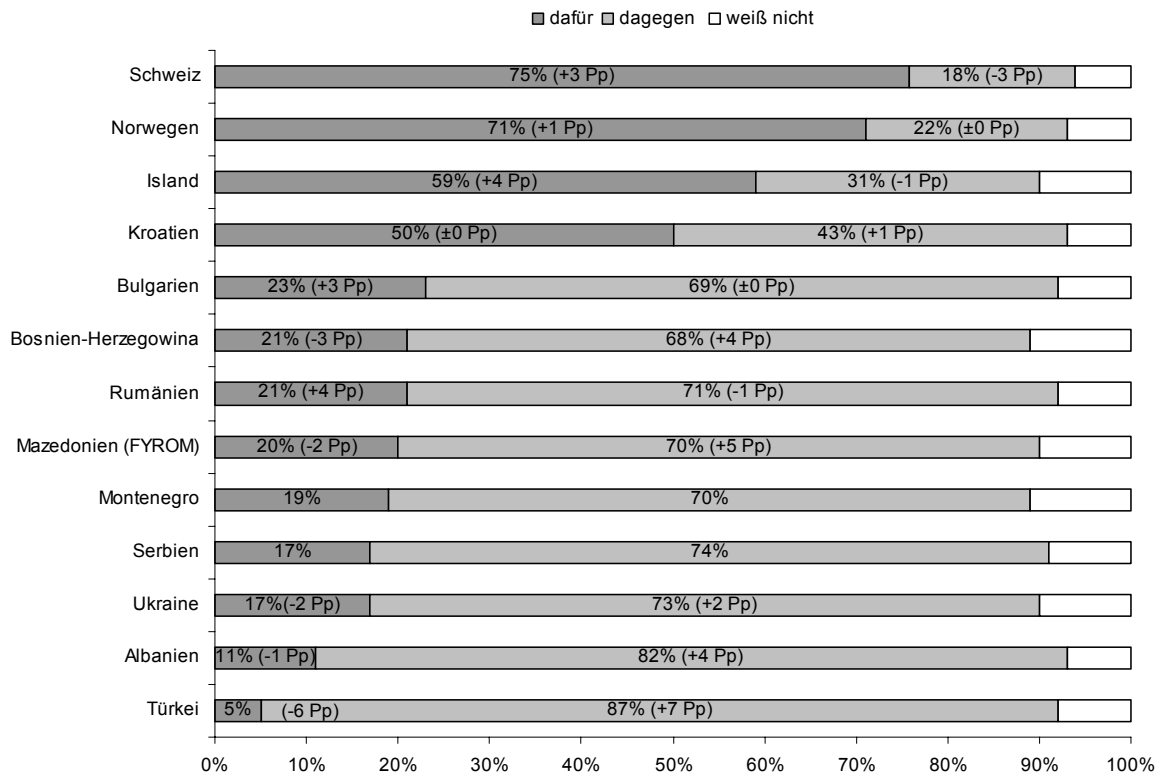


Chart 25: Meinungsbild über den zukünftigen Beitritt anderer Nationen zur Europäischen Union aus Sicht der ÖsterreicherInnen. [Quelle: QA33_1-13; EB66.1 (QA44_1-13 trend modified; EB64.2)]

- Position im EU-Vergleich:

Ein Beitritt der Schweiz bzw. Norwegens wird EU-weit zu jeweils 78% (+1 Pp) für gut geheißen, je 13% (±0 Pp bzw. +1 Pp) sind dagegen. Die höchste Zustimmungsrates erhält die Schweiz aus Slowenien (94%), der Slowakei (93%) und Schweden (91%); etwa ein Fünftel der Befragten in Italien (21%), Großbritannien (19%), Frankreich und Österreich (je 18%) lehnen einen Schweizer Beitritt ab.

Norwegen hat die höchste Zustimmungsrates in Slowenien (94%), Dänemark, Schweden (je 93%) und der Slowakei (92%); die Ablehnung ist mit etwas mehr oder weniger als ein Viertel am größten in Italien (24%), Österreich (22%) und Großbritannien (18%).

Für Islands EU-Beitritt sprechen sich im Schnitt 69% (+1 Pp) aus, dagegen 18% (±0 Pp). Die größte Zustimmung gibt es in Dänemark, Schweden und Slowenien (je 91%), die meisten Gegner in Österreich (31%), Italien (27%) und Portugal (25%).

Bei Kroatien sind in der EU25 50% (-1 Pp) der Befragten dafür und 36% (+1 Pp) dagegen. Die meisten Befürworter gibt es in der Slowakei (84%), in Tschechien (80%) und Polen (75%), abgelehnt wird ein Beitritt Kroatiens in Luxemburg (53%), Deutschland (48%), Italien und Finnland (je 46%).

Im Fall von Bulgarien findet sich in der EU eine knappe Mehrheit von 46% (-2 Pp), 40% (+3 Pp) lehnen den für 2007 vorgesehenen Beitritt ab. Den größten Anteil der Befürworter gibt es in der Slowakei (75%), in Polen (71%) und Schweden (70%), die **größten Gegner** sind **Österreich** (69%), Deutschland (56%) und Luxemburg (51%).

Möglicher EU-Beitritt anderer Länder aus Sicht der EU25

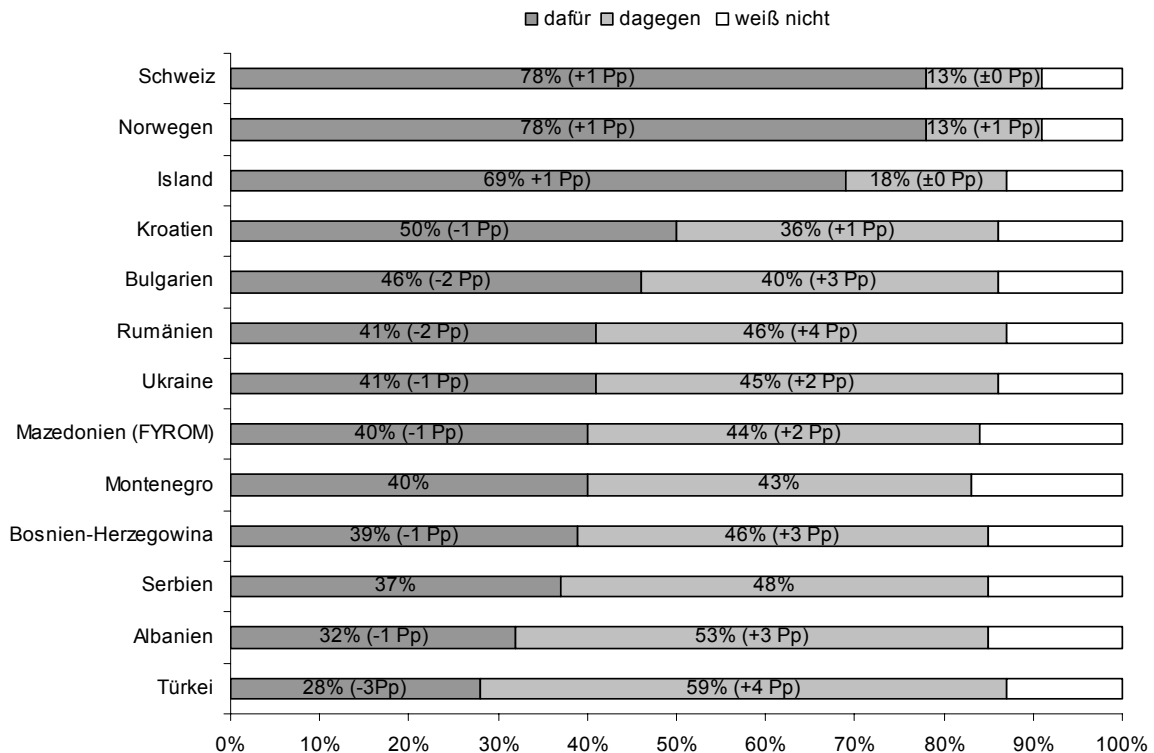


Chart 26: Meinungsbild über den zukünftigen Beitritt anderer Nationen zur Europäischen Union aus Sicht der EU25. [Quelle: QA33_1-13; EB66.1 (QA44_1-13 trend modified; EB64.2)]

Sowohl Österreich als auch die Mehrheit der EU25 lehnen einen möglichen Beitritt von Bosnien und Herzegowina, Mazedonien (FYROM), Serbien, Montenegro, Albanien, Rumänien, der Ukraine und der Türkei zur Europäischen Union ab.

Bei Bosnien und Herzegowina sprechen sich EU-weit 46% (+3 Pp) dagegen aus (dafür: 39%, -1 Pp). Am meisten **dagegen** sind **Österreich** mit **68%**, Deutschland (61%) und Luxemburg (60%); in einem ähnlichen Ausmaß sind am ehesten Slowenien (67%), Schweden (66%) und Griechenland (65%) dafür.

Mazedonien wird zu 44% (+2 Pp) als mögliches EU-Mitglied abgelehnt (dafür: 40%, -1 Pp). **Der bei weitem größte Gegner** ist wieder **Österreich** mit **70%**, es folgen Deutschland, Luxemburg (je 59%) und Italien (51%). Die größten Befürworter sind Slowenien (71%), Schweden (64%) und Polen (61%).

Bei den beiden seit Frühjahr 2006 selbstständigen Republiken Serbien und Montenegro sind 48% bzw. 43% dagegen (dafür: 37% bzw. 40%). In Bezug auf Serbien sind EU-weit die **größten Gegner** wieder **Österreich** mit **74%**, Deutschland (64%) und Luxemburg (61%), die größten Befürworter sind Griechenland (72%), Zypern (65%) und Schweden (63%). Ähnlich sind die Verhältnisse für Montenegro: Am meisten lehnen **Österreich** mit **70%**, Deutschland (57%) und Luxemburg (56%) einen EU-Beitritt des Landes kategorisch ab, Slowenien (70%), Schweden (66%) und Griechenland (65%) befürworten ihn in umgekehrtem Ausmaß.

Im Fall von Albanien sind EU-weit 53% gegen eine Aufnahme (+3 Pp; dafür: 32%, -1 Pp). Die **Ablehnungsfront** wird wieder von den gleichen Ländern angeführt, **Österreich** mit **82%**, Deutschland (74%) und Luxemburg (65%); die meisten Befürworter gibt es in Schweden (57%), Malta (54%) und Polen (53%).

In Bezug auf Rumänien, das laut Fahrplan 2007 aufgenommen werden soll, ist EU-weit die Stimmung ins Negative gekippt: Nunmehr sind 46% (+4 Pp) gegen einen Beitritt, 41% (-2 Pp) dafür. Wieder ist der Anteil der **Gegner** am größten in **Österreich** mit **71%**, gefolgt von Deutschland (64%) und Italien (53%). Am meisten befürwortet wird Rumäniens Beitritt in Zypern (75%), Schweden (68%), Griechenland und Slowenien (je 64%).

Eine mögliche Aufnahme der Ukraine lehnen in der EU25 derzeit 45% (+2 Pp) ab, dafür sind 41% (-1 Pp). **Österreich** mit **73%**, Deutschland (62%) und Luxemburg (57%) führen wieder die Ablehnungsfront an. Dafür sind Zypern, Litauen (je 71%), Polen und Slowenien (69%).

8.2. Möglicher EU-Beitritt der Türkei

Was die Türkei betrifft, sprechen sich in der EU25 im Schnitt 59% (+4 Pp) der Befragten gegen und nur 28% (-3 Pp) für eine Aufnahme aus. Die **größten Gegner** sind wieder **Österreich** (mit einer **Zustimmungsquote** von **5% (-6 Pp)** am niedrigsten und einer Ablehnungsquote von **87% (+7 Pp)** am höchsten in der **EU25**), gefolgt von Deutschland (78%) und Luxemburg (77%). In keinem Mitgliedstaat gibt es eine klare Mehrheit für einen EU-Beitritt der Türkei. In Portugal und Schweden ergibt sich lediglich eine äußerst knappe Mehrheit von 40% bzw. 46% (dagegen: 39% bzw. 42%) dafür. Relativ gespalten zwischen Zustimmung und Ablehnung sind Polen (40% pro, 42% contra) und Spanien (35% pro, 36% contra).

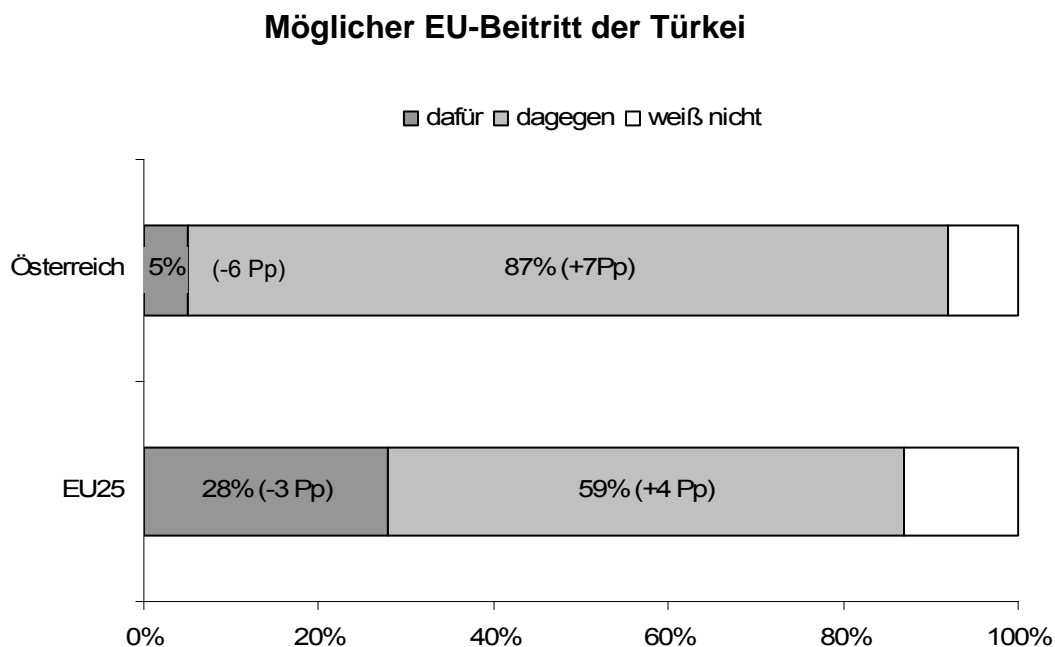


Chart 27: Meinungsbild über den zukünftigen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union im Vergleich Österreich-EU25. [Quelle: QA33_13; EB66.1 (QA44_13 trend modified; EB64.2)]

Frage: QA33_13. Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Länder, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass es Teil der Europäischen Union wird.
Option: Türkei

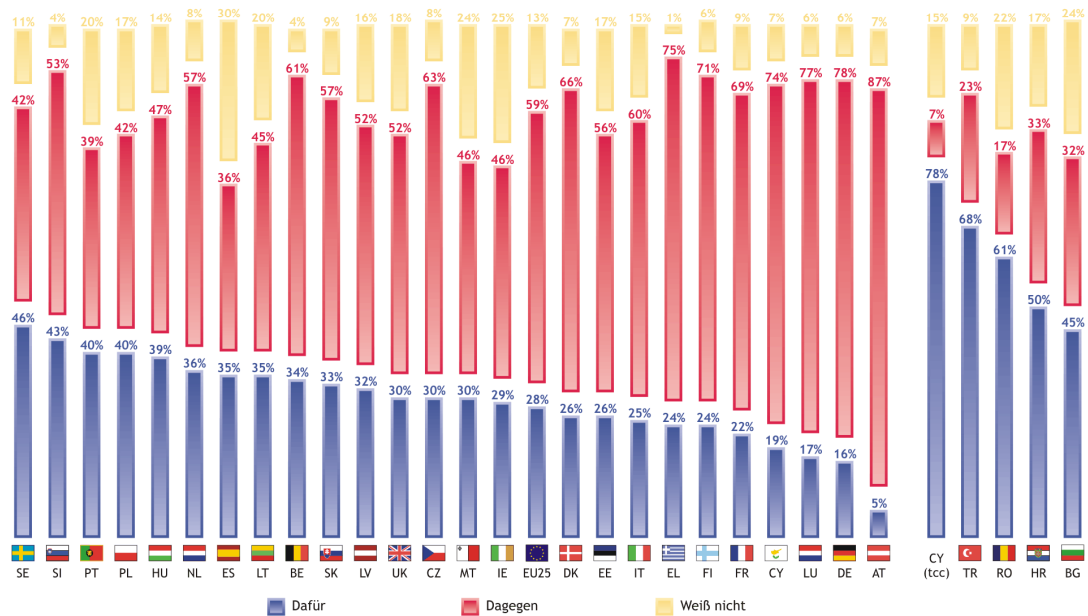


Chart 28: Möglicher EU-Beitritt der Türkei aus Sicht der EU25. [QA33_13; EB66.1]

Die Umfragedaten fördern mehrere Gründe für die eindeutige Ablehnung eines türkischen EU-Beitritts und die heftige Debatte darüber zu Tage. Etwa der Aussage, „die Türkei gehört teilweise zu Europa aufgrund ihrer Geografie“, stimmen in Österreich nur mehr 42% (-9 Pp) zu, 54% (+9 Pp) sehen das anders.

- Position im EU-Vergleich:

Für die meisten Befragten, i.e. 56% (+2 Pp), in der EU25 gehört die Türkei nach wie vor geografisch zu Europa. Am ehesten sehen das Schweden (79%), Polen (73%) und Ungarn (71%) so. Am heftigsten abgelehnt wird das Argument in Griechenland (59%), Zypern (57%) und Österreich (54%).

Für 62% (+5 Pp) der ÖsterreicherInnen gehört die Türkei nicht aufgrund ihrer Geschichte zu Europa. Anders sehen das nur 33% (-6 Pp).

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit lehnen 44% (-1 Pp) das Argument ab, 40% (±0 Pp) befürworten es. Die Ablehnung ist wieder fokussiert auf Zypern (84%), Griechenland (83%) und Österreich (62%). Die Türkei historisch zu Europa zählen hingegen am meisten Ungarn (73%), Schweden (63%) und Polen (61%).

„Die Aufnahme der Türkei in die EU würde die Sicherheit in dieser Region stärken.“ Danach gefragt, sind drei Viertel, i.e. 75% (+3 Pp) der ÖsterreicherInnen, anderer Meinung. Nur 18% (-1 Pp) bestätigen das Argument des Sicherheitszuwachses.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 widersprechen 51% (+3 Pp) dem Argument, 33% (-2 Pp) sind damit einverstanden. Die größte Ablehnung kommt wieder aus Österreich (75%), Deutschland (72%) und Luxemburg (71%). Das Argument der Sicherheit unterstützen – abgesehen vom international nicht anerkannten türkischen (Nord-)Teil Zyperns (68%) – nur Schweden (59%), Polen (42%) und Portugal (40%).

84% (+6 %) der ÖsterreicherInnen meinen, die kulturellen Unterschiede zwischen der Türkei und der EU seien zu groß. Nur 12% (- 5 Pp) sind der gegenteiligen Ansicht.

- Position im EU-Vergleich:

Im EU-Schnitt geben 61% (+6 Pp) der Befragten die kulturellen Unterschiede als Argument an, weshalb die Türkei nicht in die EU aufgenommen werden könne. 27% (-4 Pp) sehen das anders. Als Gegenargument wird der kulturelle Unterschied in allen 25 Mitgliedstaaten mehrheitlich unterstützt, am häufigsten in Österreich (84%), Griechenland (79%) und Luxemburg (77%). Am ehesten widersprechen dem Schweden (41%), die Niederlande (41%) und Belgien (33%).

Dass die Türkei aufgrund der höheren Geburtenrate durch einen EU-Beitritt die alternde europäische Bevölkerung im Durchschnitt verjüngen würde, dem können nur 24% (-1 Pp) der ÖsterreicherInnen etwas abgewinnen. 65% (± 0 Pp) widersprechen dem Argument.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 lehnt nach wie vor die Hälfte, i.e. 50% (± 0 Pp), das Argument ab. 29% (± 0 Pp) sind der Meinung, die Türkei würde die älter werdende EU-Bevölkerung verjüngen. Die größte Ablehnung kommt aus Griechenland (66%), Österreich und der Slowakei (je 65%). Relativ gespalten sind Dänemark (32% pro, 39% contra), Portugal (36% pro, 35% contra) und Spanien (30% pro, 30% contra).

Ein Türkei-Beitritt könnte die Gefahr mit sich bringen, dass die Migration in die reicheren EU-Länder begünstigt wird, befürchten 81% (+5 Pp) der ÖsterreicherInnen. 14% (-4 Pp) haben diese Angst nicht.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit sehen 66% (+3 Pp) die Gefahr einer Migrationswelle, 20% (-3 Pp) sehen das nicht so. Am ehesten glauben das die Befragten in Zypern (87%), Griechenland, Finnland (je 82%) und Österreich (81%). Am wenigsten teilen diese Sorge Luxemburg (46%, contra: 42%), Schweden (55%, contra: 32%) und die Niederlande (59%, contra: 32%).

„Um in ungefähr 10 Jahren der EU beizutreten, wird die Türkei systematisch die Menschenrechte einhalten müssen.“ Dieser Aussage schließen sich 84% (-2 Pp) der ÖsterreicherInnen an. Auffallend ist, dass 10% (± 0 Pp) dem Argument widersprechen.

- Position im EU-Vergleich:

Dass die Türkei die Menschenrechte respektieren muss, sehen EU-weit 85% (+2 Pp), 6% (-1 Pp) sind anderer Meinung. Die Bedeutung der Menschenrechte unterstreichen fast alle Befragten in Dänemark, Schweden (je 97%), Griechenland, den Niederlanden und Finnland (96%) sowie Slowenien (95%). Bemerkenswert im Ergebnis zu dieser Frage ist zum einen, dass dem Argument in Zypern 26% und in Italien 14% widersprechen (in der Türkei selbst 13%). Zum anderen sticht in Rumänien (das 2007 EU-Mitglied wird), Spanien und Irland in der Frage der Menschenrechte der relativ hohe Anteil von „ich weiß nicht“ - Antworten, i.e. 29% bzw. 24% bzw. 21%, heraus.

83% (-1 Pp) der ÖsterreicherInnen unterstreichen schließlich, dass die Türkei ihre wirtschaftliche Situation wird verbessern müssen, um der EU betreten zu können. 11% (+1 Pp) sehen das nicht so.

- Position im EU-Vergleich:

Im EU-Schnitt stimmen 77% (+1 Pp) dem Argument zu, 9% (-1 Pp) widersprechen ihm. Die Forderung nach einer besseren Wirtschaft der Türkei kommt vor allem aus Griechenland (94%), Slowenien (91%) und Finnland (90%). Der höchste Anteil der Befragten, die dem Argument widersprechen, ist jeweils 14% in Italien, Zypern und der Türkei selbst. Es fällt wieder der relativ hohe Anteil von „ich weiß nicht“-Antworten in Spanien (29%) und Irland (27%) auf (ebenso in Rumänien und Bulgarien, i.e. 31% bzw. 23%).

Kriterien für einen EU-Beitritt der Türkei	Zustimmung		Keine Zustimmung		Weiß nicht	
	Österreich	EU25	Österreich	EU25	Österreich	EU25
Die Türkei gehört aufgrund ihrer Geografie teilweise zu Europa	42% (-9 Pp)	56% (+2Pp)	54% (+9 Pp)	32% (-3 Pp)	4% (+1 Pp)	12% (+1Pp)
Die Türkei gehört aufgrund ihrer Geschichte teilweise zu Europa	33% (-6 Pp)	40% (±0 Pp)	62% (+5 Pp)	44% (-1 Pp)	5% (±0 Pp)	16% (+2Pp)
Ein EU-Beitritt der Türkei würde die Sicherheit in dieser Region stärken	18% (-1 Pp)	33% (-2 Pp)	75% (+3 Pp)	51% (+3 Pp)	7% (-1 Pp)	16% (-1 Pp)
Für einen EU-Beitritt sind die kulturellen Unterschiede zwischen der Türkei und der EU25 zu groß	84% (+6 Pp)	61% (+6 Pp)	12% (-5 Pp)	27% (-4 Pp)	4% (-1 Pp)	12% (-1 Pp)
Ein Beitritt der Türkei würde das Verjüngen einer alternden EU-Bevölkerung begünstigen	24% (-1Pp)	29% (±0 Pp)	65%(±0 Pp)	50% (±0 Pp)	11% (+2Pp)	21% (±0Pp)
Ein Beitritt der Türkei könnte die Gefahr einer stärkeren Einwanderung in die weiter entwickelten EU-Länder mit sich bringen	81% (+5 Pp)	66% (+3 Pp)	14% (-4 Pp)	20% (-3 Pp)	5% (-1 Pp)	14% (±0Pp)
Um der EU in ca. 10 Jahren beitreten zu können, muss die Türkei die Menschenrechte systematisch respektieren	84% (-2 Pp)	85% (+2 Pp)	10% (±0 Pp)	6% (-1 Pp)	6% (+2 Pp)	9% (-1 Pp)
Um der EU in ca. 10 Jahren beitreten zu können, muss die Türkei ihre wirtschaftliche Lage deutlich verbessern	83% (-1 Pp)	77% (+1 Pp)	11% (+1 Pp)	9% (-1 Pp)	6% (±0 Pp)	14% (±0Pp)

Table 1: Kriterien für einen EU-Beitritt der Türkei. [QA34; EB66.1 (Q45 trend modified; EB64.2)]

9. Werte der EU-BürgerInnen

9.1. Selbsteinschätzung in EU-Angelegenheiten

Die ÖsterreicherInnen haben ein **ambivalentes Verhältnis** zur Europäischen Union. Einerseits schätzen sie sich selbst in punkto **Informationsstand über die EU** eher **selbstbewusst** ein. 42% (-1 Pp) haben das Gefühl zu verstehen, wie die EU funktioniert; 46% (-3 Pp) geben zu, es nicht zu verstehen. Allerdings lässt sich hier ein **eindeutiger Geschlechterunterschied** feststellen: 50% der Männer wissen nach eigenen Angaben, wie die EU funktioniert, aber nur 35% der Frauen. 39% der Männer bzw. 52% der Frauen stimmen eher nicht zu.

Andererseits fühlen sich die ÖsterreicherInnen – **speziell die älteren** Generationen – mehrheitlich **nicht eingebunden** in die Abläufe der Europäischen Union: Weniger als ein Drittel der ÖsterreicherInnen, i.e. 29% (+2 Pp), haben das Gefühl, dass ihre Stimme in der EU zählt; 61 % (-4 Pp) sind „eher nicht“ der Meinung. Noch weniger, i.e. 22% (±0 Pp) der ÖsterreicherInnen, fühlen sich stark eingebunden in die EU-Angelegenheiten; 71% (-4 Pp) fühlen sich nicht eingebunden. Die Selbsteinschätzung der Befragten in Österreich entspricht annähernd den durchschnittlichen Werten der EU25.

- Position im EU-Vergleich:

Im EU-Schnitt glauben 43% (-2 Pp) der Befragten zu verstehen, wie die EU funktioniert. Mit 51% (-1 Pp) gibt etwas mehr als die Hälfte der Befragten zu, es nicht zu verstehen. Am meisten informiert schätzen sich die Befragten in Luxemburg (65%), Polen (59%) und Zypern (58%) ein. Am ehesten bereit, Wissenslücken über die EU einzugestehen, sind offenbar die Befragten in Tschechien: 62% geben an, eher nicht zu verstehen, wie die EU funktioniert. Es folgen Frankreich (59%), Portugal und Großbritannien (je 56%).

Dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt, glauben im EU-Schnitt 34% (+2 Pp) der Befragten; 57% (-2 Pp) sind der gegenteiligen Ansicht. Am meisten überzeugt sind in der Sache Luxemburg (56%), die Niederlande (55%) und Belgien (53%). Am kritischsten sind Tschechien, Großbritannien (je 71%) und Finnland (67%).

Nur 19% (-7 Pp) der EU-weit befragten Personen haben das Gefühl, in die europäischen Angelegenheiten eingebunden zu sein. Dem stimmen 75% (+3 Pp) nicht zu. Kritisch sind hier in erster Linie Finnland (91%), die Slowakei (88%) und Zypern (86%). Am besten platziert sind Dänemark, Belgien, Italien und die Niederlande, wo sich dennoch nur etwas mehr als ein Viertel (29% bzw. 25% bzw. je 27%) stark in die EU-Politik eingebunden fühlen.

Bedeutung und Verständnis europäischer Angelegenheiten in Österreich

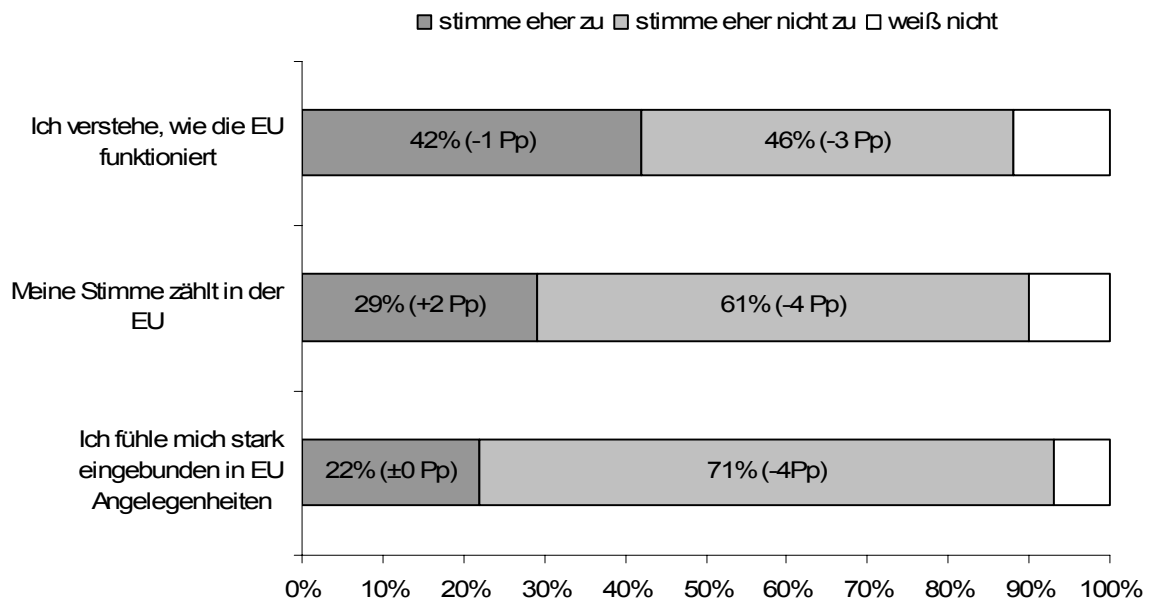


Chart 29: Bedeutung und Verständnis europäischer Angelegenheiten in Österreich. [Quelle: QA12; EB 66.1 (QA16 trend modified; EB64.2)]

Bedeutung und Verständnis europäischer Angelegenheiten in der EU25

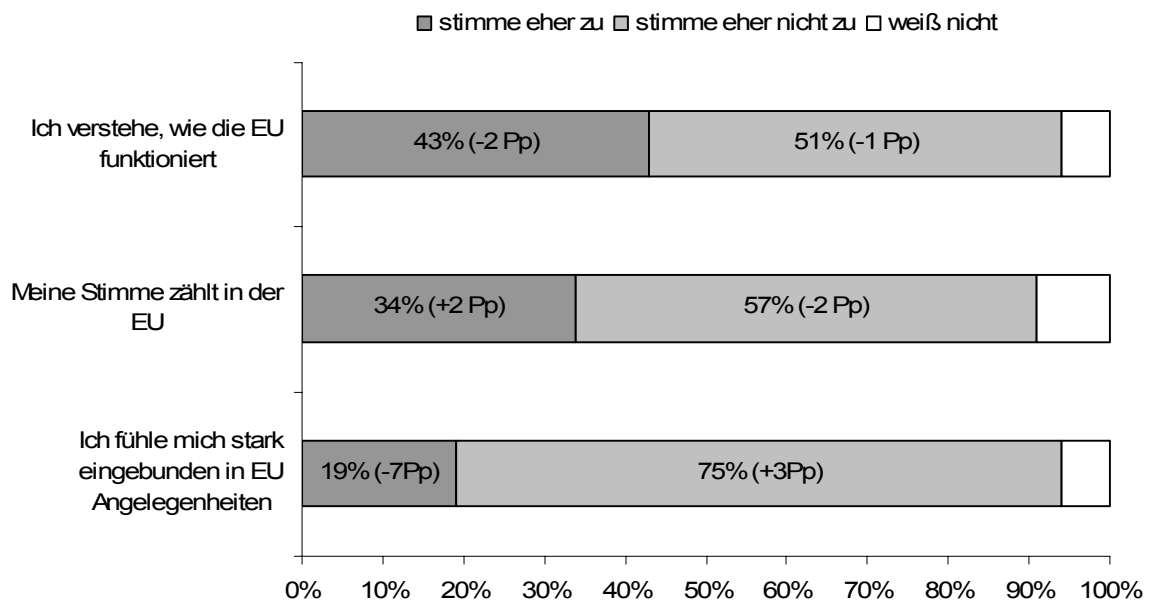


Chart 30: Bedeutung und Verständnis europäischer Angelegenheiten in der EU25. [Quelle: QA12; EB 66.1 (QA16 trend modified; EB64.2)]

9.2 Persönliche Werte der ÖsterreicherInnen

Gefragt nach den eigenen Werten, geben nach wie vor 56% (-3 Pp) der ÖsterreicherInnen an, dass für sie persönlich **Friede am bedeutsamsten** ist. Es folgen die persönliche Freiheit mit 46% (-5 Pp) und mit deutlich steigender Tendenz die Menschenrechte mit 37% (+8 Pp). Als weitere wichtige Werte werden Respekt für menschliches Leben mit 35% (+2 Pp), Demokratie mit 27% (+1 Pp) und Gleichberechtigung mit 19% (+1 Pp) genannt. Von geringerer Bedeutung sind offensichtlich Toleranz mit 15% (-4 Pp), Solidarität mit 11% (+2 Pp), Selbstverwirklichung mit 11% (+1 Pp) und mit sinkender Tendenz Rechtsstaatlichkeit mit 7% (-5 Pp) sowie Religion mit 6% (± 0 Pp) und der Respekt für andere Kulturen mit 5% (+1 Pp).

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit stellt mit **allerdings deutlich sinkender Tendenz ebenfalls Friede mit 52% (-8 Pp) den bedeutendsten Wert** dar. Auf den vorderen Plätzen folgen Respekt für das menschliche Leben mit 43% (-3 Pp), Menschenrechte mit 41% (+4 Pp), Demokratie mit 24% (-1 Pp) und mit deutlich sinkender Tendenz die persönliche Freiheit mit 22% (-8 Pp). Von geringerer Bedeutung sind den EU-BürgerInnen Toleranz mit 19% (± 0 Pp), Gleichberechtigung mit 18% (+2 Pp), Rechtsstaatlichkeit mit 17% (+2 Pp), Solidarität mit 14% (+1 Pp), Selbstverwirklichung mit 11% (-3 Pp), Respekt für andere Kulturen mit 11% (+3 Pp) sowie Religion mit 7% (± 0 Pp).

[Anmerkung: Aus einer Tabelle mit 12 Werten mussten die Befragten die ihnen jeweils drei wichtigsten Werte nennen. Quelle: EB66.1; QA48a (EB60.1; Q36a)].

9.3 Gesellschaftspolitische Ansichten der ÖsterreicherInnen

Die Bevölkerung in den 25 Mitgliedstaaten wurde auch nach ihren Ansichten in gesellschaftspolitischen Bereichen etwa betreffend die Einwanderungs-, Familien- oder Drogenpolitik befragt. Generell meinen zunächst 62% (+4 Pp) der ÖsterreicherInnen, der Einfluss des Staates auf ihr Leben sei zu groß. Ein Drittel, i.e. 34% (-1 Pp), ist nicht dieser Meinung. Die ÖsterreicherInnen liegen damit genau im europäischen Mittelfeld.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 kritisieren 62% (+2 Pp) den Einfluss des Staates auf ihr persönliches Leben. 33% (+3 Pp) der Befragten sehen das nicht so. Die heftigste Kritik am Staat kommt in dieser Frage aus Ungarn, Slowenien (je 73%), Schweden (72%) und Großbritannien (70%). Am wenigsten gesellschaftspolitisch beeinflusst fühlen sich offenbar die Befragten in Estland (66%), Lettland (60%) und Finnland (57%).

Für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit auch auf Kosten der individuellen Freiheit sprechen sich 56% (+2 Pp) der ÖsterreicherInnen aus. Dagegen sind 37% (± 0 Pp). EU-weit sind noch mehr zur Einschränkung der persönlichen Freiheit bereit.

- Position im EU-Vergleich:

Die Mitgliedstaaten sind insgesamt zu 64% (-4 Pp) für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit unter den BürgerInnen. 30% (-2 Pp) wollen dafür jedoch keine persönliche Einschränkung in Kauf nehmen. Die Forderung nach mehr Gerechtigkeit kommt vor allem aus Portugal (80%), Ungarn (74%), Slowenien und Italien (je 73%). Den größten Widerstand gegen die Einschränkung der individuellen Freiheit äußert mit 51% die Mehrheit in den Niederlanden; es folgen Dänemark und Finnland (je 45%).

Gegen zu viel Toleranz und für härtere Strafen Kriminellen gegenüber sprechen sich mit **stark steigender Tendenz 79%** (+10 Pp) der ÖsterreicherInnen aus. Dagegen sind 18% (-6 Pp). Eine **law and order-Politik** wird in diesem Bereich **EU-weit noch deutlicher** unterstützt.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 sprechen sich im Schnitt 85% (+2 Pp) dafür und 12% (-6 Pp) dagegen aus. Für ein härteres Vorgehen gegen Straftäter sind fast alle Befragten in Zypern (97%), Tschechien (95%) und der Slowakei (93%). Lediglich ein Viertel (27%) der Befragten in Dänemark ist damit nicht einverstanden sowie 18% in Frankreich und 17% in den Niederlanden.

Dass das Land von den Zuwanderern viel profitiere, meinen 37% (+1 Pp) der Befragten in Österreich. 57% (+2 Pp) sehen das nicht so. Diese **kritische Position** Österreichs liegt knapp über dem Durchschnitt, wobei es **in der EU25 teilweise eklatante Meinungsunterschiede** gibt.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 meinen 40% (+3 Pp), Einwanderer tragen viel zur Entwicklung ihres Landes bei. 52% (± 0 Pp) sind gegenteiliger Ansicht. Am positivsten der Zuwanderung gegenüber eingestellt sind die Befragten in Schweden (79%), Portugal (66%), Irland und Luxemburg (je 56%). Am kritischsten sind die Befragten der Slowakei, i.e. 84% sind nicht der Meinung, die Zuwanderer würden ihrem Land etwas bringen; es folgen Tschechien (81%) und Lettland (76%).

„Freier Wettbewerb ist die beste Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand.“ **Dafür** sprechen sich **mit steigender Tendenz fast drei Viertel**, i.e. 72% (+6 Pp), der ÖsterreicherInnen aus. 19% (-3 Pp) sind dagegen. Etwas geringer ist EU-weit die Anhängerschaft des freien Wettbewerbs.

- Position im EU-Vergleich:

Mit leicht sinkender Tendenz reden 64% (-4 Pp) in der EU25 dem freien Wettbewerb das Wort. Ein Viertel der Befragten, i.e. 24% (+1 Pp), ist damit nicht einverstanden. Die größten Anhänger kommen aus Slowenien (80%), Estland und Lettland (je 79%). Am meisten lehnen den freien Wettbewerb die Befragten in Griechenland (41%) sowie mehr als ein Drittel in Frankreich und Portugal (je 38%) ab.

Was den Stellenwert der Religion betrifft, sind 44% der ÖsterreicherInnen der Meinung, dieser sei in der Gesellschaft zu groß. 51% sind der gegenteiligen Ansicht. Das entspricht annähernd den EU-Mittelwerten.

- Unterschiede betreffend das Alter:

Am kritischsten sind in dieser Frage die Jüngeren in Österreich: 55% der 15- bis 24-Jährigen meinen die Religion spiele eine zu große Rolle. Dem stimmen hingegen 63% der Über-64-Jährigen nicht zu.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit ist der Standpunkt in dieser Frage eindeutig gespalten: 46% meinen, Religion spiele eine zu große Rolle, 48% sind anderer Meinung. Die größten Kritiker an der Stellung der Religion in der Gesellschaft sind Zypern (81%), Malta (70%) und Italien (63%). Am ehesten gelassen sehen die Religionsfrage die Befragten in Finnland (74%), Estland (70%) und Tschechien (68%).

Die europaweite Legalisierung von Cannabis für den privaten Konsum lehnen zwei Drittel der ÖsterreicherInnen ab: 28% sind dafür, 67% dagegen; der Grad der Ablehnung steigt mit zunehmendem Alter drastisch an (von 51% unter den Jüngeren auf 79% bei den Älteren). Österreich liegt in dieser Frage wieder im EU-Mittelfeld.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit befürworten 26% der Befragten die Legalisierung von Cannabis, 68% lehnen dies ab. Den liberalsten Standpunkt vertreten in dieser Frage – mit einer knappen Mehrheit – die Niederlande (49% pro, 47% contra), es folgen Spanien (40%), Großbritannien und Tschechien (je 32%). Die größten Gegner sind Finnland, Schweden (je 90%) und Ungarn (85%).

Für gleichgeschlechtliche Ehen und deren Legalisierung in ganz Europa spricht sich in Österreich eine **knappe Mehrheit** von 49% aus, dagegen sind 45%. Hier kommt wieder ein klarer Generationen- und Geschlechterunterschied zum Ausdruck.

- Unterschiede betreffend Alter und Geschlecht:

Frauen (pro: 51%, contra: 42%) sind **eher dafür** als Männer (pro: 48%, contra: 46%). Unabhängig vom Geschlecht sind 68% der Jüngeren dafür und 29% dagegen. Bei den Älteren ist das Verhältnis umgekehrt: Nur 27% befürworten die Ehe für Homosexuelle, 62% lehnen sie ab; am heftigsten sind die älteren Männer dagegen (66%). Insgesamt ist **Österreich** jedoch in dieser Frage **etwas liberaler** eingestellt, als es die 25 Mitgliedsländer im Durchschnitt sind. Deren Ergebnisse stehen einander in punkto Befürwortung und Ablehnung teilweise diametral gegenüber.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit sprechen sich im Schnitt 44% der Befragten für die Ehe von Homosexuellen aus, 49% lehnen das ab. Am liberalsten sind die Niederlande (82%), Schweden (71%) und Dänemark (69%). Kategorisch abgelehnt werden gleichgeschlechtliche Ehen in Lettland, Griechenland (je 84%) und Zypern (80%).

In der Frage, ob auch homosexuellen Paaren die Adoption von Kindern erlaubt werden soll, sind die ÖsterreicherInnen **etwas weniger liberal** als in Bezug auf gleichgeschlechtliche Ehen: In ganz Europa sollte Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare zugelassen werden, meinen 44% der Befragten. 50% sprechen sich dagegen aus. Ähnlich wie bei der Frage nach der gleichgeschlechtlichen Ehe sind wieder **Frauen und Jüngere toleranter** eingestellt als Männer und Ältere.

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit stimmen 32% der Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare zu, 61% lehnen das klar ab. Den liberalsten Standpunkt nehmen wieder die Niederlande ein, wo mit 69% mehr als zwei Drittel dafür (27% contra) sind; dafür sind auch Schweden (51% vs. 43%) und mit knapper Mehrheit, wenngleich wesentlich gespaltener, Spanien (43% vs. 42%). Kategorisch abgelehnt wird die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare in Griechenland, Polen, Lettland (je 89%), Zypern (86%) und Malta (85%).

„Freizeit sollte wichtiger sein als Arbeit“, meinen 51% der ÖsterreicherInnen. 42% der Befragten stimmen dieser Aussage nicht zu. Es kommt jedoch ein eindeutiger Unterschied aufgrund des Alters und des Geschlechts zum Ausdruck.

- Unterschiede betreffend Alter und Geschlecht:

60% bzw. 61% der jüngeren ÖsterreicherInnen (15-24 bzw. 25-39 Jahre) ist die Freizeit wichtiger als die Arbeit, 61% der Über-64-Jährigen sind der gegenteiligen Ansicht. 61% bzw. 66% der jüngeren Männer und etwas weniger jüngere Frauen, i.e. 58% bzw. 55%, meinen, der Freizeit sollte mehr Bedeutung beigemessen werden als der Arbeit. Diesen Standpunkt lehnen mit 67% vor allem Frauen über 64 Jahre ab (54% der Männer in dieser Altersklasse).

Österreich liegt dennoch mit der mehrheitlich positiven Stimmung zur „work-life-balance“ etwas über dem EU-Schnitt.

- Position im EU-Vergleich:

In der EU25 ist 48% der Befragten Freizeit wichtiger als Arbeit. 45% sehen es anders. Mehr als zwei Drittel der Befragten in Zypern (69%), Estland (67%) und Griechenland (66%) stimmen der Aussage zur „work-life-balance“ zu. Dieser widersprechen umgekehrt mit ebenfalls rund zwei Drittel die Befragten in Deutschland (67%), Luxemburg (63%) und Litauen (60%).

**Bedeutsame Themen für Österreich
im Vergleich mit der EU25**

	Zustimmung		Keine Zustimmung		Weiß nicht	
	Österreich	EU25	Österreich	EU25	Österreich	EU25
Heutzutage gibt es zu viel Toleranz. Kriminelle sollten strenger bestraft werden	79% (+10 Pp)	85% (+2Pp)	18% (-6 Pp)	12% (-6 Pp)	3% (-3 Pp)	3% (-3 Pp)
Freier Wettbewerb ist die beste Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand	72% (+6 Pp)	64% (-4 Pp)	19% (-3 Pp)	24% (+1 Pp)	9% (-3 Pp)	12% (-4 Pp)
Der Staat mischt sich zu sehr in unser Leben ein	62% (+4 Pp)	62% (+2 Pp)	34% (-1 Pp)	33% (+3 Pp)	5% (-2 Pp)	5% (-1 Pp)
Wir brauchen mehr Gleichheit und Gerechtigkeit, auch wenn dies weniger Freiheit für den Einzelnen bedeutet	56% (+2 Pp)	64% (-4 Pp)	37% (±0 Pp)	30% (-2 Pp)	7% (-2 Pp)	6% (-2 Pp)
Der Freizeit sollte mehr Bedeutung beigemessen werden als der Arbeit	51%	48%	42%	45%	7%	7%
Gleichgeschlechtliche Ehen sollten in ganz Europa legalisiert werden	49%	44%	45%	49%	6%	7%
Religion spielt in unserer Gesellschaft eine zu große Rolle	44%	46%	51%	48%	5%	6%
Adoptionen durch gleichgeschlechtliche Paare sollten in ganz Europa zugelassen werden	44%	32%	50%	61%	6%	7%
Einwanderer tragen viel für Österreich bei	37% (+1 Pp)	40% (+3 Pp)	57% (+2 Pp)	52% (±0 Pp)	6% (-3 Pp)	8% (-3 Pp)
Privater Konsum von Cannabis sollte in ganz Europa legalisiert werden	28%	26%	67%	68%	5%	6%

9.4 Europäische Werte

Friede, Menschenrechte und Demokratie stehen gleichermaßen an der Spitze des Wertgefüges aller Mitgliedstaaten. In Österreich ist lediglich die zunehmende Tendenz beim Respekt für andere Kulturen bedeutsam im ansonsten ähnlichen Bild im Vergleich mit der EU25.

In Österreich stellt **Friede** mit **42%** (- 1 Pp) nach wie vor den **größten Wert** dar, der mit der **Europäischen Union** assoziiert wird. Es folgen mit steigender Bedeutung **Demokratie** mit 38% (+ 6 Pp) und **Menschenrechte** mit 35% (+3 Pp). Prinzipien, die tendenziell an Bedeutung verlieren, sind Rechtstaatlichkeit mit 23% (-6 Pp) sowie persönliche Freiheit mit 16 % (-5 Pp). Von insgesamt geringerer Bedeutung sind Werte wie der Respekt für das menschliche Leben mit 15% (-2 Pp), Gleichberechtigung mit 15% (+2 Pp), Solidarität mit 15% (-1 Pp), mit steigender Tendenz der Respekt für andere Kulturen mit 14% (+6 Pp), weiters Toleranz mit 7% (-4 Pp), Selbstverwirklichung mit 6% (±0 Pp) sowie Religion mit 3% (-2 Pp).

- Position im EU-Vergleich:

EU-weit stellen mit deutlich steigender Tendenz die Demokratie mit 38% (+ 8 Pp) sowie nach wie vor die Menschenrechte mit 38% (+2 Pp) die größten Werte dar. Es folgen Friede mit 36% (-2 Pp), Rechtstaatlichkeit mit 24% (+1 Pp) sowie der Respekt für andere Kulturen mit 19% (±0 Pp). Als von insgesamt geringerer Bedeutung werden Solidarität mit 17% (+2 Pp), Gleichberechtigung mit 14% (+1 Pp), mit sinkender Tendenz der Respekt für das menschliche Leben mit 13% (-4 Pp), Toleranz mit 11% (+1 Pp), persönliche Freiheit mit 10% (-3 Pp), Selbstverwirklichung mit 4% (±0 Pp) sowie Religion mit 3% (±0 Pp) genannt.

[Anmerkung: Aus einer Tabelle mit 12 Werten mussten die Befragten die ihnen jeweils drei wichtigsten Werte nennen. Quelle: EB66.1; QA48b (EB60.1; Q36b trend slightly modified)].

In Bezug auf die gemeinsamen Werte finden denn auch 45% der ÖsterreicherInnen, die Mitgliedstaaten seien einander nahe (5% „sehr nahe“, 40% „ziemlich nahe“). 43% sehen es umgekehrt (35% „ziemlich fern“, 8% „sehr fern“). Dabei haben die Befragten je nach Alter und Geschlecht unterschiedliche Auffassungen.

- Unterschiede betreffend Alter und Geschlecht:

Zum einen finden etwas **mehr Frauen als Männer**, die **EU25-Länder** seien eher **nahe zueinander** als unterschiedlich voneinander: 45% sprechen von „nahe“ („sehr nahe“: 4 %, ziemlich nahe“: 41%) und 40% von „fern“ („ziemlich fern“: 31%, „sehr fern“: 9%); bei den Männern sind es 44% („sehr nahe“: 5%, „ziemlich nahe“: 39%) vs. 46% („ziemlich fern“: 39%, „sehr fern“: 7%).

Zum anderen lässt sich feststellen: **Je jünger die Befragten**, umso mehr betonen sie die **Nähe der Mitgliedstaaten** zueinander. Unter den ÖsterreicherInnen von 15-24 Jahre und von 25-39 Jahre sehen 52% bzw. 47% die EU-Länder einander nahe (vs. 34% bzw. 44% „fern“). Im Unterschied dazu die Werte der 55- bis 64-Jährigen bzw. der Über-64-Jährigen: 41% „nahe“ und 43% „fern“ bzw. 42% „nahe“ und 46% „fern“. Demnach betonen vor allem junge Frauen, i.e. 58% der 15- bis 24-Jährigen, die Nähe der Mitgliedstaaten; in der gleichen Altersgruppe der Männer sind es 46%.

- Position im EU-Vergleich:

Die Wahrnehmung der Ähnlichkeit respektive Unterschiedlichkeit der Mitgliedstaaten ist im EU-Schnitt ähnlich wie in Österreich. In der EU25 empfinden 48% der Befragten die Mitgliedstaaten als nahe zueinander. 41% sehen sie als fern voneinander. Die größte Nähe der EU-Länder zueinander nehmen offenbar die Befragten in der Slowakei (71%), in Tschechien (68%) und Griechenland (63%) wahr, die größte Distanz Lettland (66%), Frankreich (60%) und Luxemburg (58%).

Allgemeine Beurteilung gemeinsamer Werte der Mitgliedstaaten

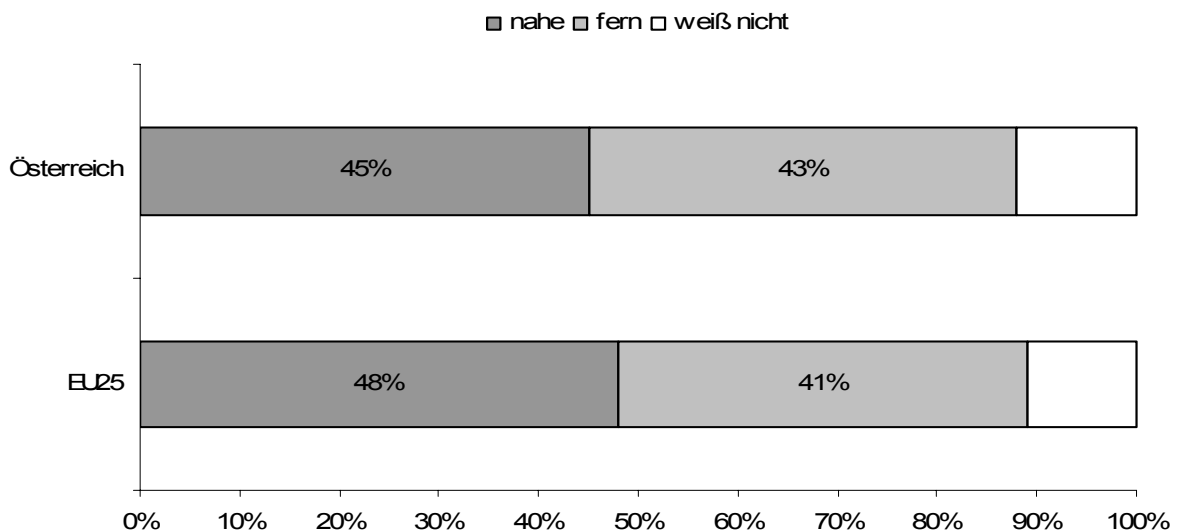


Chart 31: Allgemeine Beurteilung gemeinsamer Werte der Mitgliedstaaten. [Quelle: QA49; EB 66.1]

10. Conclusio

In Österreich sind 83% der Befragten mit dem Leben, das sie führen, zufrieden. Dennoch stellt die Angst vor Arbeitslosigkeit, wenn auch mit deutlich sinkender Tendenz (50%, 59% in der Frühjahrsbefragung), nach wie vor die größte Sorge dar.

In punkto Vertrauen in die politischen Institutionen wurde in Österreich im Jahr 2006 das Verhältnis zu den Gewerkschaften erschüttert: Nur mehr 33% (52% im Herbst 2005) der ÖsterreicherInnen vertrauen der institutionalisierten Arbeitnehmer-Vertretung. Deutlich gesunken ist 2006 auch das Vertrauen in die österreichische Regierung von 55% in der Frühjahrsbefragung auf 46% im Herbst. Sowohl was die Arbeitslosigkeit als auch die Gewerkschaften und die Regierung betrifft, ist festzuhalten, dass sich in den Umfragewerten in Anbetracht der bevorstehenden Nationalratswahl die Wahlpropaganda der Parteien widerspiegeln könnte.

In der zentralen Frage zum Image der Europäischen Union bewertet nur etwas mehr als ein Drittel (36%) der ÖsterreicherInnen die Mitgliedschaft ihres Landes als „gute Sache“. Bemerkenswert ist, dass 12 Jahre nach der Aufnahme in die EU nach wie vor mehr als ein Drittel (37%) die Mitgliedschaft Österreichs als „weder gut noch schlecht“ empfindet.

Gleichzeitig ist die absolute Mehrheit der ÖsterreicherInnen (58%) der Meinung, dass sich der EU-Beitritt positiv auf die österreichische Wirtschaft ausgewirkt hat. Diese ambivalente Haltung der österreichischen Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union kommt an mehreren Stellen der Umfrage zum Ausdruck.

Im umgekehrten Verhältnis zur wirtschaftlichen Situation, aber mit stark abnehmender Tendenz (54%, -10 Pp) beurteilen die ÖsterreicherInnen die Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Beschäftigungssituation in ihrem Land als „negativ“.

Analog zur größten Sorge der ÖsterreicherInnen sollte es aus ihrer Sicht auch die absolute Priorität der Europäischen Union sein, dass sie die Arbeitslosigkeit und die Armut (48% bzw. 42% der Nennungen) bekämpft. Nach der in der Umfrage ermittelten Rangfolge der vorrangigen Tätigkeiten der EU sind den ÖsterreicherInnen offensichtlich eine neue Erweiterung sowie die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten völlig unwichtig (3% bzw. 2% der Nennungen).

Anders gefragt, lehnen die ÖsterreicherInnen eine neuerliche Erweiterung der Europäischen Union um einige Länder mit deutlicher Mehrheit (57%) ab; nicht einmal ein Drittel (31%) ist generell dafür. Nach möglichen neuen Mitgliedstaaten befragt, ergibt sich in Österreich für vier Länder – die Schweiz (75%), Norwegen (71%), Island (59%) und Kroatien (50%) – eine klare Mehrheit für eine Aufnahme in die EU. Übertreffend ist hingegen die Ablehnungsquote (je ca. 70%) der ÖsterreicherInnen in Bezug auf Bulgarien, Bosnien-Herzegowina, Rumänien, Mazedonien (FYROM), Montenegro, Serbien, Ukraine und Albanien. Die Werte für diese Länder werden jedoch durch die Gegner eines Türkei-Beitritts noch um einiges übertroffen: Nur 5% der ÖsterreicherInnen befürworten den türkischen EU-Beitritt, 87% lehnen ihn ab. Das entspricht einer deutlichen Verschärfung der Positionen innerhalb eines Jahres (11% pro, 80% contra in der Herbstbefragung 2005), was zu einem Gutteil auch auf den Wahlkampf zurückzuführen sein dürfte. Dabei verwendete speziell die FPÖ die

Ablehnung der Türkei (z.B. mit dem Slogan „Daham statt Islam“) zur Stimmungsmache. Österreich ist nicht nur in der Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei Schlusslicht der EU25. In Bezug auf die südosteuropäischen Länder ist Österreich nach den Umfragewerten ebenfalls das erweiterungsfeindlichste Land der EU25 (Ablehnungsquote 70-85%).

Um die Europäische Union zu vertiefen, befürworten die ÖsterreicherInnen hingegen sehr wohl gemeinschaftliche Maßnahmen durch die EU in bestimmten Bereichen, speziell bei Sicherheitsfragen (z.B. Bekämpfung des Terrorismus und der Kriminalität). Hingegen möchten sie bei den gewachsenen staatlichen Strukturen, etwa betreffend das Pensions-, das Sozial- oder das Bildungssystem, an nationalstaatliche Maßnahmen durch die Bundesregierung festhalten.

Eine Verfassung für die Europäische Union befürworten die ÖsterreicherInnen mit deutlich steigender Tendenz (51%, 44% in der Frühjahrsbefragung). Zum Zukunftsszenario des Verfassungsvertrages, der derzeit auf Eis liegt, äußern sich die ÖsterreicherInnen mehrheitlich pessimistisch: Für 39% sollte die Verfassung neu verhandelt werden, 23% sind dafür, die Verfassung fallen zu lassen.

11. Appendix

11.1 Technischer Hinweis „Eurobarometer Standard 66.1 Technical Specifications“.



EUROBAROMETER "Standard" 66.1 TECHNICAL SPECIFICATIONS

Between the 6th of September and the 10th of October 2006, TNS Opinion & Social, a consortium created between Taylor Nelson Sofres and EOS Gallup Europe, carried out wave 66.1 of the EUROBAROMETER, on request of the EUROPEAN COMMISSION, Directorate-General Press and Communication, Opinion Polls.

The EUROBAROMETER "Standard" is part of wave 66.1 and covers the population of the respective nationalities of the European Union Member States, resident in each of the Member States and aged 15 years and over. The EUROBAROMETER "Standard" has also been conducted in the two acceding countries (Bulgaria and Romania) and in the two candidate countries (Croatia and Turkey) and in the Turkish Cypriot Community. In these countries, the survey covers the national population of citizens of the respective nationalities and the population of citizens of all the European Union Member States that are residents in those countries and have a sufficient command of one of the respective national language(s) to answer the questionnaire. The basic sample design applied in all states is a multi-stage, random (probability) one. In each country, a number of sampling points was drawn with probability proportional to population size (for a total coverage of the country) and to population density.

In order to do so, the sampling points were drawn systematically from each of the "administrative regional units", after stratification by individual unit and type of area. They thus represent the whole territory of the countries surveyed according to the EUROSTAT NUTS II (or equivalent) and according to the distribution of the resident population of the respective nationalities in terms of metropolitan, urban and rural areas. In each of the selected sampling points, a starting address was drawn, at random. Further addresses (every Nth address) were selected by standard "random route" procedures, from the initial address. In each household, the respondent was drawn, at random (following the "closest birthday rule"). All interviews were conducted face-to-face in people's homes and in the appropriate national language. As far as the data capture is concerned, CAPI (*Computer Assisted Personal Interview*) was used in those countries where this technique was available.

ABBREVIATIONS	COUNTRIES	INSTITUTES	N° INTERVIEWS	FIELDWORK DATES	POPULATION 15+
BE	Belgium	TNS Dimarso	1.003	6/09/2006 1/10/2006	8.650.994
CZ	Czech Rep.	TNS Aisa	1.091	7/09/2006 26/09/2006	8.571.710
DK	Denmark	TNS Gallup DK	1.003	9/09/2006 10/10/2006	4.411.580
DE	Germany	TNS Infratest	1.525	8/09/2006 4/10/2006	64.361.608
EE	Estonia	Emor	1.000	8/09/2006 2/10/2006	887.094
EL	Greece	TNS ICAP	1.000	6/09/2006 3/10/2006	8.693.566
ES	Spain	TNS Demoscopia	1.003	6/09/2006 5/10/2006	37.024.972
FR	France	TNS Sofres	1.007	6/09/2006 30/09/2006	44.010.619
IE	Ireland	TNS MRBI	1.000	6/09/2006 10/10/2006	3.089.775
IT	Italy	TNS Abacus	1.006	7/09/2006 5/10/2006	48.892.559
CY	Rep. of Cyprus	Synovate	503	6/09/2006 1/10/2006	596.752
CY(tcc)	Turkish Cypriot Comm.	KADEM	500	7/09/2006 30/09/2006	157.101
LV	Latvia	TNS Latvia	1.015	8/09/2006 9/10/2006	1.418.596
LT	Lithuania	TNS Gallup Lithuania	1.000	6/09/2006 2/10/2006	2.803.661
LU	Luxembourg	TNS ILReS	500	6/09/2006 4/10/2006	374.097
HU	Hungary	TNS Hungary	1.005	6/09/2006 25/09/2006	8.503.379
MT	Malta	MISCO	500	7/09/2006 4/10/2006	321.114
NL	Netherlands	TNS NIPO	1.018	6/09/2006 5/10/2006	13.030.000
AT	Austria	Österreichisches Gallup-Institut	1.016	6/09/2006 5/10/2006	6.848.736
PL	Poland	TNS OBOP	1.000	9/09/2006 4/10/2006	31.967.880
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	995	6/09/2006 2/10/2006	8.080.915
SI	Slovenia	RM PLUS	1.031	6/09/2006 5/10/2006	1.720.137
SK	Slovakia	TNS AISA SK	1.023	13/09/2006 26/09/2006	4.316.438
FI	Finland	TNS Gallup Oy	1.000	7/09/2006 4/10/2006	4.348.676
SE	Sweden	TNS GALLUP	1.013	7/09/2006 2/10/2006	7.486.976
UK	United Kingdom	TNS UK	1.308	6/09/2006 7/10/2006	47.685.578
BG	Bulgaria	TNS BBSS	1.035	6/09/2006 20/09/2006	6.671.699
RO	Romania	TNS CSOP	1.047	7/09/2006 29/09/2006	18.173.179
HR	Croatia	Puls	1000	7/09/2006 27/09/2006	3.722.800
TR	Turkey	TNS PIAR	1005	6/09/2006 4/10/2006	47.583.830
TOTAL			29.152	6/09/2006 10/10/2006	444.406.021

For each country a comparison between the sample and the universe was carried out. The Universe description was derived from Eurostat population data or from national statistics offices. For all countries surveyed, a national weighting procedure, using marginal and intercellular weighting, was carried out based on this Universe description. In all countries, gender, age, region and size of locality were introduced in the iteration procedure. For international weighting (i.e. EU averages), TNS Opinion & Social applies the official population figures as provided by EUROSTAT or national statistic offices. The total population figures for input in this post-weighting procedure are listed above.

Readers are reminded that survey results are estimations, the accuracy of which, everything being equal, rests upon the sample size and upon the observed percentage. With samples of about 1,000 interviews, the real percentages vary within the following confidence limits:

Observed percentages	10% or 90%	20% or 80%	30% or 70%	40% or 60%	50%
Confidence limits	± 1.9 points	± 2.5 points	± 2.7 points	± 3.0 points	± 3.1 points

11.2 Fragebogen Eurobarometer 66.1

QA1	Würden Sie sagen, dass Sie, wenn Sie mit Freunden zusammen sind, politische Dinge häufig, gelegentlich oder niemals diskutieren?
-----	--

(150)

Häufig	1
Gelegentlich	2
Niemals	3
Weiß nicht	4

EB65.2 QA1

QA2	Kommt es vor, dass Sie Ihre Freunde, Ihre Verwandten oder Ihre Arbeitskollegen von einer Meinung überzeugen, auf die Sie großen Wert legen? Geschieht dies ...?
-----	---

VORLESEN

(151)

Häufig	1
Von Zeit zu Zeit	2
Selten	3
Nie	4
Weiß nicht	5

EB65.2 QA2

QA3	Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden? Würden Sie sagen, Sie sind -
-----	---

VORLESEN

(152)

Sehr zufrieden	1
Ziemlich zufrieden	2
Nicht sehr zufrieden	3
Überhaupt nicht zufrieden	4
Weiß nicht	5

EB65.2 QA3

QA4	Welche Erwartungen haben Sie für die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich bleiben, wenn Sie an folgende Dinge denken -
-----	--

	VORLESEN	Besser	Schlechter	Gleich bleiben	Weiß nicht
--	----------	--------	------------	----------------	------------

(153)	1	Ihr Leben im Allgemeinen	1	2	3	4
(154)	2	Die wirtschaftliche Situation in Österreich	1	2	3	4
(155)	3	Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes	1	2	3	4
(156)	4	Die Arbeitssituation in Österreich	1	2	3	4
(157)	5	Ihre persönliche Berufssituation	1	2	3	4

EB65.2 QA4

QA5	In der momentanen Zeit, würden Sie sagen, dass, allgemein gesehen, die Dinge in ... in die richtige oder in die falsche Richtung gehen?
-----	---

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Die Dinge gehen in die richtige Richtung	Die Dinge gehen in die falsche Richtung	Weder das eine noch das andere (SPONTAN)	Weiß nicht
--	----------	--	---	--	------------

(158)	1	Österreich	1	2	3	4
(159)	2	der Europäischen Union	1	2	3	4

EB65.1 QA14

QA6	Nun eine Frage über das Vertrauen, das Sie in bestimmte Institutionen haben. Ich lese Ihnen Institutionen vor und Sie sagen mir für jede einzelne, ob Sie ihr eher vertrauen oder ob Sie ihr eher nicht vertrauen.
-----	--

	VORLESEN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	Weiß nicht
--	----------	----------------	----------------------	------------

(160)	1	der Presse im Allgemeinen / Zeitungen / Zeitschriften	1	2	3
(161)	2	dem Radio	1	2	3
(162)	3	dem Fernsehen	1	2	3
(163)	4	dem Internet	1	2	3
(164)	5	der Justiz / dem österreichischen Rechtssystem	1	2	3
(165)	6	der Polizei	1	2	3
(166)	7	dem Bundesheer	1	2	3
(167)	8	den religiösen Institutionen	1	2	3
(168)	9	den Gewerkschaften	1	2	3
(169)	10	den politischen Parteien	1	2	3
(170)	11	der österreichischen Bundesregierung	1	2	3
(171)	12	dem österreichischen Nationalrat	1	2	3
(172)	13	der Europäischen Union	1	2	3
(173)	14	der UNO	1	2	3
(174)	15	Verbraucherorganisationen	1	2	3

EB65.2 QA10 (items 5, 11-14) - EB64.2 QA7 (items 1-3, 6-10)

QA7a	Allgemein gesehen, ist die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach ...?
------	---

VORLESEN

Eine gute Sache

(175)

1

Eine schlechte Sache	2
Weder gut noch schlecht	3
Weiß nicht	4

EB65.2 QA11a

QA8a	Hat Ihrer Meinung nach Österreich insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile oder ist das nicht der Fall?
------	--

(176)

Vorteile	1
Ist nicht der Fall	2
Weiß nicht	3

EB65.2 QA12a

QA9a	Es gibt große Meinungsverschiedenheiten über die Vor- und Nachteile für Österreich, zur Europäischen Union zu gehören. Ich werde Ihnen nun einige Bereiche vorlesen, und für jeden dieser Bereiche möchte ich gerne von Ihnen wissen, ob die Tatsache, dass Österreich Mitglied der Europäischen Union ist, eine sehr gute, ziemlich gute, ziemlich schlechte oder sehr schlechte Auswirkung hat?
------	---

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	sehr gute Auswirkung	ziemlich gute Auswirkung	ziemlich schlechte Auswirkung	sehr schlechte Auswirkung	Weiß nicht
--	----------	----------------------	--------------------------	-------------------------------	---------------------------	------------

(177)

(178)

(179)

(180)

(181)

(182)

1	Die Sicherheit unseres Landes	1	2	3	4	5
2	Unsere Wirtschaft	1	2	3	4	5
3	Unser Lebensstandard	1	2	3	4	5
4	Unsere Landwirtschaft	1	2	3	4	5
5	Unser Einfluss in der Welt	1	2	3	4	5
6	Beschäftigung in Österreich	1	2	3	4	5

EB64.2 QA10a TREND MODIFIED

QA7b bis QA9b NUR IN BG, RO, TR, HR und ZYP (Norden) - SONST WEITER ZU QA10

AN ALLE

QA10	Hat die Europäische Union im Allgemeinen für Sie ein sehr positives, ziemlich positives, ein neutrales, ein ziemlich negatives oder ein sehr negatives Image?
------	---

	(191)	
Sehr positiv		1
Ziemlich positiv		2
Neutral		3
Ziemlich negativ		4
Sehr negativ		5
Weiß nicht		6

EB65.2 QA13

QA11	Sind Sie persönlich für oder gegen die Entwicklung in Richtung einer Europäischen Politischen Union?
------	--

	(192)	
Dafür		1
Dagegen		2
Weiß nicht		3

EB64.2 QA12

QA12	Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.
------	---

	VORLESEN	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Weiß nicht
--	----------	----------------	----------------------	------------

(193)	1	Meine Stimme zählt in der Europäischen Union	1	2	3
	2	Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert	1	2	3
(194)					
(195)	3	Ich fühle mich stark in europäische Angelegenheiten eingebunden	1	2	3

EB64.2 QA15 - EB64.2 QA16 TREND MODIFIED (ITEM 3)

QA13a	Wie hoch ist Ihrer Meinung nach die gegenwärtige Geschwindigkeit des Aufbaus Europas? Bitte schauen Sie sich diese Männchen an. Nr. 1 steht still, Nr. 7 läuft, so schnell es kann. Welches Männchen entspricht Ihrer Meinung von der gegenwärtigen Geschwindigkeit des Aufbaus Europas am besten?
-------	--

QA13b	Und welches Männchen entspricht am besten der Geschwindigkeit, die Sie sich wünschen würden?
-------	--

SKALA VORLEGEN

	(196)	(197)
VORLESEN	QA13a	QA13b
	Gegenwärtige Geschwindigkeit	Gewünschte Geschwindigkeit
Steht still	1	1
	2	2
	3	3
	4	4
	5	5
	6	6

Läuft, so schnell es geht	7	7
Weiß nicht	8	8

EB64.2 QA17a&b

QA14	Stufen Sie bitte anhand dieser Skala ein, wie viel Sie über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Einrichtungen wissen. 1 bedeutet – weiß überhaupt nichts, 10 bedeutet – weiß sehr viel.
------	--

SKALA VORLEGEN

(198-199)

Weiß überhaupt nichts					Weiß sehr viel				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Weiß nicht

11

EB65.2 QA19

QA15	Wie oft suchen Sie nach Informationen über die Europäische Union, ihre Politik, ihre Institutionen?
------	---

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(200)

Häufig	1
Manchmal	2
Selten	3
Nie	4
Weiß nicht	5

NEW

QA16	Finden Sie, dass es einfach ist oder nicht, Informationen über die Europäische Union, ihre Politik, ihre Institutionen zu finden?
------	---

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(201)

Sehr einfach	1
Ziemlich einfach	2
Ziemlich schwierig	3
Sehr schwer	4
Weiß nicht	5

NEW

QA17	Wussten Sie, dass Sie das Recht haben, Zugang zu nicht veröffentlichten Dokumenten von Institutionen der Europäischen Union zu verlangen?
------	---

--

(202)

Ja	1
Nein	2

NEW

QA18	Haben Sie jemals etwas gehört über –
------	--------------------------------------

	VORLESEN	Ja	Nein	Weiß nicht
--	----------	----	------	------------

(203)	1	das Europaparlament	1	2	3
(204)	2	die Europäische Kommission	1	2	3
(205)	3	den Rat der Europäischen Union	1	2	3
(206)	4	den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften	1	2	3
(207)	5	den Europäischen Bürgerbeauftragten	1	2	3
(208)	6	die Europäische Zentralbank	1	2	3
(209)	7	den Europäischen Rechnungshof	1	2	3
(210)	8	den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union	1	2	3
(211)	9	den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union	1	2	3

EB65.2 QA23 (1-4, 6) - EB64.2 QA26 (5, 7-9)

QA19	Sagen Sie mir bitte für jede Körperschaft, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.
------	---

	VORLESEN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	Weiß nicht
--	----------	----------------	----------------------	------------

(212)	1	das Europaparlament	1	2	3
(213)	2	die Europäische Kommission	1	2	3
(214)	3	der Rat der Europäischen Union	1	2	3
(215)	4	den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften	1	2	3
(216)	5	den Europäischen Bürgerbeauftragten	1	2	3
(217)	6	die Europäische Zentralbank	1	2	3
(218)	7	den Europäischen Rechnungshof	1	2	3
(219)	8	den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union	1	2	3
(220)	9	den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union	1	2	3

EB65.2 QA25 (ITEMS 1-4, 6) - EB64.2 QA27 (ITEMS 5, 7-9)

QA20	Können Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union sagen, ob Sie glauben, dass sie richtig oder falsch ist?
------	--

	VORLESEN	Richtig	Falsch	Weiß nicht
--	----------	---------	--------	------------

(221)	1	Die Europäische Union besteht zur Zeit aus 15 Mitgliedsstaaten	1	2	3
(222)	2	Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern der Europäischen Union gewählt	1	2	3
(223)	3	Alle sechs Monate hat ein anderer Mitgliedsstaat die EU-Präsidentschaft inne	1	2	3

EB65.2 QA26 TREND MODIFIED

QA21a und QA21b NUR IN FI

QA21c bis QA22b NUR IN DE

AN ALLE

QA23	Welche sind Ihrer Meinung nach die zwei wichtigsten Themen, denen sich Österreich zur Zeit stellen muss?
------	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 2 ANTWORTEN

(252-267)

Kriminalität	1,
Wirtschaftliche Situation	2,
Steigende Preise, Inflation	3,
Besteuerung	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Landesverteidigung, Außenpolitik	7,
Wohnbau	8,
Einwanderung	9,
Gesundheitssystem	10,
Bildungs- und Ausbildungssystem	11,
Pensionen	12,
Umweltschutz	13,
Energiebezogene Themen	14,
Andere (SPONTAN)	15,
Weiß nicht	16,

EB65.2 QA28a TREND MODIFIED

QA24	Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden politischen Bereiche Ihrer Ansicht nach von der österreichischen Bundesregierung entschieden werden sollten und welche gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollten.
------	---

	VORLESEN - ROTIEREN	Entscheidungen durch die Bundesregierung	Entscheidungen gemeinsam innerhalb der EU	Weiß nicht
--	---------------------	--	---	------------

(268)	1	Bekämpfung der Kriminalität	1	2	3
(269)	2	Besteuerung	1	2	3
(270)	3	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	1	2	3
(271)	4	Bekämpfung des Terrorismus	1	2	3
(272)	5	Verteidigung und auswärtige Beziehungen	1	2	3
(273)	6	Einwanderung	1	2	3
(274)	7	Bildungs- und Ausbildungssystem	1	2	3
(275)	8	Pensionen	1	2	3
(276)	9	Schutz der Umwelt	1	2	3
(277)	10	Gesundheits- und Sozialwesen	1	2	3
(278)	11	Landwirtschaft und Fischerei	1	2	3
(279)	12	Konsumentenschutz	1	2	3
(280)	13	Wissenschaft und technologische Forschung	1	2	3
(281)	14	Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten	1	2	3
(282)	15	Energie	1	2	3
(283)	16	Wettbewerb	1	2	3

EB64.2 Q31 TREND MODIFIED

QA25	Was ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen Sie mir für jede einzelne Aussage, ob Sie dafür oder dagegen sind.
------	--

	VORLESEN - ROTIEREN	Dafür	Dagegen	Weiß nicht
(284)	1 Eine Europäische Währungsunion mit einer einheitlichen Währung, dem Euro	1	2	3
(285)	2 Eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegenüber anderen Ländern	1	2	3
(286)	3 Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union	1	2	3
(287)	4 Zusätzliche Erweiterungen der Europäischen Union durch weitere Länder in den kommenden Jahren	1	2	3
(288)	5 Eine Verfassung für die Europäische Union	1	2	3
(289)	6 Die Tatsache, dass der Aufbau Europas in einigen Ländern schneller vor sich geht als in anderen.	1	2	3

EB65.2 QA30

QA26	Von der folgenden Liste von Aktivitäten, können Sie mir bitte sagen, was für Sie die drei wichtigsten Aktivitäten sind, die die Europäische Union zuerst verfolgen sollte?
------	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 3 ANTWORTEN

(SPLIT A) Die Aufnahme neuer Mitgliedsländer	(290-307) 1,
(SPLIT B) Das Vorbereiten einer neuen EU-Erweiterung	2,
Näheres Eingehen auf die europäischen Bürger, z.B. indem man mehr Informationen über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Einrichtungen zur Verfügung stellt	3,

Erfolgreiche Einführung des Euro als einheitliche europäische Währung	4,
Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung	5,
Umweltschutz	6,
Konsumentenschutz und Qualitätsgarantie für Produkte	7,
Kampf gegen Arbeitslosigkeit	8,
Reform der Einrichtungen der Europäischen Union und ihrer Arbeitsweisen	9,
(SPLIT A) Kampf gegen organisierte Kriminalität und Drogenhandel	10,
(SPLIT B) Kampf gegen organisierte Kriminalität	11,
Weltweite Durchsetzung der politischen und diplomatischen Bedeutung der Europäischen Union	12,
Die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa	13,
Sicherstellung der Rechte des Einzelnen und der Wahrung der demokratischen Prinzipien in Europa	14,
Kampf gegen Terrorismus	15,
Kampf gegen illegale Einwanderung	16,
Sonstige (SPONTAN)	17,
Weiß nicht	18,

EB65.2 QA31 TREND MODIFIED

QA27	Sollten Ihrer Meinung nach Entscheidungen über die europäische Verteidigungspolitik von den nationalen Regierungen, von der NATO oder von der Europäischen Union getroffen werden?
------	--

(NUR EINE ANTWORT)

(308)

Von den nationalen Regierungen	1
Von der NATO	2
Von der Europäischen Union	3
Anderes (spontan)	4
Weiß nicht	5

EB64.2 QA35

QA28	Für welchen der folgenden Bereiche, glauben Sie, wird der Großteil des Budgets der Europäischen Union verwendet?
------	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(309)

Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	1
Landwirtschaft	2
Wissenschaftliche Forschung	3
Regionale Förderung	4
Außenpolitik und Hilfe für Länder außerhalb der Europäischen Union	5
Kosten für Verwaltung und Personal, Gebäude	6
Anderes (SPONTAN)	7
Weiß nicht	8

EB64.2 QA37

QA29a	Ihrer Meinung nach, würden Sie sagen, dass die Vereinigten Staaten (USA) eher eine positive Rolle, eine negative Rolle oder weder eine positive noch eine negative Rolle spielen, hinsichtlich -
-------	--

	VORLESEN	Positiv	Negativ	Weder positiv noch negativ	Weiß nicht
--	----------	---------	---------	----------------------------	------------

(310)	1	Des Friedens auf der Welt	1	2	3	4
(311)	2	Des Kampfes gegen Terrorismus	1	2	3	4
(312)	3	Des Weltwirtschaftswachstums	1	2	3	4
(313)	4	Der Bekämpfung der Armut auf der Welt	1	2	3	4
(314)	5	Des Umweltschutzes	1	2	3	4

EB64.2 QA38a

QA29b	Und Ihrer Meinung nach, würden Sie sagen, dass die Europäische Union eher eine positive Rolle, eine negative Rolle oder weder eine positive noch eine negative Rolle spielt, hinsichtlich -
-------	---

	VORLESEN	Positiv	Negativ	Weder positiv noch negativ	Weiß nicht
--	----------	---------	---------	----------------------------	------------

(315)	1	Des Friedens auf der Welt	1	2	3	4
(316)	2	Des Kampfes gegen Terrorismus	1	2	3	4
(317)	3	Des Weltwirtschaftswachstums	1	2	3	4
(318)	4	Der Bekämpfung der Armut auf der Welt	1	2	3	4
(319)	5	Des Umweltschutzes	1	2	3	4

EB64.2 QA38b

QA30	Haben Sie schon einmal erlebt, dass Sie sich nicht nur als Österreicher, sondern auch als Europäer fühlen? Passiert das häufig, manchmal oder nie?
------	--

NUR EINE ANTWORT

	(320)
Häufig	1
Manchmal	2
Nie	3
Weiß nicht	4

EB64.2 QA39

QA31	Würden Sie sagen, Sie sind sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz, ein(e) *?NATIONALITY zu sein?
------	---

NATIONALITÄT WIE IN FRAGE 1 ANGEGBEN - NUR EINE ANTWORT

(321)

Sehr stolz	1
Ziemlich stolz	2
Nicht sehr stolz	3
Überhaupt nicht stolz	4
Weiß nicht	5

EB64.2 QA41

QA32	Und würden Sie sagen, Sie sind sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz, ein(e) Europäer(in) zu sein?
------	--

NUR EINE ANTWORT

(322)

Sehr stolz	1
Ziemlich stolz	2
Nicht sehr stolz	3
Überhaupt nicht stolz	4
Ich fühle mich nicht als Europäer(in)	5
Weiß nicht	6

EB64.2 QA42

QA33	Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Länder, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass es Teil der Europäischen Union wird.
------	---

ROTIEREN

	VORLESEN	Dafür	Dagegen	Weiß nicht
--	----------	-------	---------	------------

(323)	1	Schweiz	1	2	3
(324)	2	Norwegen	1	2	3
(325)	3	Bosnien-Herzegowina	1	2	3
(326)	4	Kroatien	1	2	3
(327)	5	Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	1	2	3
(328)	6	Serbien	1	2	3
(329)	7	Montenegro	1	2	3
(330)	8	Island	1	2	3
(331)	9	Albanien	1	2	3
(332)	10	Bulgarien	1	2	3
(333)	11	Rumänien	1	2	3
(334)	12	Ukraine	1	2	3
(335)	13	Türkei	1	2	3

EB64.2 QA44 TREND MODIFIED

QA34	Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
------	---

LISTE VORLEGEN

		Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
--	--	----------------	----------------	----------------------	---------------------------	------------

(336)	1	Die Türkei gehört aufgrund ihrer Geografie teilweise zu Europa	1	2	3	4	5
	2	Die Türkei gehört aufgrund ihrer Geschichte teilweise zu Europa	1	2	3	4	5
(337)	3	Ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union würde die Sicherheit in dieser Region stärken	1	2	3	4	5
(338)	4	Die kulturellen Unterschiede zwischen der Türkei und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind zu tief greifend, um der EU beitreten zu können	1	2	3	4	5
	5	Ein Beitritt der Türkei würde das Verjüngen einer alternden europäischen Bevölkerung begünstigen	1	2	3	4	5
(339)	6	Ein Beitritt der Türkei könnte die Gefahr einer stärkeren Einwanderung in die am weitesten entwickelten Länder der Europäischen Union mit sich bringen	1	2	3	4	5
(340)	7	Um der Europäischen Union in ungefähr zehn Jahren beitreten zu können, muss die Türkei die Menschenrechte systematisch respektieren	1	2	3	4	5
	8	Um der Europäischen Union in ungefähr zehn Jahren beitreten zu können, muss die Türkei den Zustand ihrer Wirtschaft deutlich verbessern	1	2	3	4	5
(341)							
(342)							
(343)							

EB64.2 QA45 TREND MODIFIED

QA35 NICHT FRAGEN IN ES, EL, IT, SI, H, LU, ZYP, MT, SK, LV, AT, DE, LT, BE und EE - DIESE GEHEN ZU QA36

AN ALLE

QA36	Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Wenn alle Mitgliedsstaaten den Vertrag über eine Verfassung für Europa annehmen, macht es die Europäische Union ...
------	---

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
--	----------	----------------	----------------	----------------------	---------------------------	------------

(345)	1	Demokratischer	1	2	3	4	5
(346)	2	Effizienter	1	2	3	4	5
(347)	3	Transparenter	1	2	3	4	5
(348)	4	Stärker in der Welt	1	2	3	4	5
	5	Wirtschaftlich wettbewerbsfähiger	1	2	3	4	5
(349)							
(350)	6	Sozialer	1	2	3	4	5

EB65.2 QB3 (ITEMS 1-3) EB65.2 QB4 (ITEMS 4-6)

QA37 NUR IN EU25 FRAGEN - SONST WEITER ZU QA38

QA37	15 Länder haben die europäische Verfassung ratifiziert, aber Frankreich und die Niederlande haben mit "Nein" gestimmt. Welche der folgenden Aussagen beschreibt am besten Ihre Sichtweise?
------	--

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(351)

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollten im Ratifikationsprozess über die europäische Verfassung fortfahren	1
Die europäische Verfassung sollte neu verhandelt werden	2
Die europäische Verfassung sollte fallen gelassen werden	3
Weiß nicht	4

EB65.2 QB5 TREND MODIFIED

AN ALLE

QA38	Welche der beiden folgenden Aussagen beschreibt am besten Ihre Sichtweise?
------	--

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(352)

Eine europäische Verfassung ist notwendig, um zu gewährleisten, dass die europäischen Institutionen gut funktionieren	1
---	---

Eine europäische Verfassung ist nicht notwendig, um zu gewährleisten, dass die europäischen Institutionen gut funktionieren
Weiß nicht

2
3

EB64.2 QA50

--

QA39 Bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach vor, hinter oder gleichauf mit den Vereinigten Staaten liegt.

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Vor	Hinter	Gleichauf	Weiß nicht
(353)	1 Wissenschaftliche Forschung	1	2	3	4
(354)	2 Medizinische Forschung	1	2	3	4
(355)	3 Umweltschutz	1	2	3	4
(356)	4 Innovative Technologien	1	2	3	4
(357)	5 Gesundheitssystem	1	2	3	4
(358)	6 Bildung	1	2	3	4
(359)	7 Bekämpfung sozialer Ungleichheiten	1	2	3	4
(360)	8 Bekämpfung von Arbeitslosigkeit	1	2	3	4
(361)	9 Bekämpfung von Diskriminierung	1	2	3	4
(362)	10 Unternehmensgründung	1	2	3	4

EB64.2 QA53

QA40 Der Binnenmarkt erhöhte den Wettbewerb in einer Vielzahl von Bereichen wie zum Beispiel Verkehr, Telekommunikation, Banken und Versicherungen. Generell gesehen würden Sie sagen, dass dies einen ... Effekt hat?

(VORLESEN - NUR EINE ANTWORT MÖGLICH)

	(363)
Sehr positiven	1
Ziemlich positiven	2
Ziemlich negativen	3
Sehr negativen	4
Weder negativen noch positiven (SPONTAN)	5
Weiß nicht	6

EB64.2 QA54

--

QA41 Verglichen mit vor 10 Jahren, glauben Sie, dass, aufgrund des Binnenmarktes, die internationale Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen heute besser, schlechter oder gleich ist?

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

	(364)
Besser	1
Schlechter	2

Gleich	3
Weiß nicht	4

NEW

QA42	Können Sie mir bitte für jede der folgenden Errungenschaften der Europäischen Union sagen, ob Sie davon profitiert haben oder nicht?
------	--

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Ja	Nein	Weiß nicht
--	----------	----	------	------------

(365)	1	Die gemeinsame Währung, der Euro	1	2	3
(366)	2	Eine größere Auswahl an Gütern aus anderen EU-Ländern	1	2	3
(367)	3	Die Rechte als EU-Bürger	1	2	3
(368)	4	Keine\Weniger Grenzkontrollen beim Reisen	1	2	3
(369)	5	Arbeiten oder Studieren in einem anderen EU-Land	1	2	3
(370)	6	Konsumentenrechte	1	2	3
(371)	7	Das Recht, einen Fall vor den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften zu bringen	1	2	3

NEW

QA43	Welcher der beiden folgenden Vorschläge kommt Ihrer Meinung bezüglich der Globalisierung am nächsten?
------	---

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(372)

Globalisierung stellt dank der Erschließung neuer Märkte eine gute Gelegenheit für österreichische Unternehmen dar	1
Globalisierung stellt eine Bedrohung für Beschäftigung und Firmen in Österreich dar	2
Weiß nicht	3

EB65.1 QA17

QA44	Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche sagen, ob Sie glauben, dass die Globalisierung einen eher positiven oder eher negativen Einfluss darauf hat?
------	--

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Eher positiver Einfluss	Eher negativer Einfluss	Kein Einfluss (SPONTAN)	Weiß nicht
--	----------	-------------------------	-------------------------	-------------------------	------------

(373)	1	Wirtschaftliches Wachstum in Österreich	1	2	3	4
(374)	2	Solidarität zwischen Staaten	1	2	3	4
(375)	3	Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt	1	2	3	4
(376)	4	Demokratie auf weltweiter Ebene	1	2	3	4
(377)	5	Qualität der öffentlichen Dienste	1	2	3	4
(378)	6	Ungleichheiten zwischen Staaten	1	2	3	4
(379)	7	Beschäftigung in Österreich	1	2	3	4
(380)	8	Umwelt	1	2	3	4
(381)	9	Gesundheit	1	2	3	4

NEW

QA45a AN SPLIT A - SONST WEITER ZU QA45b

QA45a In welchem Ausmaß stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu: Die Europäische Union hilft uns beim Schutz vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung.

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(382)

Stimme voll zu	1
Stimme eher zu	2
Stimme eher nicht zu	3
Stimme überhaupt nicht zu	4
Weiß nicht	5

EB64.2 QA56 FILTER + TREND MODIFIED

Q45b AN SPLIT B - SONST WEITER ZU QA46

QA45b In welchem Ausmaß stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu: Die Europäische Union ermöglicht es den europäischen Bürgern, besser von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren.

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(383)

Stimme voll zu	1
Stimme eher zu	2
Stimme eher nicht zu	3
Stimme überhaupt nicht zu	4
Weiß nicht	5

NEW

AN ALLE

QA46	Welche der folgenden Vorschläge würden Sie bevorzugen, um die Leistung der europäischen Wirtschaft zu verbessern?
------	---

VORLESEN - MAX. 3 ANTWORTEN

(384-391)

Erhöhung der gesetzlichen Anzahl der Arbeitsstunden	1,
Verbesserung der Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung	2,
Investition in Forschung und Innovation	3,
Vereinfachung der Unternehmensgründung	4,
Wirkungsvollerer Gebrauch der Energie	5,
Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur (Autobahnen, Bahnstrecken etc.)	6,
Andere (SPONTAN)	7,
Weiß nicht	8,

EB65.2 QC5

QA47	Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser ... ?
------	--

SKALA VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Voll zustimmen	Eher zustimmen	Eher nicht zustimmen	Überhaupt nicht zustimmen	Weiß nicht
--	----------	-------------------	-------------------	-------------------------	------------------------------	---------------

(392)	1	Der Staat mischt sich zu sehr in unser Leben ein	1	2	3	4	5
(393)	2	Wir brauchen mehr Gleichheit (Gleichberechtigung) und Gerechtigkeit, auch wenn dies weniger Freiheit für den Einzelnen bedeutet	1	2	3	4	5
(394)	3	Heutzutage gibt es zu viel Toleranz. Kriminelle sollten strenger bestraft werden	1	2	3	4	5
(395)	4	Bürger sollten aktiver an der österreichischen Politik teilnehmen	1	2	3	4	5
(396)	5	Einwanderer tragen viel für Österreich bei	1	2	3	4	5
(397)	6	(SPLIT A) Wirtschaftliches Wachstum sollte in Österreich Vorrang haben, auch wenn es die Umwelt beeinträchtigt	1	2	3	4	5

(398)	7	(SPLIT B) Umweltschutz sollte in Österreich Vorrang haben, auch wenn es das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigt	1	2	3	4	5
(399)	8	Freier Wettbewerb ist die beste Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand	1	2	3	4	5
(400)	9	Religion spielt in unserer Gesellschaft eine zu große Rolle	1	2	3	4	5
(401)	10	Privater Konsum von Cannabis sollte in ganz Europa legalisiert werden	1	2	3	4	5
(402)	11	Gleichgeschlechtliche Ehen sollten in ganz Europa erlaubt werden	1	2	3	4	5
(403)	12	Adoptionen durch gleichgeschlechtliche Paare sollten in ganz Europa zugelassen werden	1	2	3	4	5
(404)	13	Der Freizeit sollte mehr Bedeutung beigemessen werden als der Arbeit	1	2	3	4	5

EB60.1 Q37 TREND MODIFIED

QA48a Und was von dieser Liste sind für Sie persönlich die drei wichtigsten Werte?

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 3 ANTWORTEN

Rechtsstaatlichkeit	(405-418)	1,
Respekt für menschliches Leben		2,
Menschenrechte		3,
Persönliche Freiheit		4,
Demokratie		5,
Frieden		6,
Gleichheit (Gleichberechtigung)		7,
Solidarität, Unterstützung für andere		8,
Toleranz		9,
Religion		10,
Selbstverwirklichung		11,
Respekt für andere Kulturen		12,
Keine von diesen (SPONTAN)		13,
Weiß nicht		14,

EB60.1 Q36a

QA48b Welche drei der folgenden Werte stehen am besten für die Europäische Union?

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 3 ANTWORTEN

(419-432)

Rechtsstaatlichkeit	1,
Respekt für menschliches Leben	2,
Menschenrechte	3,
Persönliche Freiheit	4,
Demokratie	5,
Frieden	6,
Gleichheit (Gleichberechtigung)	7,
Solidarität, Unterstützung für andere	8,
Toleranz	9,
Religion	10,
Selbstverwirklichung	11,
Respekt für andere Kulturen	12,
Keine von diesen (SPONTAN)	13,
Weiß nicht	14,

EB60.1 Q36b TREND SLIGHTLY MODIFIED

QA49 Ihrer Meinung nach, in Bezug auf die gemeinsamen Werte, sind sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ... ?

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(433)

Sehr nahe	1
Ziemliche nahe	2
Ziemlich fern	3
Sehr fern	4
Weiß nicht	5

NEW

QA50 Welche beiden der folgenden Punkte würden Sie, wenn überhaupt, als am meisten hilfreich für die Zukunft Europas betrachten?

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 2 ANTWORTEN

(434-442)

Eine gemeinsame Sprache	1,
Genau festgelegte Außengrenzen der EU	2,
Die Einführung des Euro in allen EU-Ländern	3,
Vergleichbare Lebensstandards	4,
Eine gemeinsame Armee	5,
Eine gemeinsame Verfassung	6,
Keiner von diesen (SPONTAN)	7,
Andere (SPONTAN - ANGEBEN)	8,

Weiß nicht

9,

EB65.1 QA11

QA51 Wie würden Sie die momentane Situation in den folgenden Bereichen beurteilen?

LISTE VORLEGEN

	VORLESEN	Sehr gut	Eher gut	Eher schlecht	Sehr schlecht	Weiß nicht
(443)	1 Die Situation der österreichischen Wirtschaft	1	2	3	4	5
(444)	2 Die Situation der europäischen Wirtschaft	1	2	3	4	5
(445)	3 Die Beschäftigungssituation in Österreich	1	2	3	4	5
(446)	4 Die Situation der Umwelt in Österreich	1	2	3	4	5
(447)	5 Die soziale Wohlfahrtssituation in Österreich	1	2	3	4	5

EB63.4 QD1 TREND MODIFIED

QA52 Würden Sie sagen, Sie sind sehr interessiert, ziemlich interessiert, nicht sehr interessiert oder gar nicht interessiert an...?

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	sehr interessiert	ziemlich interessiert	nicht sehr interessiert	gar nicht interessiert	Weiß nicht
(448)	1 innerstaatlichen Angelegenheiten	1	2	3	4	5
(449)	2 europäischen Angelegenheiten	1	2	3	4	5

EB65.1 QA24

QA1 Würden Sie sagen, dass Sie, wenn Sie mit Freunden zusammen sind, politische Dinge häufig, gelegentlich oder niemals diskutieren?

(150)

Häufig	1
Gelegentlich	2
Niemals	3
Weiß nicht	4

EB65.2 QA1

QA2	Kommt es vor, dass Sie Ihre Freunde, Ihre Verwandten oder Ihre Arbeitskollegen von einer Meinung überzeugen, auf die Sie großen Wert legen? Geschieht dies ...?
-----	---

VORLESEN

(151)

Häufig	1
Von Zeit zu Zeit	2
Selten	3
Nie	4
Weiß nicht	5

EB65.2 QA2

QA3	Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden? Würden Sie sagen, Sie sind -
-----	---

VORLESEN

(152)

Sehr zufrieden	1
Ziemlich zufrieden	2
Nicht sehr zufrieden	3
Überhaupt nicht zufrieden	4
Weiß nicht	5

EB65.2 QA3

QA4	Welche Erwartungen haben Sie für die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich bleiben, wenn Sie an folgende Dinge denken -
-----	--

	VORLESEN	Besser	Schlechter	Gleich bleiben	Weiß nicht
--	----------	--------	------------	----------------	------------

(153)	1	Ihr Leben im Allgemeinen	1	2	3	4
(154)	2	Die wirtschaftliche Situation in Österreich	1	2	3	4
(155)	3	Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes	1	2	3	4
(156)	4	Die Arbeitssituation in Österreich	1	2	3	4
(157)	5	Ihre persönliche Berufssituation	1	2	3	4

EB65.2 QA4

QA5	In der momentanen Zeit, würden Sie sagen, dass, allgemein gesehen, die Dinge in ... in die richtige oder in die falsche Richtung gehen?
-----	---

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Die Dinge gehen in die richtige Richtung	Die Dinge gehen in die falsche Richtung	Weder das eine noch das andere (SPONTAN)	Weiß nicht
--	----------	--	---	--	------------

(158)	1	Österreich	1	2	3	4
(159)	2	der Europäischen Union	1	2	3	4

EB65.1 QA14

QA6	Nun eine Frage über das Vertrauen, das Sie in bestimmte Institutionen haben. Ich lese Ihnen Institutionen vor und Sie sagen mir für jede einzelne, ob Sie ihr eher vertrauen oder ob Sie ihr eher nicht vertrauen.
-----	--

	VORLESEN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	Weiß nicht
--	----------	----------------	----------------------	------------

(160)	1	der Presse im Allgemeinen / Zeitungen / Zeitschriften	1	2	3
(161)	2	dem Radio	1	2	3
(162)	3	dem Fernsehen	1	2	3
(163)	4	dem Internet	1	2	3
(164)	5	der Justiz / dem österreichischen Rechtssystem	1	2	3
(165)	6	der Polizei	1	2	3
(166)	7	dem Bundesheer	1	2	3
(167)	8	den religiösen Institutionen	1	2	3
(168)	9	den Gewerkschaften	1	2	3
(169)	10	den politischen Parteien	1	2	3
(170)	11	der österreichischen Bundesregierung	1	2	3
(171)	12	dem österreichischen Nationalrat	1	2	3
(172)	13	der Europäischen Union	1	2	3
(173)	14	der UNO	1	2	3
(174)	15	Verbraucherorganisationen	1	2	3

EB65.2 QA10 (items 5, 11-14) - EB64.2 QA7 (items 1-3, 6-10)

QA7a	Allgemein gesehen, ist die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach ...?
------	---

VORLESEN

		(175)
Eine gute Sache		1
Eine schlechte Sache		2
Weder gut noch schlecht		3
Weiß nicht		4

EB65.2 QA11a

QA8a	Hat Ihrer Meinung nach Österreich insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile oder ist das nicht der Fall?
------	--

		(176)
Vorteile		1
Ist nicht der Fall		2
Weiß nicht		3

EB65.2 QA12a

--

QA9a	Es gibt große Meinungsverschiedenheiten über die Vor- und Nachteile für Österreich, zur Europäischen Union zu gehören. Ich werde Ihnen nun einige Bereiche vorlesen, und für jeden dieser Bereiche möchte ich gerne von Ihnen wissen, ob die Tatsache, dass Österreich Mitglied der Europäischen Union ist, eine sehr gute, ziemlich gute, ziemlich schlechte oder sehr schlechte Auswirkung hat?
------	---

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	sehr gute Auswirkung	ziemlich gute Auswirkung	ziemlich schlechte Auswirkung	sehr schlechte Auswirkung	Weiß nicht
(177)	1 Die Sicherheit unseres Landes	1	2	3	4	5
(178)	2 Unsere Wirtschaft	1	2	3	4	5
(179)	3 Unser Lebensstandard	1	2	3	4	5
(180)	4 Unsere Landwirtschaft	1	2	3	4	5
(181)	5 Unser Einfluss in der Welt	1	2	3	4	5
(182)	6 Beschäftigung in Österreich	1	2	3	4	5

EB64.2 QA10a TREND MODIFIED

QA7b bis QA9b NUR IN BG, RO, TR, HR und ZYP (Norden) - SONST WEITER ZU QA10

AN ALLE

--

QA10	Hat die Europäische Union im Allgemeinen für Sie ein sehr positives, ziemlich positives, ein neutrales, ein ziemlich negatives oder ein sehr negatives Image?
------	---

--

	(191)
Sehr positiv	1
Ziemlich positiv	2
Neutral	3
Ziemlich negativ	4
Sehr negativ	5
Weiß nicht	6

EB65.2 QA13

QA11	Sind Sie persönlich für oder gegen die Entwicklung in Richtung einer Europäischen Politischen Union?
------	--

(192)

Dafür	1
Dagegen	2
Weiß nicht	3

EB64.2 QA12

QA12	Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.
------	---

	VORLESEN	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Weiß nicht
--	----------	----------------	----------------------	------------

(193)	1	Meine Stimme zählt in der Europäischen Union	1	2	3
(194)	2	Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert	1	2	3
(195)	3	Ich fühle mich stark in europäische Angelegenheiten eingebunden	1	2	3

EB64.2 QA15 - EB64.2 QA16 TREND MODIFIED (ITEM 3)

QA13a	Wie hoch ist Ihrer Meinung nach die gegenwärtige Geschwindigkeit des Aufbaus Europas? Bitte schauen Sie sich diese Männchen an. Nr. 1 steht still, Nr. 7 läuft, so schnell es kann. Welches Männchen entspricht Ihrer Meinung von der gegenwärtigen Geschwindigkeit des Aufbaus Europas am besten?
-------	--

QA13b	Und welches Männchen entspricht am besten der Geschwindigkeit, die Sie sich wünschen würden?
-------	--

SKALA VORLEGEN

VORLESEN	(196)	(197)
	QA13a Gegenwärtige Geschwindigkeit	QA13b Gewünschte Geschwindigkeit
Steht still	1	1
	2	2
	3	3
	4	4
	5	5
	6	6
Läuft, so schnell es geht	7	7
Weiß nicht	8	8

EB64.2 QA17a&b

QA14	Stufen Sie bitte anhand dieser Skala ein, wie viel Sie über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Einrichtungen wissen. 1 bedeutet – weiß überhaupt nichts, 10 bedeutet – weiß sehr viel.
------	--

SKALA VORLEGEN

(198-199)

Weiß überhaupt nichts					Weiß sehr viel					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	

Weiß nicht

11

EB65.2 QA19

QA15	Wie oft suchen Sie nach Informationen über die Europäische Union, ihre Politik, ihre Institutionen?
------	---

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(200)

Häufig	1
Manchmal	2
Selten	3
Nie	4
Weiß nicht	5

NEW

QA16	Finden Sie, dass es einfach ist oder nicht, Informationen über die Europäische Union, ihre Politik, ihre Institutionen zu finden?
------	---

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(201)

Sehr einfach	1
Ziemlich einfach	2
Ziemlich schwierig	3
Sehr schwer	4
Weiß nicht	5

NEW

QA17	Wussten Sie, dass Sie das Recht haben, Zugang zu nicht veröffentlichten Dokumenten von Institutionen der Europäischen Union zu verlangen?
------	---

(202)

Ja	1
Nein	2

NEW

QA18	Haben Sie jemals etwas gehört über –
------	--------------------------------------

	VORLESEN	Ja	Nein	Weiß nicht
--	----------	----	------	------------

(203)	1	das Europaparlament	1	2	3
(204)	2	die Europäische Kommission	1	2	3
(205)	3	den Rat der Europäischen Union	1	2	3
(206)	4	den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften	1	2	3
(207)	5	den Europäischen Bürgerbeauftragten	1	2	3
(208)	6	die Europäische Zentralbank	1	2	3
(209)	7	den Europäischen Rechnungshof	1	2	3
(210)	8	den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union	1	2	3
(211)	9	den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union	1	2	3

EB65.2 QA23 (1-4, 6) - EB64.2 QA26 (5, 7-9)

QA19	Sagen Sie mir bitte für jede Körperschaft, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.
------	---

	VORLESEN	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	Weiß nicht
--	----------	----------------	----------------------	------------

(212)	1	das Europaparlament	1	2	3
(213)	2	die Europäische Kommission	1	2	3
(214)	3	der Rat der Europäischen Union	1	2	3
(215)	4	den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften	1	2	3
(216)	5	den Europäischen Bürgerbeauftragten	1	2	3
(217)	6	die Europäische Zentralbank	1	2	3
(218)	7	den Europäischen Rechnungshof	1	2	3
(219)	8	den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union	1	2	3
(220)	9	den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union	1	2	3

EB65.2 QA25 (ITEMS 1-4, 6) - EB64.2 QA27 (ITEMS 5, 7-9)

QA20	Können Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union sagen, ob Sie glauben, dass sie richtig oder falsch ist?
------	--

	VORLESEN	Richtig	Falsch	Weiß nicht
--	----------	---------	--------	------------

(221)	1	Die Europäische Union besteht zur Zeit aus 15 Mitgliedsstaaten	1	2	3
(222)	2	Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern der Europäischen Union gewählt	1	2	3
(223)	3	Alle sechs Monate hat ein anderer Mitgliedsstaat die EU-Präsidentschaft inne	1	2	3

EB65.2 QA26 TREND MODIFIED

QA21a und QA21b NUR IN FI

QA21c bis QA22b NUR IN DE

AN ALLE

QA23	Welche sind Ihrer Meinung nach die zwei wichtigsten Themen, denen sich Österreich zur Zeit stellen muss?
------	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 2 ANTWORTEN

(252-267)

Kriminalität	1,
Wirtschaftliche Situation	2,
Steigende Preise, Inflation	3
Besteuerung	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Landesverteidigung, Außenpolitik	7,
Wohnbau	8,
Einwanderung	9,
Gesundheitssystem	10,
Bildungs- und Ausbildungssystem	11,
Pensionen	12,
Umweltschutz	13,
Energiebezogene Themen	14,
Andere (SPONTAN)	15,
Weiß nicht	16,

EB65.2 QA28a TREND MODIFIED

QA24	Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden politischen Bereiche Ihrer Ansicht nach von der österreichischen Bundesregierung entschieden werden sollten und welche gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollten.
------	---

	VORLESEN - ROTIEREN	Entscheidungen durch die Bundesregierung	Entscheidungen gemeinsam innerhalb der EU	Weiß nicht
--	---------------------	--	---	------------

(268)	1	Bekämpfung der Kriminalität	1	2	3
(269)	2	Besteuerung	1	2	3
(270)	3	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	1	2	3
(271)	4	Bekämpfung des Terrorismus	1	2	3
(272)	5	Verteidigung und auswärtige Beziehungen	1	2	3
(273)	6	Einwanderung	1	2	3
(274)	7	Bildungs- und Ausbildungssystem	1	2	3
(275)	8	Pensionen	1	2	3
(276)	9	Schutz der Umwelt	1	2	3
(277)	10	Gesundheits- und Sozialwesen	1	2	3
(278)	11	Landwirtschaft und Fischerei	1	2	3

(279)	12	Konsumentenschutz	1	2	3
(280)	13	Wissenschaft und technologische Forschung	1	2	3
(281)	14	Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten	1	2	3
(282)	15	Energie	1	2	3
(283)	16	Wettbewerb	1	2	3

EB64.2 Q31 TREND MODIFIED

QA25	Was ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen Sie mir für jede einzelne Aussage, ob Sie dafür oder dagegen sind.
------	--

	VORLESEN - ROTIEREN	Dafür	Dagegen	Weiß nicht
--	---------------------	-------	---------	------------

(284)	1	Eine Europäische Währungsunion mit einer einheitlichen Währung, dem Euro	1	2	3
(285)	2	Eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegenüber anderen Ländern	1	2	3
(286)	3	Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union	1	2	3
(287)	4	Zusätzliche Erweiterungen der Europäischen Union durch weitere Länder in den kommenden Jahren	1	2	3
(288)	5	Eine Verfassung für die Europäische Union	1	2	3
(289)	6	Die Tatsache, dass der Aufbau Europas in einigen Ländern schneller vor sich geht als in anderen.	1	2	3

EB65.2 QA30

QA26	Von der folgenden Liste von Aktivitäten, können Sie mir bitte sagen, was für Sie die drei wichtigsten Aktivitäten sind, die die Europäische Union zuerst verfolgen sollte?
------	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 3 ANTWORTEN

(SPLIT A) Die Aufnahme neuer Mitgliedsländer	(290-307)	1,
(SPLIT B) Das Vorbereiten einer neuen EU-Erweiterung		2,
Näheres Eingehen auf die europäischen Bürger, z.B. indem man mehr Informationen über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Einrichtungen zur Verfügung stellt		3,
Erfolgreiche Einführung des Euro als einheitliche europäische Währung		4,
Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung		5,
Umweltschutz		6,
Konsumentenschutz und Qualitätsgarantie für Produkte		7,
Kampf gegen Arbeitslosigkeit		8,
Reform der Einrichtungen der Europäischen Union und ihrer Arbeitsweisen		9,
(SPLIT A) Kampf gegen organisierte Kriminalität und Drogenhandel		10,
(SPLIT B) Kampf gegen organisierte Kriminalität		11,

Weltweite Durchsetzung der politischen und diplomatischen Bedeutung der Europäischen Union	12,
Die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa	13,
Sicherstellung der Rechte des Einzelnen und der Wahrung der demokratischen Prinzipien in Europa	14,
Kampf gegen Terrorismus	15,
Kampf gegen illegale Einwanderung	16,
Sonstige (SPONTAN)	17,
Weiß nicht	18,

EB65.2 QA31 TREND MODIFIED

--

QA27	Sollten Ihrer Meinung nach Entscheidungen über die europäische Verteidigungspolitik von den nationalen Regierungen, von der NATO oder von der Europäischen Union getroffen werden?
------	--

(NUR EINE ANTWORT)

(308)

Von den nationalen Regierungen	1
Von der NATO	2
Von der Europäischen Union	3
Anderes (spontan)	4
Weiß nicht	5

EB64.2 QA35

QA28	Für welchen der folgenden Bereiche, glauben Sie, wird der Großteil des Budgets der Europäischen Union verwendet?
------	--

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(309)

Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	1
Landwirtschaft	2
Wissenschaftliche Forschung	3
Regionale Förderung	4
Außenpolitik und Hilfe für Länder außerhalb der Europäischen Union	5
Kosten für Verwaltung und Personal, Gebäude	6
Anderes (SPONTAN)	7
Weiß nicht	8

EB64.2 QA37

QA29a	Ihrer Meinung nach, würden Sie sagen, dass die Vereinigten Staaten (USA) eher eine positive Rolle, eine negative Rolle oder weder eine positive noch eine negative Rolle spielen, hinsichtlich -
-------	--

	VORLESEN	Positiv	Negativ	Weder positiv noch negativ	Weiß nicht

(310)	1	Des Friedens auf der Welt	1	2	3	4
-------	---	---------------------------	---	---	---	---

(311)	2	Des Kampfes gegen Terrorismus	1	2	3	4
(312)	3	Des Weltwirtschaftswachstums	1	2	3	4
(313)	4	Der Bekämpfung der Armut auf der Welt	1	2	3	4
(314)	5	Des Umweltschutzes	1	2	3	4

EB64.2 QA38a

QA29b	Und Ihrer Meinung nach, würden Sie sagen, dass die Europäische Union eher eine positive Rolle, eine negative Rolle oder weder eine positive noch eine negative Rolle spielt, hinsichtlich -
-------	---

	VORLESEN	Positiv	Negativ	Weder positiv noch negativ	Weiß nicht
--	----------	---------	---------	----------------------------	------------

(315)	1	Des Friedens auf der Welt	1	2	3	4
(316)	2	Des Kampfes gegen Terrorismus	1	2	3	4
(317)	3	Des Weltwirtschaftswachstums	1	2	3	4
(318)	4	Der Bekämpfung der Armut auf der Welt	1	2	3	4
(319)	5	Des Umweltschutzes	1	2	3	4

EB64.2 QA38b

QA30	Haben Sie schon einmal erlebt, dass Sie sich nicht nur als Österreicher, sondern auch als Europäer fühlen? Passiert das häufig, manchmal oder nie?
------	--

NUR EINE ANTWORT

	(320)
Häufig	1
Manchmal	2
Nie	3
Weiß nicht	4

EB64.2 QA39

QA31	Würden Sie sagen, Sie sind sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz, ein(e) *?NATIONALITY zu sein?
------	---

NATIONALITÄT WIE IN FRAGE 1 ANGEGBEN - NUR EINE ANTWORT

	(321)
Sehr stolz	1
Ziemlich stolz	2
Nicht sehr stolz	3
Überhaupt nicht stolz	4
Weiß nicht	5

EB64.2 QA41

QA32	Und würden Sie sagen, Sie sind sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz, ein(e) Europäer(in) zu sein?
------	--

NUR EINE ANTWORT

	(322)
Sehr stolz	1
Ziemlich stolz	2
Nicht sehr stolz	3
Überhaupt nicht stolz	4
Ich fühle mich nicht als Europäer(in)	5
Weiß nicht	6

EB64.2 QA42

QA33	Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Länder, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass es Teil der Europäischen Union wird.
------	---

ROTIEREN

	VORLESEN	Dafür	Dagegen	Weiß nicht
(323)	1 Schweiz	1	2	3
(324)	2 Norwegen	1	2	3
(325)	3 Bosnien-Herzegowina	1	2	3
(326)	4 Kroatien	1	2	3
(327)	5 Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	1	2	3
(328)	6 Serbien	1	2	3
(329)	7 Montenegro	1	2	3
(330)	8 Island	1	2	3
(331)	9 Albanien	1	2	3
(332)	10 Bulgarien	1	2	3
(333)	11 Rumänien	1	2	3
(334)	12 Ukraine	1	2	3
(335)	13 Türkei	1	2	3

EB64.2 QA44 TREND MODIFIED

QA34	Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
------	---

LISTE VORLEGEN

		Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
(336)	1 Die Türkei gehört aufgrund ihrer Geografie teilweise zu Europa	1	2	3	4	5

(337)	2	Die Türkei gehört aufgrund ihrer Geschichte teilweise zu Europa	1	2	3	4	5
(338)	3	Ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union würde die Sicherheit in dieser Region stärken	1	2	3	4	5
(339)	4	Die kulturellen Unterschiede zwischen der Türkei und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind zu tief greifend, um der EU beitreten zu können	1	2	3	4	5
(340)	5	Ein Beitritt der Türkei würde das Verjüngen einer alternden europäischen Bevölkerung begünstigen	1	2	3	4	5
(341)	6	Ein Beitritt der Türkei könnte die Gefahr einer stärkeren Einwanderung in die am weitesten entwickelten Länder der Europäischen Union mit sich bringen	1	2	3	4	5
(342)	7	Um der Europäischen Union in ungefähr zehn Jahren beitreten zu können, muss die Türkei die Menschenrechte systematisch respektieren	1	2	3	4	5
(343)	8	Um der Europäischen Union in ungefähr zehn Jahren beitreten zu können, muss die Türkei den Zustand ihrer Wirtschaft deutlich verbessern	1	2	3	4	5

EB64.2 QA45 TREND MODIFIED

QA35 NICHT FRAGEN IN ES, EL, IT, SI, H, LU, ZYP, MT, SK, LV, AT, DE, LT, BE und EE -
DIESE GEHEN ZU QA36

AN ALLE

QA36	Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Wenn alle Mitgliedsstaaten den Vertrag über eine Verfassung für Europa annehmen, macht es die Europäische Union ...
------	---

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht
--	----------	----------------	----------------	----------------------	---------------------------	------------

(345)	1	Demokratischer	1	2	3	4	5
(346)	2	Effizienter	1	2	3	4	5
(347)	3	Transparenter	1	2	3	4	5
(348)	4	Stärker in der Welt	1	2	3	4	5
(349)	5	Wirtschaftlich wettbewerbsfähiger	1	2	3	4	5
(350)	6	Sozialer	1	2	3	4	5

EB65.2 QB3 (ITEMS 1-3) EB65.2 QB4 (ITEMS 4-6)

QA37 NUR IN EU25 FRAGEN - SONST WEITER ZU QA38

QA37	15 Länder haben die europäische Verfassung ratifiziert, aber Frankreich und die Niederlande haben mit "Nein" gestimmt. Welche der folgenden Aussagen beschreibt am besten Ihre Sichtweise?
------	--

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(351)

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollten im Ratifikationsprozess über die europäische Verfassung fortfahren	1
Die europäische Verfassung sollte neu verhandelt werden	2
Die europäische Verfassung sollte fallen gelassen werden	3
Weiß nicht	4

EB65.2 QB5 TREND MODIFIED

AN ALLE

QA38	Welche der beiden folgenden Aussagen beschreibt am besten Ihre Sichtweise?
------	--

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(352)

Eine europäische Verfassung ist notwendig, um zu gewährleisten, dass die europäischen Institutionen gut funktionieren	1
Eine europäische Verfassung ist nicht notwendig, um zu gewährleisten, dass die europäischen Institutionen gut funktionieren	2
Weiß nicht	3

EB64.2 QA50

QA39	Bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach vor, hinter oder gleichauf mit den Vereinigten Staaten liegt.
------	---

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Vor	Hinter	Gleichauf	Weiß nicht
(353)	1 Wissenschaftliche Forschung	1	2	3	4
(354)	2 Medizinische Forschung	1	2	3	4
(355)	3 Umweltschutz	1	2	3	4
(356)	4 Innovative Technologien	1	2	3	4
(357)	5 Gesundheitssystem	1	2	3	4
(358)	6 Bildung	1	2	3	4
(359)	7 Bekämpfung sozialer Ungleichheiten	1	2	3	4
(360)	8 Bekämpfung von Arbeitslosigkeit	1	2	3	4
(361)	9 Bekämpfung von Diskriminierung	1	2	3	4
(362)	10 Unternehmensgründung	1	2	3	4

EB64.2 QA53

QA40	Der Binnenmarkt erhöhte den Wettbewerb in einer Vielzahl von Bereichen wie zum Beispiel Verkehr, Telekommunikation, Banken und Versicherungen. Generell gesehen würden Sie sagen, dass dies einen ... Effekt hat?
------	---

(VORLESEN - NUR EINE ANTWORT MÖGLICH)

	(363)
Sehr positiven	1
Ziemlich positiven	2
Ziemlich negativen	3
Sehr negativen	4
Weder negativen noch positiven (SPONTAN)	5
Weiß nicht	6

EB64.2 QA54

QA41	Verglichen mit vor 10 Jahren, glauben Sie, dass, aufgrund des Binnenmarktes, die internationale Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen heute besser, schlechter oder gleich ist?
------	---

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

	(364)
Besser	1
Schlechter	2
Gleich	3
Weiß nicht	4

NEW

QA42	Können Sie mir bitte für jede der folgenden Errungenschaften der Europäischen Union sagen, ob Sie davon profitiert haben oder nicht?
------	--

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Ja	Nein	Weiß nicht
(365)	1 Die gemeinsame Währung, der Euro	1	2	3
(366)	2 Eine größere Auswahl an Gütern aus anderen EU-Ländern	1	2	3
(367)	3 Die Rechte als EU-Bürger	1	2	3
(368)	4 Keine\Weniger Grenzkontrollen beim Reisen	1	2	3
(369)	5 Arbeiten oder Studieren in einem anderen EU-Land	1	2	3
(370)	6 Konsumentenrechte	1	2	3
(371)	7 Das Recht, einen Fall vor den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften zu bringen	1	2	3

NEW

QA43	Welcher der beiden folgenden Vorschläge kommt Ihrer Meinung bezüglich der Globalisierung am nächsten?
------	---

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

Globalisierung stellt dank der Erschließung neuer Märkte eine gute Gelegenheit für österreichische Unternehmen dar	(372)	1
Globalisierung stellt eine Bedrohung für Beschäftigung und Firmen in Österreich dar		2
Weiß nicht		3

EB65.1 QA17

QA44	Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche sagen, ob Sie glauben, dass die Globalisierung einen eher positiven oder eher negativen Einfluss darauf hat?
------	--

LISTE VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	Eher positiver Einfluss	Eher negativer Einfluss	Kein Einfluss (SPONTAN)	Weiß nicht
(373)	1 Wirtschaftliches Wachstum in Österreich	1	2	3	4
(374)	2 Solidarität zwischen Staaten	1	2	3	4
(375)	3 Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt	1	2	3	4
(376)	4 Demokratie auf weltweiter Ebene	1	2	3	4

(377)	5	Qualität der öffentlichen Dienste	1	2	3	4
(378)	6	Ungleichheiten zwischen Staaten	1	2	3	4
(379)	7	Beschäftigung in Österreich	1	2	3	4
(380)	8	Umwelt	1	2	3	4
(381)	9	Gesundheit	1	2	3	4

NEW

QA45a AN SPLIT A - SONST WEITER ZU QA45b

QA45a In welchem Ausmaß stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu: Die Europäische Union hilft uns beim Schutz vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung.

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(382)

Stimme voll zu	1
Stimme eher zu	2
Stimme eher nicht zu	3
Stimme überhaupt nicht zu	4
Weiß nicht	5

EB64.2 QA56 FILTER + TREND MODIFIED

Q45b AN SPLIT B - SONST WEITER ZU QA46

QA45b In welchem Ausmaß stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu: Die Europäische Union ermöglicht es den europäischen Bürgern, besser von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren.

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(383)

Stimme voll zu	1
Stimme eher zu	2
Stimme eher nicht zu	3
Stimme überhaupt nicht zu	4
Weiß nicht	5

NEW

AN ALLE

QA46 Welche der folgenden Vorschläge würden Sie bevorzugen, um die Leistung der europäischen Wirtschaft zu verbessern?

VORLESEN - MAX. 3 ANTWORTEN

(384-391)

Erhöhung der gesetzlichen Anzahl der Arbeitsstunden	1,
Verbesserung der Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung	2,
Investition in Forschung und Innovation	3,

Vereinfachung der Unternehmensgründung	4,
Wirkungsvollerer Gebrauch der Energie	5,
Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur (Autobahnen, Bahnstrecken etc.)	6,
Andere (SPONTAN)	7,
Weiß nicht	8,

EB65.2 QC5

QA47 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser ... ?

SKALA VORLEGEN - EINE ANTWORT PRO ZEILE

VORLESEN	Voll zustimmen	Eher zustimmen	Eher nicht zustimmen	Überhaupt nicht zustimmen	Weiß nicht
----------	-------------------	-------------------	-------------------------	------------------------------	---------------

(392)	1	Der Staat mischt sich zu sehr in unser Leben ein	1	2	3	4	5
(393)	2	Wir brauchen mehr Gleichheit (Gleichberechtigung) und Gerechtigkeit, auch wenn dies weniger Freiheit für den Einzelnen bedeutet	1	2	3	4	5
(394)	3	Heutzutage gibt es zu viel Toleranz. Kriminelle sollten strenger bestraft werden	1	2	3	4	5
(395)	4	Bürger sollten aktiver an der österreichischen Politik teilnehmen	1	2	3	4	5
(396)	5	Einwanderer tragen viel für Österreich bei	1	2	3	4	5
(397)	6	(SPLIT A) Wirtschaftliches Wachstum sollte in Österreich Vorrang haben, auch wenn es die Umwelt beeinträchtigt	1	2	3	4	5
(398)	7	(SPLIT B) Umweltschutz sollte in Österreich Vorrang haben, auch wenn es das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigt	1	2	3	4	5

(399)	8	Freier Wettbewerb ist die beste Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand	1	2	3	4	5
(400)	9	Religion spielt in unserer Gesellschaft eine zu große Rolle	1	2	3	4	5
(401)	10	Privater Konsum von Cannabis sollte in ganz Europa legalisiert werden	1	2	3	4	5
(402)	11	Gleichgeschlechtliche Ehen sollten in ganz Europa erlaubt werden	1	2	3	4	5
(403)	12	Adoptionen durch gleichgeschlechtliche Paare sollten in ganz Europa zugelassen werden	1	2	3	4	5
(404)	13	Der Freizeit sollte mehr Bedeutung beigemessen werden als der Arbeit	1	2	3	4	5

EB60.1 Q37 TREND MODIFIED

QA48a Und was von dieser Liste sind für Sie persönlich die drei wichtigsten Werte?

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 3 ANTWORTEN

Rechtsstaatlichkeit	(405-418)	1,
Respekt für menschliches Leben		2,
Menschenrechte		3,
Persönliche Freiheit		4,
Demokratie		5,
Frieden		6,
Gleichheit (Gleichberechtigung)		7,
Solidarität, Unterstützung für andere		8,
Toleranz		9,
Religion		10,
Selbstverwirklichung		11,
Respekt für andere Kulturen		12,
Keine von diesen (SPONTAN)		13,
Weiß nicht		14,

EB60.1 Q36a

QA48b Welche drei der folgenden Werte stehen am besten für die Europäische Union?

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 3 ANTWORTEN

(419-432)

Rechtsstaatlichkeit	1,
Respekt für menschliches Leben	2,
Menschenrechte	3,
Persönliche Freiheit	4,
Demokratie	5,
Frieden	6,
Gleichheit (Gleichberechtigung)	7,
Solidarität, Unterstützung für andere	8,
Toleranz	9,
Religion	10,
Selbstverwirklichung	11,
Respekt für andere Kulturen	12,
Keine von diesen (SPONTAN)	13,
Weiß nicht	14,

EB60.1 Q36b TREND SLIGHTLY MODIFIED

QA49 Ihrer Meinung nach, in Bezug auf die gemeinsamen Werte, sind sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ... ?

VORLESEN - NUR EINE ANTWORT

(433)

Sehr nahe	1
Ziemliche nahe	2
Ziemlich fern	3
Sehr fern	4
Weiß nicht	5

NEW

QA50 Welche beiden der folgenden Punkte würden Sie, wenn überhaupt, als am meisten hilfreich für die Zukunft Europas betrachten?

LISTE VORLEGEN - VORLESEN - MAX. 2 ANTWORTEN

(434-442)

Eine gemeinsame Sprache	1,
Genau festgelegte Außengrenzen der EU	2,
Die Einführung des Euro in allen EU-Ländern	3,
Vergleichbare Lebensstandards	4,
Eine gemeinsame Armee	5,
Eine gemeinsame Verfassung	6,
Keiner von diesen (SPONTAN)	7,
Andere (SPONTAN - ANGEBEN)	8,
Weiß nicht	9,

EB65.1 QA11

QA51 Wie würden Sie die momentane Situation in den folgenden Bereichen beurteilen?

LISTE VORLEGEN

	VORLESEN	Sehr gut	Eher gut	Eher schlecht	Sehr schlecht	Weiß nicht
--	----------	----------	----------	---------------	---------------	------------

(443)	1	Die Situation der österreichischen Wirtschaft	1	2	3	4	5
(444)	2	Die Situation der europäischen Wirtschaft	1	2	3	4	5
(445)	3	Die Beschäftigungssituation in Österreich	1	2	3	4	5
(446)	4	Die Situation der Umwelt in Österreich	1	2	3	4	5
(447)	5	Die soziale Wohlfahrtssituation in Österreich	1	2	3	4	5

EB63.4 QD1 TREND MODIFIED

QA52	Würden Sie sagen, Sie sind sehr interessiert, ziemlich interessiert, nicht sehr interessiert oder gar nicht interessiert an...?
------	---

EINE ANTWORT PRO ZEILE

	VORLESEN	sehr interessiert	ziemlich interessiert	nicht sehr interessiert	gar nicht interessiert	Weiß nicht
--	----------	-------------------	-----------------------	-------------------------	------------------------	------------

(448)	1	innerstaatlichen Angelegenheiten	1	2	3	4	5
(449)	2	europäischen Angelegenheiten	1	2	3	4	5

EB65.1 QA24